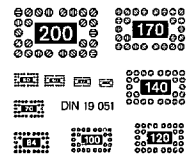


# MATERIALIEN

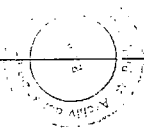
## „Frauen brauchen mehr!“

Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion



# Frauen brauchen mehr!

## Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion



<b>Vorwort — Frauen und Männer gemeinsam!</b> .....	3
<b>Thesen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)</b> zum SPD-Grundsatzprogramm .....	4
<b>Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann</b> Inge Wettig-Danielmeier, ASF-Bundesvorsitzende; Mitglied des SPD-Präsidiums .....	6
<b>Der Irreer Entwurf — Ein Programm für Frauen?</b> Inge Wettig-Danielmeier .....	10
<b>Podiumsdiskussion</b> .....	12
<b>Ist die „gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau“ eine angemessene Antwort auf die Emanzipationsforderungen der Frauen?</b>	
Nelly Friedrich, Deutscher Frauenrat; Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände	
Heide Wiczorek-Zeul, Mitglied des SPD-Präsidiums	
Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes; stv. Vorsitzender der SPD	
Helma Leonhard, Geschäftsführerin der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	
Prof. Sigrid Metz-Göckel, Universität Dortmund	
<b>Moderation:</b> Gisela Marx	
<b>Zukunft der Arbeit</b> Ilse Brusis, DGB-Bundesvorstand .....	18
<b>Die Arbeit als sinnstiftendes Zentrum des Lebens</b> Christine von Weizsäcker, Publizistin/Hausfrau .....	20
<b>Für eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit</b> Inge Wettig-Danielmeier .....	23
<b>Wo bleibt die selbständige soziale Sicherung von Frauen?</b> Prof. Dr. Ute Gerhard, Universität Frankfurt .....	25
<b>Altenpolitik ist Frauenpolitik</b> Dr. Brunhilde Peter, Saarländische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung .....	28
<b>Programm mit Perspektive?</b> Doris Ahnen, stv. Juso-Bundesvorsitzende .....	30
<b>Frauen brauchen mehr</b> Dr. Barbelies Wiemann, Rechtsanwältin .....	32
<b>Gleichberechtigung — ein universeller Grundwert. Zur Internationalität der Frauenfrage</b> Christa Randzio-Plath, MdEP .....	34
<b>Anhang: Die Frauen im Programm der SPD — von Godesberg bis Bremen</b> .....	35
<b>Materialien zur Programmdiskussion</b> .....	40

# Vorwort:

## Frauen und Männer gemeinsam!

Seit ihrem Bestehen hat sich die SPD gegen die Diskriminierung von Frauen gewandt, hat sie sich für soziale Verbesserungen für Frauen, insbesondere Arbeiterinnen, eingesetzt.

Die SPD hat schon im 19. Jahrhundert als erste und einzige Partei die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm aufgenommen und dieses Frauenwahlrecht 1918 eingeführt.

Alle Programme befaßten sich seit dem vorigen Jahrhundert mit der Frage, wie die Benachteiligung der Frauen aufgehoben werden könne. Und dennoch konnte 1959 die Frau unter dem Thema „Frau — Familie — Jugend“ mit fünf Sätzen abgetan werden, verwies das Godesberger Programm die Frau eindeutiger als jedes andere Programm der SPD auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter. Diese Anpassung der SPD an den adenauerschen Zeitgeist erleichterte es der CDU/CSU, eine Politik zu betreiben, die — wie in kaum einem anderen Lande Europas — Frauen in der Bundesrepublik den Zugang zum Beruf erschwerte. Der Ausbau von Kindergärten wurde konsequent behindert und Ganztagschulen abgelehnt.

Erst in der Regierungsverantwortung Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre besann sich die SPD wieder stärker auf ihre emanzipatorische Tradition. Unter dem Druck der Frauenbewegung und der aufmüpfiger werdenden weiblichen Parteimitglieder wurden Reformen im

Familienrecht und in der Bildung eingeleitet, die immerhin dazu geführt haben, daß wir zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes grundsätzlich gleiche Bildungschancen für Jungen und Mädchen haben. Gut ausgebildete, offensiver und selbstbewußter argumentierende Genossinnen haben denn auch dafür gesorgt, daß zum erstenmal die SPD in ihren Programmentwürfen von 1986 und 1989 von einem neuen Verständnis von Gleichheit ausgeht. Es geht nicht mehr darum, die defizitäre Frau durch sozialpolitische Maßnahmen auf den Stand des Mannes zu heben, sondern es geht der SPD darum, die Defizite der Rollen von Männern und Frauen aufzudecken und abzubauen, zum Nutzen und zur Emanzipation von Männern, Frauen und Kindern. Die neue Gleichheit muß in allen Bereichen der Politik gelebt werden und sie muß vor allem von den politisch Handelnden selbst gelebt werden. Nicht mehr der schöne Programmsatz ist gefragt, sondern die Umsetzung hier und heute.

In dieses neue Programmverständnis gehört deshalb der Quotenbeschluß von Münster und seine Umsetzung in der SPD, gehört aber auch ein aktives Programm zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie es die Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ gerade versucht. Kern der neuen Gleichheit ist eine radikale Neuverteilung der gesellschaftlich not-

wendigen Arbeit zwischen Frauen und Männern, ist aber auch eine andere Bewertung und Gewichtung der Arbeit im Beruf, in der Familie, in der Politik, im sozialen Umfeld.

Die Diskussion, die in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen seit 1975 intensiv geführt wird, in der SPD seit 1983 mit dem Regierungsprogramm entwurf von Hans-Jochen Vogel ernsthaft begonnen worden ist (nachdem sie mit dem familienpolitischen Programm 1977 schnell zu den Akten gelegt worden war), war immer eine hoch emotionale. Kein Programmpunkt hat die Mitglieder der Programmkommissionen stärker persönlich berührt und betroffen, berührte die Diskussion doch immer auch das eigene gelebte Leben.

Die Diskussion ist in der SPD nach lange nicht beendet. Dort, wo die Programmdiskussion bisher am konkretesten umgesetzt — in der Erfüllung der Quote — wird die Schwierigkeit deutlich, wird allerdings auch das redliche Bemühen der Mehrheit der SPD deutlich, diesmal die programmatischen Vorgaben ernst zu nehmen!

Ich hoffe, wir werden es schaffen!

*Inge Wettig-Danielmeier*

Inge Wettig-Danielmeier  
ASF-Bundesvorsitzende

# Thesen der ASF zum SPD-Grundsatzprogramm

Die ASF-Bundeskonferenz fordert die Partei, insbesondere den Parteivorstand auf, sicherzustellen, daß die Frau enpolitik bei der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms einen herausragenden Stellenwert erhält.

Frauenpolitische Belange sind in alle Politikbereiche einzuarbeiten. Zusätzlich ist ein Kapitel „Frauenpolitik“ in das Programm aufzunehmen. Dabei sind folgende Leitsätze zugrundezulegen, wobei auf eine durchgängige „Feminisierung“ des Sprachgebrauchs zu achten ist:

## Gleichheit als Grundwert des demokratischen Sozialismus

Bei den Grundwerten des demokratischen Sozialismus — Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — ist der Grundwert „Gerechtigkeit“ durch den Grundwert „Gleichheit“ zu ersetzen. Die Gleichstellung der Frau kann nur erreicht werden, wenn nicht nur Gleichberechtigung, sondern auch Gleichheit zur Handlungsmaxime erhoben wird.

## Von der gespaltenen zur solidarischen Gesellschaft

Die ASF strebt eine Gesellschaft an, die strukturelle Gewalt überwindet, Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt und Frauen wie Männer auf der Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung gleichermaßen die Tätigkeit in Beruf, Familie und Gesellschaft ermöglicht. Die ASF will das Ende der gespaltenen Gesellschaft. Die traditionelle Aufteilung in „weibliche“ und „männliche“ Eigenschaften, Fähigkeiten und Tätigkeiten muß überwunden werden und darf in keinem Fall zu einer ungleichen Verteilung von Lebenschancen führen.

## Zukunft der Arbeit

Die Erwerbsarbeit hat zentralen Stellenwert im Leben der Menschen. Niemand, der arbeiten kann und will, darf von der

Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Vollbeschäftigung ist daher erst erreicht, wenn auch Frauen der Zugang zur Arbeitswelt unter veränderten Rahmenbedingungen uneingeschränkt ermöglicht wird. Es bedarf zusätzlicher Maßnahmen wie z. B. Quotierung, Gleichstellungsgesetz und verbindlicher Frauenförderpläne, die eine Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit auf allen Qualifikationsebenen, bei gleicher Entlohnung usw. erst gewährleisten.

Die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben muß einhergehen mit einer Umgestaltung, einer wirklichen Humanisierung der Arbeitswelt. Sie kann nur erreicht werden, wenn die Erwerbstätigen ihre Arbeitsverhältnisse selbst gestalten und bestimmen können. Daher müssen ihnen weitreichende Mitbestimmungs-, Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte eingeräumt werden. Der fortschreitenden Entwicklung zu immer mehr Fremdbestimmung und Arbeitslosigkeit in „Kopf“ und „Handarbeit“ ist Einhalt zu gebieten. Wir müssen Arbeitsorganisationen und Arbeitsformen anstreben, die den ganzen Menschen ansprechen und die Kooperation und Solidarität unter den Beschäftigten fördern. Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Haus- bzw. Eigenarbeit erfordert eine beträchtliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für alle, die auch der Humanisierung der Arbeitswelt dienen. Gleichzeitig ist eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Vermögens zu erwirken.

## Die Rolle der neuen Technologien

Es ist eine Aufgabe der Politik, für den sozial verträglichen Einsatz der Technik zu sorgen und das „Doppelgesicht“ neuer Technologien, die stets Gefahren und Chancen bergen, in eine Richtung zu lenken, die technologische Entwicklung zur Humanisierung nutzt.

Gegenwärtig drohen von den neuen Technologien vor allem Gefahren. Dies bezieht sich auf die Informations-, Kommunikations-, Fertigungs-, Medien- und Biotechnologien und deren Verknüpfung, die zu erheblichen Belastungen und Manipulationsmöglichkeiten führen können. Sie vernichten Arbeitsplätze in hoher Zahl und ermöglichen den ausbeuterischen Einsatz der (vor allem weiblichen) Arbeitskraft zu beliebigen Zeiten ohne hinreichenden sozialen Kontakt (ausgelagerte Fernarbeitsplätze) und ohne hinreichende soziale Sicherung. Wie und zu welchen Zwecken Technik eingesetzt wird, ist eine politische Entscheidung und eine Frage der Machtverteilung in der Gesellschaft.

## Erwerbstätigkeit und Emanzipation

Nur die dauerhaft erwerbstätige Frau mit ausreichendem Einkommen ist ökonomisch unabhängig und eigenständig für ihr Alter gesichert. Die dauerhafte Erwerbstätigkeit der Frau, die auch Beteiligung am gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, ist daher notwendige Voraussetzung für eine emanzipatorische Entwicklung. Jedoch wäre es falsch, Erwerbstätigkeit der Frau mit Emanzipation gleichzusetzen. Emanzipation ist erst erreicht, wenn Frauen und Männer sich frei und selbstbestimmt von den Zwängen struktureller Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen betätigen und entfalten können. Lösungssätze für eine sozialistische Emanzipationstheorie dürfen sich daher nicht ausschließlich auf den Erwerbsbereich konzentrieren.

## Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

Die Geringschätzung der Frau im privaten wie im öffentlichen bzw. Erwerbsbereich ist wesentliche Ursache dafür, daß Frauen in dieser Gesellschaft stärker von Gewalt bedroht sind als Männer. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur die direkte körperliche Unterdrückung und

Verletzung, die sexuelle Belästigung und Vergewaltigung, sondern auch die systematische Mißachtung der Frauen in Arbeitswelt, Politik, Familie, Gesellschaft, Werbung und Medien.

Eine Politik, die sich als emanzipatorisch begreift, muß diesem Tatbestand entschieden entgegentreten.

**Innereparteiliche Gleichstellung**  
Die SPD wird erst zuverlässig glaubwürdig und mehrheitsfähig, wenn sie konsequent in der Partei für die Gleichstellung von Frauen eintritt und die Grundwerte des demokratischen Sozialismus entsprechend definiert und interpretiert. Überzeugungskraft nach innen und außen kann nur daraus entstehen, daß die

SPD auch in ihren eigenen Reihen endlich mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht, indem unter anderem bei der Vergabe von Mandaten und Funktionen Parität hergestellt wird.

aus: Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Hannover, v. 4.-6. 10. 1985, Hrg.: ASF Bonn 12/85: 26f.

# Gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau

Inge Wettig-Danielmeier,  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die SPD strebt eine Gesellschaft an, in der Männer und Frauen gleichermaßen in Beruf, Familie und Gesellschaft tätig sein können. Wir wollen das Ende unserer gespaltenen Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit „weiblichen“ und in Menschen mit „männlichen“ Denk- und Verhaltensweisen, eine Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr gespalten ist in Erwerbsarbeit und in Haus- und Familienarbeit, in der Erwerbsarbeit nicht mehr Männern zugeordnet und daher hoch bewertet wird und Haus- und Familienarbeit Frauen zugewiesen und damit niedrig bewertet wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder Mensch sowohl emotional als auch rational sein darf und sein soll, in der nicht die eine Hälfte der Menschen dazu erzogen wird, die andere zu unterdrücken und in der nicht die andere Hälfte dazu erzogen wird, sich unterdrücken zu lassen.

Wir wollen Menschen, die gleich und frei und solidarisch erzogen werden, Menschen — Frauen und Männer —, die sich allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens gleichermaßen widmen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, gesellschaftliche Arbeit, sportliche und kulturelle Tätigkeiten miteinander vereinbaren können.

Wir wollen eine Gesellschaft, in die Menschen sich mit Verstand und Gefühl einbringen können, in der Menschen ebenso selbstbewußt wie rücksichtsvoll und kooperationsfähig sein können.

Die SPD strebt eine solche Gesellschaft seit mehr als 100 Jahren an. Heute ermöglicht die Entwicklung der Produktivkräfte ihre Verwirklichung. Wenn im Jahre 1900 das Weben von 100 m Stoff noch 10 Stunden dauerte, so dauerte es

1960 eine Stunde und wird im Jahre 2000 eine halbe Stunde dauern. Die Rationalisierung der Erwerbsarbeit ebenso wie der Hausarbeit könnte den Menschen hinreichend Zeit lassen, beide Arbeitsbereiche zu vereinbaren und noch genügend Zeit für gesellschaftliche Mitgestaltung und Mitarbeit, für körperliche und kulturelle Betätigung zu erübrigen.

Das Grundgesetz verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Tatsächlich ist jedoch das Verfassungsgebot der Gleichstellung immer noch nicht verwirklicht. Die überkommene gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen die Kindererziehung und Hausarbeit, das private Leben, Männern aber die Erwerbsarbeit und das öffentliche Leben zuweist, ist bis heute nicht überwunden und hat dazu geführt, daß Frauen nach wie vor in der Ausbildung, im Beruf und in allen gesellschaftlichen Organisationen benachteiligt sind. Die höhere Bewertung des öffentlichen Lebens und der Erwerbsarbeit führt dazu, daß Frauen sogar in der Familie benachteiligt sind. Sie hat auch dazu beigetragen, daß Frauen in dieser Gesellschaft von Gewalt stärker bedroht sind als Männer.

Die Geringschätzung der weiblichen Arbeit, sowohl der von Frauen geleisteten Erwerbsarbeit als auch der den Frauen zugewiesenen Haus- und Familienarbeit, verbunden mit der Benachteiligung von Frauen im Bereich der Gesetzgebung, macht Frauen zu den Armen in dieser Gesellschaft. 60 Prozent der Menschen, die von der Sozialhilfe leben müssen, sind Frauen, 83 Prozent der Menschen, die extrem niedrige Renten beziehen, sind Frauen. Eine ganze Generation junger Frauen sieht sich vor einer Zukunft ohne Perspektive. Viele von ihnen haben eine überdurchschnittliche Allgemeinbildung. Berufstätigkeit gehört zu ihrer Lebensplanung. Sie fin-

den jedoch häufig nicht einmal einen Ausbil-ungsp-atz, geschweige denn eine Arbeitsstelle. In bestimmten strukturschwachen Gebieten sind 90 Prozent der Mädchen arbeitslos.

Gewalt gegen Frauen hat in dieser Gesellschaft viele Gesichter. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur die direkte körperliche Unterdrückung und Verletzung, die sexuelle Belästigung und Vergewaltigung, Gewalt gegen Frauen ist auch ihre Zurücksetzung in Arbeitswelt und Politik. Gewalt gegen Frauen ist schließlich auch die allgemeine Geringschätzung weiblicher Vorstellungen, Lebensäußerungen, Empfindungen, Werte sowie des Wunsches nach weiblicher Selbstbestimmung. In der Diskussion um den § 218 StGB werden Frauen immer wieder in ihrer Menschenwürde verletzt.

Wir leben in einer „männlichen“ Kultur mit männlich geprägter Sprache und männlichen Umgangsformen. In Wissenschaft und Kunst, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden Frauen nicht ernsthaft wahrgenommen. Die Geschichtsschreibung unterdrückt und verfälscht die Rolle der Frauen. In den Medien machen die Männer die Programme und Frauen dürfen ihnen dabei helfen. Die Werbung transportiert überkommene Rollenklischees: Frauen als Heimehen am Herd oder als lockendes erotisches Beiwerk.

Ehrenamtliche politische, gewerkschaftliche oder verbandliche Arbeit ist immer noch eine Domäne der Männer, wird geprägt von männlichen Denk- und Verhaltensweisen, von männlichen Zeitstrukturen und Organisationsformen. Das gilt nicht zuletzt für die politischen Parteien. Es gilt auch für die SPD.

Zwar hat sich diese Partei als erste für die Gleichstellung von Frauen und Männern eingesetzt. Zwar können wir auf eine lange Reihe von wegweisenden Beschlüssen und einige tatsächlich erreich-

te Fortschritte zurückblicken. Aber auch in der SPD wird männliche Politik gemacht, werden Politikerinnen in der Regel erst einmal nicht ernst genommen, sind Frauen in den Gremien immer noch die Ausnahme. Für eine Partei, deren Vorsitzender Bebel bereits vor mehr als 100 Jahren die Forderung nach Gleichheit von Frauen und Männern aufgestellt hat, ergeben sich daraus gravierende Glaubwürdigkeitsprobleme. Vor allem Frauen registrieren diesen Widerspruch zwischen politischem Anspruch und seiner Verwirklichung in den eigenen Reihen mit ständig steigendem Argwohn. Falls die SPD von Frauen in den kommenden Jahren als politische Kraft weiterhin ernst genommen werden und den Demokratisierungsprozeß weiter vorantreiben will, muß sie diesen Widerspruch auflösen. Sie muß Frauen mehr Möglichkeiten und Rechte in den parteipolitischen Gremien einräumen. Sie muß in den Parlamenten je zur Hälfte von Frauen und Männern vertreten werden. Sie muß eine andere, menschengerechtere Gestaltung der politischen Arbeit, andere Themen und andere Darstellungsformen entwickeln. Sie muß aber auch die politischen Belange der Frauen und ihre eigenen Politikerinnen stärker unterstützen.

Immer mehr Frauen sind nicht länger bereit, ihre Unterdrückung hinzunehmen. Frauen haben die immer größer werdende Entfremdung zwischen ihrer Welt und der Welt ihrer Partner oder Ehemänner erkannt. Sie haben festgestellt, daß sowohl sie selbst wie auch ihre Partner gespalten sind, daß beide ständig einen Teil ihrer Wünsche, Möglichkeiten und Fähigkeiten gewaltsam unterdrücken. Ihnen ist klargeworden, daß sie in der Regel die Verliererinnen, die Unterdrückten, die Zukurzgekommenen sind. Die Mehrzahl der Männer hat dagegen noch nicht einmal damit begonnen, über diese Situation, die auch sie beschädigt, nachzudenken. Viele haben auch gar kein Interesse daran. Sie sitzen am vermeintlich längeren Hebel. In dieser Situation sehen viele Frauen nur noch die Möglichkeit zu kämpfen — auch gegen die Männer und gegen die von Männern gestaltete Welt.

Inzwischen beginnt jedoch die Zahl der Männer zu wachsen, die über Ursachen und Nachteile ihrer Rollenstruktur nachdenken. Die Erziehung zum immer „aktiver“ und „stärker“ Mann, der kaum Gefühle zeigt, wird zunehmend in Frage gestellt. Es zeigt sich, daß die angebliche gesellschaftliche Stärke und

Beurteilung meist mit persönlicher und menschlicher Verarmung erkauft wird. Eine zunehmende Zahl von Männern ist nicht länger bereit, den Preis für ihre „starke“ Rolle zu bezahlen, der sich in vermeintlich selbstgewählter seelischer und körperlicher Belastung und Stress auswirkt. Die Trennung zwischen weiblicher und männlicher Welt bewirkt eine Entfremdung zwischen Mann und Frau, die von vielen Männern als Defizit und Verlust erlebt wird. Umgekehrt wächst die Erfahrung, daß eine solidarische Anteilnahme an der bisherigen „weiblichen Welt“, z.B. in der Kindererziehung, Bereicherung und Persönlichkeitsgewinn für die Männer darstellt. Männermeranzipation bedeutet daher nicht in erster Linie neue Verpflichtungen und Verzicht, sondern Chancen für eine reichhaltigere Persönlichkeitsentwicklung.

Von 1965 bis 1975 hat sich die Geburtenrate in der Bundesrepublik halbiert. Auch wenn viele Faktoren dabei eine Rolle spielen, ein nicht zu überschender Grund dafür ist: Frauen entscheiden sich gegen Kinder, weil sie in unserer Gesellschaft keine Möglichkeit sehen, Beruf, politisch-gesellschaftliche Mitwirkung und ein Leben mit Kindern sinnvoll miteinander zu verbinden. Auch die steigenden Scheidungsziffern zeigen an, daß Frauen sich mit der gespaltenen Welt nicht mehr abfinden.

Die sozialliberale Politik der rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen ist in den 70er Jahren von den Mädchen und Frauen genutzt worden: Sie haben in den allgemeinbildenden Schulen die Jungen eingeholt und überflügelt; sie sind auf dem Arbeitsmarkt gedrängt wie nie zuvor. Junge Frauen wollen sich nicht mehr in die alten Rollen zwängen lassen. Sie wollen den lebenslangen Beruf und sie wollen gleichzeitig eine Familie und Kinder.

Die rechtliche Gleichstellung muß durch eine Politik der tatsächlichen Gleichstellung, durch gesellschaftliche Gleichheit ergänzt werden. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit für alle nützt den Frauen, trägt zur Verbesserung ihrer Situation bei, aber löst die besonderen Probleme der Frauen nicht. Die Frauenfrage, die Frage der Gleichheit von Frau und Mann, bedarf besonderer und gezielter Anstrengungen.

Die gesellschaftlich notwendige Arbeit muß anders bewertet und sie muß anders verteilt werden. Die Erwerbsarbeit hat zentralen Stellenwert im Leben der Menschen. Sie gibt die Möglichkeit zur

Existenzsicherung. Sie sichert die materielle Unabhängigkeit. Der Status, die gesellschaftliche Bedeutung und Anerkennung, die einem Menschen zugeschrieben werden, leiten sich ganz wesentlich aus der Erwerbstätigkeit ab. Und schließlich ermöglicht die Erwerbstätigkeit soziale Kontakte, Gespräche, Diskussionen, gemeinsame Unternehmungen. Sie ist wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung an Politik. Diesen zentralen Stellenwert wird die Erwerbsarbeit auch weiterhin behalten. Da in unserer Gesellschaft aber die erforderliche Erwerbsarbeit ständig abnimmt, verliert sie den alles überragenden Stellenwert im Leben der Menschen. Wer nicht mehr 12, sondern nur noch 8 oder gar 5 Stunden am Tag arbeiten muß, dem bleibt nach Zeit und Kraft für andere Beschäftigungen. Zwar bleibt die Erwerbsarbeit ein wesentlicher Lebensbereich, aber die Beschäftigung mit der Familie, die Gestaltung der Freizeit, gewinnt für Frauen und Männer an Bedeutung. Diesen Trend muß die Politik aufgreifen und verstärken.

Alle Arbeitsbereiche müssen so umgestaltet werden, daß den Menschen möglichst wird, Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und ehrenamtliche Arbeit miteinander zu vereinbaren. Die technische Entwicklung kann dabei Hilfestellung leisten. Die Rationalisierungsmöglichkeiten und die wachsende Produktivität machen es objektiv möglich, in absehbarer Zeit alle erforderlichen Güter und Dienstleistungen in einer 30- bis 25-Stunden-Woche zu erzeugen bzw. zu erbringen. Wer die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit erreichen will, muß die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit als tägliche Arbeitszeitverkürzung durchsetzen. Wenn diese Möglichkeit in Wirklichkeit umgesetzt werden soll, dann bedarf das des politischen Willens und der Durchsetzungsfähigkeit der Tarifvertragsparteien ebenso wie der politischen Parteien und insbesondere der SPD.

Die Aufhebung des gespaltenen Lebens setzt voraus, daß wir nur über die Verteilung der Arbeit im Leben eines jeden Menschen nachdenken. Die Menschen sind gerade dann am intensivsten im Erwerbsleben eingespannt, wenn sie Zeit für Familienaufgaben dringend benötigen. Deshalb stellt sich die Frage: Wäre es nicht vernünftiger, die Arbeitszeit der Jüngeren (20-bis 35-jährigen) generell zu verkürzen als die Arbeitszeit der Älteren? Muß über die Erwerbskarriere eines Menschen entschieden werden, während er und sie sich eigentlich

um die gesellschaftlich notwendige Erziehung der Kinder zuvörderst bemühen müßten?

Die Arbeitszeitverkürzung allein reicht zur Durchsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht aus. Den Frauen muß der gleiche Zugang zu allen Bereichen des Erwerbslebens gesichert werden. Dies muß durch gesetzliche Maßnahmen wie ein Gleichstellungsgesetz und gezielte Frauenförderpläne, deren Umsetzung überwacht und sichergestellt wird, erreicht werden. Die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben bedeutet selbstverständlich die Beseitigung jeder Lohndiskriminierung, sie bedeutet Zugang zu allen Ebenen der Arbeitshierarchie, sie bedeutet aber auch Gleichstellung im Sozial- und Versicherungsrecht. Die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben muß einhergehen mit einer Umgestaltung, einer wirklichen Humanisierung der Erwerbsarbeit. Sie kann nur erreicht werden, wenn den Erwerbstätigen mehr Mitbestimmungs-, Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte eingeräumt werden. Unser Ziel muß es sein, den technischen Wandel für die Humanisierung der Erwerbsarbeit nutzbar zu machen und alle ebenfalls in ihm angelegten Tendenzen zu unterbinden, die zur Vermehrung von unqualifizierten und ungesicherten Arbeitsplätzen führen. Das heißt, wir müssen fördern, daß schwere körperliche, gesundheitsgefährdende oder monotone Arbeit weitgehend von Maschinen übernommen wird. Wir müssen auch fördern, daß die verbleibende Arbeit so qualifiziert, so anspruchsvoll, so befriedigend wie eben möglich gestaltet wird. Wir müssen Arbeitsorganisationen und Arbeitsformen fördern, die den ganzen Menschen ansprechen und die Kooperation und Solidarität unter den Beschäftigten fördern.

Gegenwärtig drohen von den neuen Technologien vor allem Gefahren. Der ausschließliche Einsatz zur Gewinnmaximierung der Unternehmen läßt ihren Einsatz zur Humanisierung des Arbeitslebens nicht wirksam werden. Wenn der technische Wandel ungesteuert, von der Politik unbeeinflußt abläuft, müssen wir damit rechnen, daß in den nächsten 10 Jahren in der EG rund 5 Millionen Arbeitsplätze allein im Bürobereich vernichtet werden; Arbeitsplätze, die zum großen Teil von qualifiziert ausgebildeten Frauen besetzt sind. In der Industrie können durch den Einsatz von Robotern Jahr für Jahr rund 10 000 Arbeitsplätze wegfallen. In der Vergangenheit entfielen einfache Produktionsleistungen, die

auch von angelernten Kräften verrichtet werden können; damit waren vor allem Frauen und Ausländer betroffen.

Die neuen Techniken ermöglichen die Verlagerung der Arbeit vom Betrieb in die Wohnung der Arbeitnehmerin. Das bringt dem Unternehmer eine bessere Auslastung des Betriebes und weniger Kosten, der Arbeitnehmerin weniger Lohn, weniger soziale Leistungen, weniger soziale Sicherheit, weniger soziales Ansehen. Der Heimarbeiterin fehlen die entscheidenden Merkmale der Berufstätigkeit, nämlich

- ein zeitlich strukturierter Tagesablauf,
- die tägliche Erfahrung, daß es Aufgaben gibt, die Kooperation nötig machen, die ein einzelne nicht bewältigen kann,
- die Erweiterung des sozialen Gesichtskreises über den Horizont der einzelnen und ihrer Familie hinaus: In der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen wird gelernt, wie andere denken und fühlen.

Es bleibt der Heimarbeiterin der Eigenverdienst und der Zwang zur Aktivität. Es bleibt der Heimarbeiterin der Streß, mit Beruf und Familie gleichzeitig Tag und Nacht fertig werden zu müssen. Die neuen Techniken ermöglichen auch im Betrieb den ausbeuterischen Einsatz der Arbeitskraft zu beliebigen Zeiten ohne hinreichenden Sozialkontakt, ohne hinreichende Pausen. Ohne politische Steuerung würde der Segen technischen Fortschritts zum Fluch für den Menschen und insbesondere für die Frauen.

Auch die Haus- und Familienarbeit darf nicht unverändert bleiben. Selbst wenn durch Arbeitszeitverkürzung die zeitliche Voraussetzung für die gleiche Übernahme der Familienarbeit durch alle Menschen gegeben ist, wird dies nicht von selbst geschehen. Hier müssen politische Signale gesetzt werden: Bei der Vergabe von verantwortungsvollen Tätigkeiten im Erwerbsbereich sollte nicht länger ausschließlich die bisherige Leistung im Erwerbsleben als Bewertungskriterium gelten. Der Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln für Menschen, die in der Familienarbeit oder in ehrenamtlichen sozialen Tätigkeiten unter Beweis gestellt wurde, muß auch bei der Besetzung von wichtigen Stellen im Beruf mehr Bedeutung zugemessen werden. Dazu könnte z. B. beitragen, daß es in der Öffentlichkeit positiv bewertet und belohnt wird, wenn Männer sich intensiv mit ihrer Haus- und Familienarbeit beschäftigen, wenn sie sich

die dazu erforderlichen Fähigkeiten aneignen. Eine andere Bewertung der Familienarbeit könnte auch zum Abbau der Kinderferndienstlichkeit in unserer Gesellschaft beitragen.

Die Kosten und Belastungen durch die Familienarbeit dürfen nicht länger vorrangig der einzelnen Familie, heute noch der einzelnen Frau, aufgebürdet, sondern müssen von der Gesellschaft übernommen werden. So könnten Ausfallzeiten durch die Geburt eines Kindes, durch Elternurlaub oder familienbedingte zusätzliche Arbeitszeitverkürzung durch eine staatliche Familienersatzstelle finanziert werden. Eine Finanzquelle wäre ein Fonds, vergleichbar dem Lohnfortzahlungsfonds, für alle Betriebe, eine zusätzliche Quelle wäre die Abschaffung des Steuersplittings. Damit wäre Familienarbeit keine Sonderbelastung für den Einzelbetrieb und kein Arbeitsplatzrisiko mehr. Die Veränderung der Männerrolle kann durch gezielte Werbung und Bildungskampagnen unterstützt werden.

Die Wohnungsnot ist zwar beseitigt, aber es wachsen die Anforderungen an eine bessere Ausstattung der Wohnungen. Ausreichender Wohnraum für junge Familien mit Kindern ist häufig nicht vorhanden oder zu teuer. Das gemeinsame Wohnen von Familien und Freunden verschiedener Generationen scheitert an der vorhandenen Wohnungsstruktur. Bei der ohnehin notwendigen Überholung des vorhandenen Wohnungsbestandes und der zukünftigen Wohnungsbauförderung müssen diese Probleme aufgegriffen werden.

Die Zahl von Alleinstehenden, Wohngemeinschaften und Alleinerziehenden nimmt zu. Darauf muß die Politik reagieren. Bereits 1977 hat die SPD eine Definition beschlossen, nach der für sie Familien „auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kindern“ sind. Im Bereich der Gesetzgebung, aber auch durch die Entwicklung neuer Wohnformen müssen diese veränderten Lebensformen Berücksichtigung finden. Veränderte Wohn- und Lebensformen, neue Formen von sozialen Diensten, der Betreuung von Kranken, alten Menschen, Behinderten und Kindern können helfen, die Familienarbeit aus ihrer Isolierung herauszulösen. Die Bereitstellung von mehr und besseren Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen kann dazu beitragen, die gemeinsame Familienfreizeit unbelastet durch Haus- oder Schularbeit zu verbringen.

Die ehrenamtliche Arbeit ist wie alle Arbeit in dieser Gesellschaft gespalten. Die öffentlichkeitswirksamen Vereins- und Verbandsfunktionen sind die Domäne der Männer, die arbeitsreichen sozialen Ehrenämter bleiben den Frauen. Für die ehrenamtliche Arbeit müssen — wie für die anderen Arbeitsbereiche — Frauen- und Männerförderpläne entwickelt werden, die sicherstellen, daß Frauen wie Männer in allen Bereichen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Nur durch gezielte Frauenfördermaßnahmen wird es gelingen, Frauen in Parteien, in Gewerkschaften, in Vereinen und Verbänden, als Schöpfung, Aufsichtsratsmitglieder oder Elternvertreterinnen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten zu sichern wie bisher den Männern.

Solche Fördermaßnahmen lassen sich nicht nur durch ständiges Einwirken auf die öffentliche Meinung und durch politischen Druck erreichen, sondern sie können auch gesetzlich abgesichert werden, z. B. können die zahlreichen finanziellen Förderungen von der Erfüllung der Gleichstellungsvoraussetzung abhängig gemacht werden. Zur Gleichstellung in der Politik kann es notwendig sein, die Wahlsysteme auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu verändern. Damit die SPD hier glaubhaft aktiv werden kann, muß sie zunächst ihre eigenen Defizite beseitigen. Im sozialen Bereich der ehrenamtlichen Arbeit wie z. B. der Betreuung von alten und kranken Menschen, von Straffälligen oder von gefährdeten Jugendlichen wären entsprechende Männerförderpläne erforderlich.

Es ist zu erwarten, daß bei einer gleichen Beteiligung von Frauen an der Politik sich die bisher eindeutig „männlichen“ Formen der politischen Arbeit ändern werden. Unser Ziel muß sein, menschliche Formen der politischen Arbeit zu entwickeln.

In Zukunft muß mit einer noch stärker steigenden Bedeutung des Freizeitbereichs gerechnet werden. Die Politik darf diesen Bereich nicht der Freizeitindustrie überlassen. Sie darf nicht zulassen, daß überkommene Rollenklischees, die sie ansonsten überall abzubauen versucht, in diesem Bereich aufrechterhalten und verstärkt werden. Unser Leitbild vom ganzen Menschen mit menschlichen, nämlich „weiblichen“ und „männlichen“ Fähigkeiten und Verhaltensweisen, muß auch bei der Gestaltung der Freizeit Leitbild werden.

Der Teufelskreis der immer wieder erneuten Erziehung zur Spaltung der Menschen muß unterbrochen werden. Wir müssen versuchen, unsere Kinder nicht zu Mädchen oder Jungen mit starren, festgelegten Rollen, sondern zu Menschen mit allen ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu erziehen. Ohne die Schulung von Eltern sowie allen erziehenden und lehrenden Menschen wird dies nicht möglich sein. Denn es geht darum, sich der eigenen, oft unbewußt weitergegebenen Rollenvorstellungen bewußt zu werden und Techniken zu lernen, diese Vorstellungen zu überwinden. Nur so kann es gelingen, Mädchen wie Jungen tatsächlich gleich zu erziehen und auszubilden.

Dabei machen gerade die Anforderungen der neuen Arbeitsformen und Arbeitsorganisationen menschliches Verhalten dringend erforderlich. Kinder werden heute noch vor allem zu Konkurrenzverhalten und Leistungsbereitschaft um der Leistung willen erzogen. In Zukunft werden von allen Menschen — auch von Männern — Fähigkeiten steigend gefordert, die bisher als typisch weiblich und deshalb für die Erwerbsarbeit nicht bedeutsam galten: Gefordert ist die Fähigkeit zur gleichberechtigten Kooperation, zum Eingehen auf andere Menschen und die jeweilige Situation. Es müssen also völlig neue, zum Teil auch ganz alte Erziehungs- und Bildungsziele erarbeitet, wiederbelebt und umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund erhält unser Ziel eine neue Chance der Verwirklichung. Angesichts der enormen Umwälzungen der gesamten Arbeitswelt können wir uns das Brachliegen „weiblicher“ Fähigkeiten, Kreativität, Fantasie, nicht länger leisten. Angesichts der völlig andersartigen Qualifikationsanforderungen der umgestalteten Arbeitswelt können wir uns den Verzicht auf „weibliche“ Verhaltensweisen nicht leisten. Angesichts der Desorientierung, Aggressivität und Hilflosigkeit vieler Menschen können wir uns die Abspaltung der Arbeit und die Spaltung der Menschen nicht länger leisten.

aus: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Heft, Bonn 2/1986:166-173

# Der Irseer Entwurf - Ein Programm für Frauen?

Inge Wettig-Danielmeier

Die Frage ist überspitzt: ausreichen würde ein Programm gleichermaßen für Frauen und Männer — ist Irsee das?

Seit dem vorigen Jahrhundert setzt sich die SPD für die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau ein, fordert die politische Teilhabe, das Frauenwahlrecht. 1921 wird die „vollständige und tatsächliche Gleichstellung aller ... Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“, 1925 dazu die „gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter“ gefordert.

Die konkrete Politik der Sozialdemokratie sah und sieht oft anders aus. Programm und Handeln stimmen nicht immer überein. Und selbst der große Vorkämpfer für die Frau und den Sozialismus August Bebel weiß theoretisch: „Es gibt keine Befreiung der Menschen ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“ aber er weiß praktisch, daß er ohne seine „liebevolle, hingebende und allzeit opferbereite Frau“ sein Leben nicht hätte leben können.

Die Kommission, die den Irseer Entwurf erarbeitet hat, war sich bewußt, daß Theorie und konkretes sozialdemokratisches Handeln endlich übereinstimmen müssen, daß gesellschaftliche Gleichheit nicht nur im Programm stehen darf, sondern gelebt werden muß, daß Lippenbekenntnisse ohne Taten die SPD jeden Tag unglaubwürdiger werden lassen.

Die Kommission wollte deshalb die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau zum Grundsatzkapitel für alle Politikbereiche machen. Das hat sich nicht allen Leserinnen und Lesern des Programms erschlossen. Immerhin wurde deutlich, daß Gleichheit von allen gelebt werden muß, von jedem und jeder einzelnen, von der Gesellschaft, vor allem aber von der SPD.

Die Kommission stellt fest, daß nicht Frauen auf den Entwicklungsstand des

Mannes gehoben werden müssen, sondern daß Männer und Frauen in unserer Gesellschaft mit Defiziten leben, die überwunden werden müssen. Es wurde festgehalten, daß die SPD eine Gesellschaft will, in der Männer und Frauen gleichermaßen in Beruf, Familie und Gesellschaft tätig sein können. Eine Gesellschaft, in der die gegenwärtige Spaltung in eine „männliche“ und eine „weibliche“ Welt überwunden wird.

Damit wurde eine alte Forderung der SPD-Frauen seit Clara Zetkin anerkannt: Gesellschaftliche Gleichheit setzt das Recht auf Erwerbsarbeit voraus.

Aber es wurde auch deutlich, daß Haus- und Familienarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, die gleichermaßen von Männern und Frauen erbracht werden muß. Erwerbsarbeit und Familienarbeit können nicht beziehungslos nebeneinander stehen. „Die Erwerbsarbeit kann durch nichts ersetzt und ihre Mängel nicht anderswo wettgemacht werden“ (Irsee). Aber auch die Familienarbeit kann durch nichts ersetzt werden, ihre Mängel können nicht anderswo wettgemacht werden.

Männer und Frauen brauchen beides zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Beides muß so organisiert und aufeinander bezogen sein, daß Beruf und Familie für alle vereinbar wird. Und Frauen und Männer brauchen die Chance zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe.

Konsequenterweise fordert die SPD die 30-Stunden-Woche für die Erwerbsarbeit und die private Umwertung der Haus- und Familienarbeit. Förderpläne sollen die Gleichheit vorantreiben, gesellschaftliche Erziehung in Kindergärten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen die Familienarbeit ergänzen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Die gleiche Beteiligung in der Politik wird programmatisch gefordert, aber gleichzeitig auch praktisch in der SPD

vorangetrieben. Noch in diesem Jahr sollen mit der vorübergehenden Hilfe von Mindestquoten Frauen in der SPD gleiche Beteiligungschancen erhalten.

Also haben wir ein Programm für Frauen und Männer? Bringen wir endlich Theorie und Praxis zusammen? Der Programmentwurf ist ein Fortschritt, er könnte sogar Breschen für Frauen und Männer schlagen.

Das Kapitel „Frau und Mann: Gesellschaftliche Gleichheit“ zeigt Wege auf, erkennt Probleme. Und dennoch ist der Programmentwurf auch ein Beleg für die tiefe Spaltung zwischen männlichem und weiblichem Denken, zwischen praktisch-theoretischer Anstrengung im Gleichheitskapitel und Rückfall in eingefahrene Denkschemata in fast allen Feldern praktischer Umsetzung von Politik.

Für Frauen ist es nicht hinnehmbar, daß die strukturelle Gewalt gegen Frauen und Kinder zu einer bildungspolitischen Aufgabe verniedert wird — auch wenn uns klar ist, daß abwehrende Betroffenheit viele Männer das tatsächliche Ausmaß der Gewalt nicht erkennen lassen will.

Daß eine traditionell prüde Partei Liebe und Sexualität als gestaltendes Element menschlichen Lebens und menschlicher Beziehungen ausläßt, hätten wir erwarten können. Aber für Frauen ist das damit zusammenhängende Problem der sexuellen Selbstbestimmung und des Schwangerschaftsabbruchs nach wie vor bedrückend ungelöst und gar kein „Privat“ vernügen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist im Programmentwurf selbstverständlich eine Männergeschichte.

Im Gleichheitskapitel fordert die SPD das Recht auf Erwerbsarbeit, auf Familienarbeit und gesellschaftliche Teilhabe für Frauen und Männer als Voraussetzung für gesellschaftliche Gleichheit. Wenn sie die „Zukunft der Arbeit“ gestaltet, bleiben die besonderen Probleme

der Frauen außen vor: „... wir wollen allerdings verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung solcher Arbeit werben, die Menschen außerhalb des Erwerbssektors leisten.“ — so der Entwurf — das reicht nicht! Es kann keine isolierte (Männer-)Befreiung in der Arbeit geben, wenn Erwerbsarbeit und Familienarbeit sich gegenseitig ausschließen. Und es ist auch nicht möglich, die Gleichheit durch die Umbewertung bisher mißachteter Arbeit in einer Werbekampagne herzustellen, ohne daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht verteilt wird, ohne daß die Chancen für diese Arbeit gerecht verteilt werden und ohne daß Einkommen gerecht verteilt werden. Wenn Qualifizierung und Weiterbildung sich nur am bisherigen männlichen Arbeitsleben und Zeitvorstellungen orientieren, ist Chancengleichheit im Erwerbsleben Illusion. Gegenwärtig öffnet sich die Schere zwischen Frauen- und Männerchancen nach Eintritt in den Beruf.

Nach wie vor orientieren sich unsere sozialen Sicherungssysteme an den Interessen männlicher Arbeitnehmer, mit der Folge, daß unsere reiche Gesellschaft Frauen im Alter auf eine schandhaft niedrige Rente verweist und ihre Lebensleistung an Muttertagen würdigt. Erziehungs- und Hausarbeit ist in unserem sozialen System keine Leistung.

Auch mit der Grundsicherung trägt die SPD dem Erfordernis der Umbewertung und Umverteilung von Arbeit nicht hinreichend Rechnung. Die Gesellschaft hat bis heute Millionen Frauen die Hausfraurolle zugewiesen und ver-

weist selbst junge Frauen wieder in diese Rolle, sie kann sich nicht auf das „Leistungs“prinzip für die Rente zurückziehen und damit nur die Erwerbsarbeitsleistung meinen. Und selbst wenn diese Gesellschaft heute darin übereinstimmen würde, daß alle Arbeit gerecht zu verteilen wäre, so müßten doch erst Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch viele junge Frauen werden noch für eine Reihe von Jahren mit der Krücke minderbezahlter Teilzeitarbeit leben müssen. Ihre sogenannte Rentenbiographie ist nur aus der Erwerbsarbeit nicht gerecht zu erstellen.

Die Vorstellungen vom Leben der Geschlechter als gleiche und freie findet in der familienpolitischen Idylle des Irseer Programmentwurfs vorläufig keine Entsprechung.

Auch die spärliche Aufnahme weiblicher Sprachformen täuscht nicht darüber hinweg, daß Frauen im Kultur- und Bildungsprogramm defizitiäre, zu schützende Minderheiten bleiben. Der einseitige Kulturbeitrag der Frauen ist noch nicht vorgesehen.

Die SPD hat mit dem Irseer Programmentwurf neue Vorstellungen von einem anderen Zusammenleben von Frauen, Männern und Kindern, von Selbstverwirklichung entwickelt — ich habe das sicher nicht erschöpfend dargestellt —, aber frau könnte auch weitere Denk- und Sprachbrüche dagegenhalten, die deutlich machen, wie sehr auch die SPD traditionellen Rollenvorstellungen verhaftet ist, wie weit sie noch von einer Gleichheit von Mann und Frau selbst in ihrer Programmatik entfernt ist.

Ein Programm gleichermaßen für Frau und Mann ist der Irseer Entwurf nicht, noch nicht! Immer noch ist Friede, ist Demokratie wichtiger, obwohl doch eine Demokratie ohne Gleichheit ebenso wenig möglich ist wie der Friede.

Dem Programm ist anzusehen, daß es von Männern und Frauen entworfen worden ist, die anders gelebt haben und anders leben, als es ihrer Zukunftsvorstellungen und den Wünschen junger Frauen entspricht. Sie müßten mit dem Programmentwurf auch ihr eigenes Leben in Frage stellen. Das macht Brüche verständlich.

Dennoch zeigt das Programm zum ersten Mal die Möglichkeit, den Schritt von der Theorie zur Praxis, vom Lippenbekenntnis zum eigenen Leben zu tun. Der Widerspruch zwischen dem, was wir als SPD sagen und was wir tun, ist vielen bewußter geworden. Die Glaubwürdigkeitsfrage ist dängender geworden.

Wir — die SPD — ist bereit zu lernen — ich hoffe Sie und Ihr alle helft uns dabei

gese Materialien, Die Spaltung überwinden! Zur gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann. Programmwerkstatt im Birch-Offenhaus-Haus, Hrsg.: Vorstand der SPD, Berlin 8/88:4 f.

# Podiumsdiskussion

Ist die „gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau“ eine angemessene Antwort auf die Emanzipationsforderungen der Frauen?

## Auszug:

(...)

### Gisela Marx:

Würden Sie so weit gehen zu sagen, daß Sie das Frauenkapitel des Inseer-Programmwerfs für Ihre Arbeit durchaus so, wie es da steht, übernehmen können?

### Nelly Friedrich:

(Deutscher Frauenrat; Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände)

Nein, es ist zu wenig differenziert. Ich meine, es muß noch sehr viel mehr Phantasie hinein, z. B. in bezug auf die Gestaltung der Arbeit mit Blick auf Familien-, Hausarbeit. Wir müssen und bedarf der Konkretisierung.

### Helde Wlaczorek-Zeul:

Ich habe, neben Inge Wetzig-Danielmeier und Ilse Brusis und Sigrid Skarpeles-Sperk, insbesondere eben auch aus dem Frauenkapitel bei vielen Diskussionen mitgewirkt. Das war übrigens das Kapitel, das in der Programm-Kommission sicher sechs- oder siebenmal Satz für Satz durchgegearbeitet worden ist und wo die einzige Abstimmung überhaupt im ganzen Text stattfand. Also man merkt, ein zentraler Punkt war getroffen. Frau sollte die Gleichstellung durch eigene Taten untermauern. Deshalb habe ich mich entschlossen, als Vorsitzende der süddeutschen SPD zu kandidieren, da es ohnehin in diesem Bereich bisher relativ wenig Frauen an der Spitze gegeben hat.

### Gisela Marx:

Laß mich noch eine Nachfrage stellen. Was war eigentlich bei der Diskussion zu diesem Programm-Entwurf anstrengend, die sagen wir, intellektuelle Herausforderung oder die emotionale Belastung, sich mit den Männern da rumströmen zu müssen?

### Helde Wlaczorek-Zeul:

Eigentlich war es die emotionale Belastung, weil man schon oft festgestell hat, daß das wirklich fast zur Blockade

an manchen Punkten und bei manchen Sachthemen geführt hat. Es ist offensichtlich viel leichter, gesellschaftsverändernde Formulierungen in so einen Text einzubringen, als etwas zur Veränderung des eigenen Lebens zu formulieren. Und da das ja wirklich an den Nerven der bisherigen Lebensgestaltung bei den Männern geht, was da eben der Punkt, wo es ganz schwierig wurde. Wo bei, wenn ich das so sagen darf, manchmal die Chauvis in der Programm-Kommission uns eher unterstützt haben als die Softis.

### Gisela Marx:

Das wußten wir gerne näher.

### Helde Wlaczorek-Zeul:

Also der Horst Ehmke, der hat uns da aktiv unterstützt, auch an solchen Punkten. Und ich denke also bei Softis eher an Johano Strasser. Ich habe das eigentlich nur so erklären können, daß ich mir vorgestellt habe, daß diejenigen, die selbst in ihrem eigenen Leben schon ein Stück Veränderung bewirkt haben und auch bewirken, sich dann immer intensiver angegriffen gefühlt haben von uns und gesagt haben, wir leisten doch eigentlich schon so ungeheuer viel, und ihr wollt jetzt von uns immer noch Erkenntnisse, obwohl Teile unseres Lebens schon verändert sind. Ich glaube, das ist so ein bißchen der Hintergrund.

### Gisela Marx:

Ich habe den Titel für mich jetzt umgeschaltet und gefragt, ob die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau eine notwendige Voraussetzung für die Emanzipationsforderung der Frauen ist. Unter diesem Titel habe ich dann weiter nachgedacht. Ich möchte aber jetzt einmal zunächst die Phantasie der Beteiligten, zumindest einer Beteiligten, herausfordern. Da es sich ja im Prinzip um ein Thema handelt, das Phantasie auch zuläßt, weil es ein immer noch utopisches Thema ist, würde ich Frau Friedrich gerne fragen, wie

stellen Sie sich denn die typische Familie im Jahr 2010 vor?

### Nelly Friedrich:

Ich halte es schon für gefährlich zu sagen, die „typische Familie“. Wir müssen dazu kommen, viele Modelle von Familien zu akzeptieren. Es ist ja immer das Problem der Akzeptanz, sowohl bei den einzelnen als auch in der Gesellschaft. Wir neigen dazu, das ist etwas, was z. B. hier auch das Programm noch meines Erachtens belastet und revisionsbedürftig macht, ein Modell für alle zu setzen.

### Gisela Marx:

Gibt es die Familie im Jahr 2010 noch in der Form, wie wir sie jetzt haben? Den Begriff typisch will ich mal weglassen.

### Nelly Friedrich:

Es wird sie sicher geben in der Form, wie wir sie haben. Aber es wird sicher auch neue Formen geben, insbesondere auch auf die Arbeitsleistung und Erwerbsarbeit und Familienarbeit. Das wird sich mit Sicherheit grundlegend verändern. Nicht nur in der Tagesarbeitszeit, in der Wochenarbeitszeit, sondern auch, ich sage das jetzt einmal locker, in einer gewissen Phasenarbeit, daß man Erwerbsarbeitsblöcke zusammenfaßt genauso wie man Hausarbeitsblöcke zusammenfaßt, je für Mann und Frau in bestimmten Zeiten.

### Gisela Marx:

Herr Lafontaine, die schönste Frage, die ich Ihnen stellen könnte, wäre, wie wünschen Sie sich die typische Frau im Jahre 2010. Leider muß ich sagen, wie stellen Sie sich die Frau im Jahre 2010 vor? Möglicherweise klafft das auseinander, wenn es das tut, beschreiben Sie das bitte.

### Oskar Lafontaine:

Ich bin natürlich immer vorsichtig, Programme abzugeben über einen solchen Zeitraum. Aber wie der Alltag dann

aussehe, das läßt sich vielleicht folgendermaßen konkretisieren: Frauen und Männer haben die Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Daraus folgt, daß die nicht bezahlte Arbeit — über die wir eben viel mehr als in früheren Zeiten reden müssen — in ungleich stärkerer Form als es heute der Fall ist, aufteilbar wird. Hinsichtlich der Kindererziehung stellt sich dann die Frage nach Kindertagesstätten und nach Ganztagschulen usw., die ja unmittelbar verbunden ist mit der stärkeren Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit, denn anders ist das eben nicht zu bewältigen. Ich glaube, allein mit diesen Stichworten, gleicher Zugang zur Erwerbsarbeit, gleiche Aufteilung der nicht bezahlten Arbeit, Regelungen auch für die Kindererziehung und die damit verbundenen Arbeiten, können wir die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit möglich machen. Damit wird deutlich, welche strukturellen Bedingungen wir vorfinden müssen, um die Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft wirklich durchzusetzen. Da beginnen aber auch die Grenzen, weil den Menschen Entscheidungen in ihrem privaten Leben nicht durch die Politik vorgegeben werden sollen.

### Gisela Marx:

Sie haben jetzt gesagt, wie das möglichere aussehen wird. Was denken Sie denn ganz realistisch? Stellen Sie sich das mal vor, das sind ja nicht mehr so viele Jahre, 22 Jahre. Wie wird es dann aussehen? Sie haben doch ein großes Phantasievermögen. Was denken Sie, wie sieht der Alltag einer Frau in 22 Jahren aus unter den Bedingungen der Politik, die Sie ja auch hochrechnen können?

### Oskar Lafontaine:

Ich will meinen Beitrag dazu leisten, daß das früher der Fall ist. Aber vielleicht sind wir in der Zwischenzeit dann wieder in der Opposition. Das weiß ich natürlich nicht. Aber schaffen können wir das nur, wenn wir auch in dieser Frage konsequent sind und uns nicht durch Formelkompromisse vor unangenehmen Entscheidungen drücken.

### Gisela Marx:

Frau Léonhard, wie sieht denn Ihrer Meinung nach der typische Mann im Jahre 2010 aus?

### Helma Léonhard:

(Geschäftsführerin der Hauptgemeinschaft der Deutschen Einzelhandels) Ich denke schon, wenn wir das in das Programm reinschauen, daß sicherlich ein Gleichheit zwischen Mann und Frau im Jahre 2010 verwirklicht ist. D. h.

für mich auch konkret auf den Mann bezogen, daß das tatsächlich auch mehr an Haus- und Familienarbeit geleistet wird als das heute der Fall ist. Wie das insgesamt gesellschaftlich aussehen wird, wie die Aufteilung zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit dann konkret aussehen kann, aussehen wird, ist sicherlich schwer zu beantworten. Ich glaube, daß es einerseits wesentlich mehr Partnerschaftsverhältnisse, Familien geben wird, in denen beides gleichermaßen aufgeteilt ist. Es wird aber sicherlich im Jahre 2010 auch noch Familien geben, in denen entweder in stärkeren Maße die Frau weniger Erwerbstätigkeit und mehr Haus- und Familienarbeit leistet, aber ich hoffe auch, daß die umgekehrte Situation häufiger zu finden ist, daß auch Männer, die Familien- und Hausarbeit mal in größerem Maße leisten werden, und die Frau dann in stärkerem Maße erwerbstätig ist.

### Sigrid Metz-Göckel:

Es hängt von der Stärke der Frauen ab, wie die Männer sich ändern.

### Gisela Marx:

Frau Metz-Göckel, wenn Sie Ihre Männerstudie, die Sie gemacht haben, hochrechnen auf das Jahr 2010, zu welchen Annahmen kommen Sie dann?

### Sigrid Metz-Göckel:

Die Herrschaftsform des Patriarchats, ich wage das hier so zu formulieren, hat bisher über eine jahrtausendliche Beständigkeit verfügt, so daß ich eigentlich große Veränderungen nicht erwarte. Ich will einmal sagen, was mich an dem Inseer Programm, so gut ich es in Details finde, grundsätzlich stört. Es ist mir zu schönfärbisch und in der Analyse nicht bissig genug, im Sinne von treffend. Das sage ich jetzt nicht, um radikal zu klingen, sondern ich glaube, daß von einer guten Analyse auch die konkreten Handlungsschritte abhängen. Ich finde, wir machen seit Jahrzehnten Frauenpolitik und können nicht einfach mit einem guten Willen bei den Männern rechnen. Wir müssen ihnen alles abtrotzen, weil es ganz gegensätzliche Interessen gibt zwischen den Männern und den Frauen. Die Männer sehen nicht ein, daß eine größere Beteiligung an der Familienarbeit ihnen etwas bringt. Sie empfinden es als Verzicht ihrerseits, was wir ihnen als freundschaftliches Angebot machen. Während wir denken, sie würden doch dazu gezwungen, empfinden sie es als Bedrohung und als Verlust. Ebenso geht es mit der Beteiligung an der Erwerbsarbeit. Folglich sitzen wir eigentlich nicht im gleichen Boot. Das, glaube ich, macht ei-

gentlich klar, daß wir von einer Analyse ausgehen müssen, derzufolge Frauen zwei Herrschaftsformen ausgesetzt sind: einmal dem Organisationsprinzip der kapitalistischen Arbeit und der damit verbundenen Trennung von Lohnarbeit und Hausarbeit, obwohl die ganz innig aufeinander angewiesen sind. Und einer zweiten Herrschaftsform, nämlich der des Patriarchats. Die Männer haben es geliebt, und zwar tüchtig gelernt, über alle demokratischen Bildungseinrichtungen, über alle Umverteilungsprozesse hinweg, immer irgendwie hinzukriegen, als die Besseren, die überlegeneren, diejenigen, die mehr zu sagen haben dazustehen, auch nach aller Aufklärung und allen Demokratisierungsprozessen. Deshalb finde ich, wir müßten viel radikaler Frauenpolitik machen, weil nur von der Stärke der Frauen es überhaupt abhängt, wie die Männer sich ändern. Da gibt es viele Indizien, daß das der richtige Ansatzpunkt ist. Dazu gehört, daß wir auch ganz gezielte Männerpolitik (Politik für Männer) machen müssen. Wir müssen viel verbindlichere Regelungen der Beteiligung an der Familienarbeit durchsetzen. Z. B. Väter müssen einen Teil des Elternurlaubes nehmen, sonst verfällt er. Vaterpflicht muß ein Erwerbstätigkeitsrisiko für Männer werden. Es muß auch ein gleiches Kontinuitätsrisiko der Erwerbsarbeit werden für die Männer, für die Väter, wenn ein Arbeitgeber einen Mann oder eine Frau einstellt. Wir müssen sehr viel früher z. B. in der Berufsausbildungspolitik, da gibt es ja himmelschreiende Ungerechtigkeiten. In der ganzen neuen Technologieabteilung gibt es himmelschreiende Gefährlichkeiten, weil da wieder neue Umweltverhältnisse zementiert werden durch die Monopolisierung bestimmten Wissens. Ich finde, wir Frauen sollten eine Politik betreiben, die die Stärke der Frauen als Druck mehr zum Ausdruck bringt. Ich denke da auch an alle Tabus, die zu brechen sind, auch dieses Tabu der „heiligen“ Familie. Die Gefährlichkeit, die die Frauen so sanftmütig macht und immer wieder in die niedrigere, dienende Rolle drückt, liegt, glaube ich, daran, daß die Frauen gelernt haben, moralischer zu argumentieren, und stärker an die sozialen Folgen denken und sich stärker auch in die Betroffenheit von anderen Menschen hineinfinden, sich hineinendenken. Dieses hat eigentlich immer dazu geführt, daß die Frauen eher die Vorzichterinnen sind. Ich glaube, erst in dem Augenblick, wo wir angefangen haben, auch Protestierendes zu sagen

mit relativer Aufmüpfigkeit und Wut, wurden wir gehört. So kann es nicht weitergehen, weil nicht nur auf unsere Kosten die gesamte Gesellschaft unter Umständen in der nächsten Zeit kaputt geht. Deshalb müßten wir, glaube ich, die Frauenpolitik in dem Sinne stärken, daß wir die Bemühung, die Frau zu separieren, vor die Bemühungen stellen, immer nur Gemeinschaftsappelle loszulassen.

**Gisela Marx:**  
Ich greife mal ein wichtiges Stichwort auf, Frau Wiczorek-Zeul. Wenn also Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Gleichstellung und die Gleichheit von Mann und Frau, wie kann denn dann angesichts der unbefristeten patriarchalischen Strukturen innerhalb der SPD der Mann als entscheidender Gestaltungsfaktor auch verbleiben?

**Heide Wiczorek-Zeul:**  
Ich glaube auch, daß es eigentlich eine Mischung sein muß aus dem, was hier angesprochen worden ist. Daß es einerseits darum geht, daß Frauen sich mehr auf ihre eigene Stärke verlassen. Für mich war das auch ein Lernprozeß, daß bei den sozialdemokratischen Frauen ein Zusammenhalt ist, der es erleichtert, in bestimmten Konflikten ganz anders aufzutreten gegenüber den Männern. Ich denke, diesen Versuch müßte man eigentlich stärker machen. Allerdings denke ich, kann man nicht darauf verzichten, auch in der Diskussion zu beeinflussen, und zwar auch Männer zu beeinflussen. Ich will auch aus der Programm-Diskussion noch einmal sagen, daß es doch auch auf der Seite der Männer Lernprozesse gegeben hat, die auch gefragt haben: warum müssen wir eigentlich diese typische männliche Rolle durchhalten, was hat das auch für Deformationen und für eigene Probleme im eigenen Leben mit sich gebracht.

**„Solidarität kann im Grunde genommen nur als humane Kategorie gedacht werden.“**

**Nelly Friedrich:**

Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, als Herr Lafontaine sagte, wir brauchen Kindergärten, wir brauchen Tagesstätten, wir brauchen Ganztagschulen, um die Erwerbstätigkeit der Frauen zu fördern. Das ist der erste Gedanke, daß Frauen weiter die Belastungen sind und nicht die Beteiligung der Männer an der Familienarbeit.

**Oskar Lafontaine:**  
Ich sehe allerdings darin, daß wir den Frauen die Erwerbsarbeit ermöglichen,

eine Voraussetzung dafür, daß die Familienarbeit von Männern mitübernommen wird.

**Nelly Friedrich:**

Es ist nur eine Komponente. Wir müssen uns angewöhnen, hier nicht nur eingeleigt zu denken, sondern das andere immer miteinzubeziehen. Ich meine, Kindergärten, Ganztagschulen brauchen wir vor allem auch für die vielen Alleinerziehenden, daran besteht kein Zweifel, aber bitte nehmen Sie das andere immer mit hinein in die Überlegungen. Das zweite, was von Ihnen kam, das war die Frage der Stärke der Frauen als Frauen. Ich meine, hier ist vor allem auch die Solidarität der Frauen untereinander gefragt. Was helfen uns die schönsten Frauenförderpläne, wenn die Frauen sich nicht solidarisch untereinander gemeinsam durchsetzen und Frauenförderung realisieren. Ich meine, hier kommt es doch wesentlich darauf an, bei den Frauen selbst diese Solidarität durchzuziehen, in allen Situationen durchzutragen.

(...)

**Oskar Lafontaine:**

Ich möchte auf zwei Argumente eingehen, die hier vorgebracht worden sind: Zunächst einmal zur Solidarität, weil das ja ein zentraler Begriff in unserer Debatte ist. Ich bin selbstverständlich für die Solidarität unter den Frauen. Ich möchte aber dafür plädieren, daß wir den Begriff erweitern sehen. Solidarität kann im Grunde genommen nur als humane Kategorie gedacht werden. Solidarität ist für mich nur möglich, wenn alle Menschen untereinander solidarisch sind, also auch die Frauen mit den Männern und die Männer mit den Frauen. Dann ohne einen so verstandenen Solidaritätsbegriff werden Lagertheorien aufgebaut — um eine andere Vokabel, die in der politischen Debatte eine Rolle spielt, zu benutzen. Lagertheorien helfen uns nicht weiter, so wichtig auch zunächst einmal der Zusammenschluß ist, um gemeinsame Interessen durchzusetzen.

Im übrigen, es ist richtig, daß immer wieder in kontroversen Debatten von Siegern und Besiegten gesprochen wird oder vom Waffenstillstand. Ich halte nichts davon, diese Begriffe auf die Arbeitszeitdebatte zu übertragen, denn wenn es um die Arbeitslosigkeit geht, kann es im Grund genommen nur Verlierer geben bei den Betroffenen. Die Arbeitslosen sind jetzt schon die Verlierer. Hier möchte ich auf einen anderen Aspekt hinweisen: Wenn von den Arbeitslosen geredet wird, dann müssen wir uns angewöhnen, nicht nur die zwei

oder drei Millionen Arbeitslosen zu erwähnen, die es schon heute bei uns gibt, sondern wir müssen die Zahl verdoppeln. Wenn wir eine Erwerbsquote der Frauen anstreben wie in Schweden, dann geht es um 6 Millionen oder mehr, für die Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen sind. Dann werden eben die Verteilungskonflikte noch schärfer, und deswegen werden auch die Debatten noch schwieriger werden. Ich denke nicht daran, ich sage das noch einmal, daß wir für diese Problematik den Begriff Waffenstillstand etwa ummünzen in Argumentationsstillstand. Wir müssen weiterhin deutlich machen, wie wir die Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft realisieren können. Das führt eben zu erheblichen strukturellen Eingriffen in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

**Heide Wiczorek-Zeul:**

Allgemein ist sicher richtig, zu sagen, Solidarität als Kategorie gilt für alle. Das Problem ist, wenn man sich in einer patriarchalisch geprägten Partei, in patriarchalischen Organisationen befindet, dann wird Solidarität natürlich allzuoft auch als Instrument genutzt, um Frauen, die in der Minderheit sind, obwohl sie die Mehrheit in der Bevölkerung sind, auf Linien festzulegen, die ich auch nicht mehr bereit bin, so mitzumachen. Das will ich nur noch einmal kurz sagen. Das ist nämlich die Entwicklung, die dazu führt, daß sich Sozialdemokratinnen sozusagen an Beschlüssen verbiegen und anschließend heißt es, bei euch gibt es gar nicht so exotische und interessante Frauen in der Sozialdemokratie wie die Frau Süßmuth oder andere. Ich bin überhaupt nicht mehr bereit, mich solchen Mustern zu unterwerfen.

**Gisela Marx:**

Bevor Sie wieder drankommen, Herr Lafontaine, wollte ich gerne Frau Metz-Göckel, die dazu auch etwas geschrieben hat, noch einmal bitten, um die Psyche von Männern zu erklären, ob die patriarchalischen Strukturen als Erklärungsmuster da auch ausreichen, weiß ich nicht. Aber begreifen die politischen Akteure eigentlich ihre Motivation bei der Verhinderung etwa der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft?

**„Solidarität ist ein gefährlicher Begriff.“**

**Sigrid Metz-Göckel:**

Ich finde, Solidarität ist ein gefährlicher Begriff. Er wird so merkwürdig instrumentalisiert, obwohl er einen ganz tollen Anspruch darstellt. Es heißt ja, daß der einzelne sich stärker auch in andere

hineinzudenken imstande ist und ein Stück seine Interessen zurückstellen kann, damit insgesamt mehr Interessen verwirklicht werden können, mehr Bedürfnisse befriedigt werden können. Ich glaube, weil es immer Unterschiede zwischen alt und jung, und zwischen Menschen geben wird, ist das sicherlich ein ganz wichtiges Kriterium. Aber was mich an dem Begriff so ärgert ist, Frauen haben Solidarität mit Männern in einem ungleich größeren Ausmaß tatsächlich praktiziert als umgekehrt. Es gehört sozusagen zu den Strukturmerkmalen von Ungleichheitsverhältnissen, daß sich immer die Schwächeren in die Stärkeren hineinzuwenden gezwungen sind, damit sie überhaupt überleben. Das tun Frauen dauernd. Aber die Herrern, die oben sind, denen also zufällt oder wie auch immer, die haben eigentlich nie sozusagen den existentiellen Zwang, sich einmal in andere wirklich hineinzuversetzen, denen es schlechter geht. Von daher finde ich, daß in der Geschichte, auch der der SPD, die Solidarität den Frauen wirklich oft genug zu ihrem Schaden „abgekauft“ worden ist und die Solidarität der Männer mit den Frauen aussteht. Das ist das, was wir einzuklagen haben.

**Gisela Marx:**

Ich stelle mir in der gesamten Frauendiskussion das Innenleben eines Mannes nicht so einfach vor. Wenn ich nun Ihres mal kurz betrachten darf, Herr Lafontaine, wie empfinden Sie es denn, wenn hier immer von Bedrohung der Männer gesprochen wird, oder wenn es heißt, in der Partei, da bewegt sich eigentlich nichts. Sie sind ja nun ein mächtiger Mann. Sie sind im Präsidium. Sie sind stellvertretender Vorsitzender. Sie könnten „par ordre de mufiti“ eingreifen in die Diskussion oder zumindest die Männer mal am Abend beim Bier dazu anregen, sich ein bißchen mehr zu öffnen. Ich weiß nicht, was in Ihnen vorgeht, wenn Sie sich das so anhören: Teilen Sie die ganzen Gedanken der Frauen oder sagen Sie: na ja, ich muß mal mit darüber reden, aber eigentlich geht es so nicht.

**Oskar Lafontaine:**

Ich will versuchen, das an der Diskussion deutlich zu machen, die wir jetzt führen. Ich halte an der Vorstellung fest, daß Solidarität nicht in Gruppen aufgeteilt werden kann. Solidarität, anders kann ich das nicht denken, ist nicht nur etwas, das unter Männern und unter Frauen, unter den Arbeitenden und den Arbeitslosen oder im Kreis der Nationen, den sogenannten „Dritten Welt“ und den Staaten unserer Welt gelten

kann. Sie kann eben nicht in Gruppenkategorien aufgelöst werden, sondern hier geht es eben wirklich um die Gesellschaft der Freien und Gleichen, die schon in der Aufklärung gedacht worden ist. Wenn man von Solidarität spricht und von dem oder der Schwächeren, der oder die sich in den Stärkeren hineinfinden muß oder soll, dann muß man auch die Keimseite der ganzen Geschichte sehen. Man muß sich dann auch von der Psychologie oder auch von der Pathologie her denjenigen ansehen, der im Verlaufe seines Lebens immer der vermeintlich Starke gewesen ist. Stark hat ja auch etwas mit Unbiegsamkeit zu tun, und oft führt eben Unbiegsamkeit plötzlich zum Zusammenbruch.

In dieser Solidaritätsdiskussion muß eben noch deutlich werden, daß das, was vermeintlich die bessere Position zu sein scheint, sich gegen denjenigen richtet, der angeblich stark ist. Wenn sich Stärke in Unbiegsamkeit oder in einem bestimmten Verhalten niederschlägt, dann kann der scheinbar Stärkere oder Machigere plötzlich unter den sich selbst aufgebürdeten Lasten zusammenbrechen.

Dies müssen wir mitehen, wenn wir den Begriff der Solidarität erörtern. Ich denke, die Debatte kann uns wirklich weiterführen, wenn Männer begreifen, daß der Männlichkeitswahn, ich denke dabei an die Berufswelt und an die militärische Welt, sich letzten Endes auch gegen sie richtet, und daß sich das bessere Leben eben nicht im Männlichkeitswahn realisieren kann.

**Sigrid Metz-Göckel:**

Also da würde ich gerne anknüpfen. Ich wundere mich schon dauernd, daß die Männer eigentlich des größeren Lebensrisiko, das sie eingehen, und das größte Gesundheitsrisiko, unter dem sie leiden, sind den frühen Infarkten, mit den Herz-Krankheiten, und mit den Blutdruckkrankheiten, aber auch mit ihrer geringeren Lebenserwartung insgesamt, daß sie das nie im Zusammenhang bringen mit der Art und Weise, wie sie zu leben glauben gezwungen zu sein. Die Frauen machen doppelte und zunehmend doppelte Arbeit, Familien- und Erwerbsarbeit, zunehmend auch mütterliche Erwerbsarbeit mit kleinen Kindern. Da müßten wir ja eigentlich dauernd denken, diese systematische Überforderung bringt sie zum Zusammenbruch. Ich habe mich gefragt, wie halten es diese mehrfach belasteten Frauen eigentlich aus? Sie können es meiner Meinung nach nur deshalb überhaupt aushalten, so schlecht das ist, weil sie in der

Familienarbeit, in dem Leben mit Kindern, wirklich so was wie eine sinnstiftende, ihnen selbst etwas zurückgebende Arbeit empfinden, also ein kleines Stück nicht entfremdeter sinnvoller Arbeit. Darauf verzichten die Männer. Das macht aber den Frauen dieses Leben überhaupt aushaltbar. Es gibt von Horst Eberhard Richter die These von dem Leidensvorsprung der Frau, der aber sozusagen ihr Leben verlängert, während Männer, indem sie alle Gefühlsbezogenheit und Schwäche verparzen, mein Gott noch mal, keine Schwäche zugeben können, daß sie deshalb so stark werden. Das finde ich, ist der Nachteil ihrer Stärke, daß Männer auch tatsächlich ein größeres Lebensrisiko haben. Das klingt fast schadenfroh. Es geschieht den Männern dann recht, wenn sie nicht einsehen, sie könnten es auch anders haben. Ich wundere mich, warum das kein Hebel für die Männer zur Veränderung ist.

**Zwischenruf (Frau):**

Also das haben wir in der Programmkommission z. B. versucht. Bevor natürlich ein Mann sein eigenes Leben ändert, das dauert schon.

... Die Männer haben eigentlich die falsche Theorie vom Geschlechterverhältnis. Sie begreifen die Frauenfrage immer nur als Teilfrage. Dadurch, daß sie diese nicht im patriarchalischen Zusammenhang sehen, sind sie immer selber davon ausgeschlossen. Dabei sind die Männer Teil der Art und Weise, wie wir jetzt die Frauenprobleme haben. Das geht doch gar nicht anders. Sie sind doch das notwendige Gegenüber.

**Gisela Marx:**

Das ist ja eine interessante Frage, mit der sich auch Teile der Frauenforschung beschäftigen, wenn die gesellschaftliche Gleichheitsforderung eine Umgestaltung des gesamten Lebens bedeutet und wenn es darum geht, Mängel und Defizite der männlichen und weiblichen Lebensbedingungen und Lebensformen zu überwinden, dann muß man ja der Tat gelegentlich mal die Frage stellen, wie sehen denn die weiblichen Utopien aus. Da wird es zunächst erst einmal ein Vakuum geben. Diesem Vakuum müssen wir uns auch stellen. Das ist ja nicht so, als ob wir gleich aus dem heißen Bauch heraus wunderbare neue Lebensentwürfe parat hätten, mit denen wir die Welt neu organisieren können, sondern da fallen wir natürlich erst einmal in ein tiefes Loch. Jedes Vakuumloch, das entsteht, wenn die ganzen



männlichen Verhaltensmuster, die ganzen männlichen Maßstäbe für uns wegfallen.

### Heide Wiczorek-Zeul:

Das sehe ich schon so, zumal man sich ja auch selbst im eigenen Leben in irgendwelchen Kompromissituationen befindet. Wir können sicher die Utopie noch zureichend beschreiben, wie sich Verhalten von Männern und Frauen ändert. Das ist sicher eine Diskussion, die wir im Programmwurf und auch in der Diskussion noch nicht ausreichend geführt haben. Aber selbst wenn man diese Vision so deutlich hätte, ist es ja trotzdem so, daß alle, jede und jeder von uns, mich eingeschlossen, daß wir doch eben uns auch in persönlichen Situationen befinden, wo wir den selbstgesetzten Ansprüchen gar nicht nachkommen können. Also die Art, wie Politik z. B. veranstaltet wird, und wie jede von uns, z. B. auch die Frauen, dabei einbezogen sind, wieviel Zeit man aufwendet. Wenn ich den Montag nehme von morgens 9.00 bis nachts um 24.00 Uhr. Das ist ja nun auch nicht die Vorstellung, die man als Utopie hat. Also ich finde, da gibt es einfach auch Widersprüche, wo man mitüberlegen muß, wie könnte eigentlich die Gesellschaft aussehen, die das ernst nimmt. Also die dann z. B. auch Politik wirklich anders gestaltet und auch andere Vorstellungen hat, wie man Politik macht und wie man mehr Menschen beteiligt.

### Gisela Marx:

Eben ist der Arbeitsbegriff, Arbeitsbedingungen gefallen. Es geht ja, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, auch um eine neue Definition des Arbeitsbegriffes. Da lese ich so einen Satz, der heißt, der Reproduktionsarbeit Würde und Wert zurückgeben. Frau Léonhard, was stellen Sie sich darunter vor?

### Helma Léonhard:

Das Thema Reproduktionsarbeit bezieht sich ja in erster Linie auf die Familienarbeit, die Hausarbeit. Daß diese Leistungen, die bisher ja eigentlich in erster Linie nur von den Frauen erbracht worden sind, stärker aufgewertet werden, ist sicherlich eine ganz entscheidende Sache. Ich finde es sehr schlimm, wenn Frauen, man sieht das sehr häufig, wenn z. B. im Fernsehen irgendwelche Shows sind, sich vorstellen sollen und sagen dann, sie sind Nur-Hausfrau. Hier ist sicherlich ein wichtiger Ansatzpunkt, daß man die Leistung, die gesellschaftliche Leistung, die erbracht wird, in der Familien- und Hausarbeit stärker aufwertet. Für mich ist es aber auch gleichzeitig ein Widerspruch, wenn

man sagt, diese Arbeit aufwerten, und dann sagt, daß Frauen und Männer sich gleichermaßen Erwerbsarbeit und Familien- und Hausarbeit teilen müssen. Für mich gilt nach wie vor auch, wenn Haus- und Familienarbeit aufgewertet werden soll, dann soll es auch für Männer und Frauen wesentlich besser möglich sein, in Zukunft zu entscheiden, ob sie das eine oder ob sie das andere machen. Das gehört für mich zur Aufwertung mit dazu. Aufwertung zu sagen und gleichzeitig zu sagen, Aufwertung kann nur dadurch geschehen, daß beide gleichermaßen ausgeübt wird, ist für mich ein Widerspruch in sich selbst. Das kommt ja hier in diesem Programm auch überhaupt nicht zum Ausdruck. Ich finde, da sollte man wesentlich mehr ansetzen. Sicherlich sollen Frauen, soweit sie das wollen und soweit sie das möchten, wesentlich mehr an Erwerbsarbeit beteiligt werden. Genauso, wie wesentlich mehr Männer an Familien- und Hausarbeit beteiligt werden sollen. Aber für mich bedeutet das nicht, daß das unbedingt alles in dem Sinne parti sein soll. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß es auch richtig ist, daß es Hausmänner gibt, warum nicht? Genauso, wie es auch Frauen gibt, die nur eben Familien- und Hausarbeit leisten, das auch wollen, warum nicht! Ist das etwas Negatives?

### Gisela Marx:

Herr Lafontaine, ich habe bei der Heide in einem Papier gekaut. Sie zitiert da Carla Roviati, we\* ist das eigentlich?

... Eine italienische Kommunistin der Frauenbewegung.

... Sie hat schöne Sachen gesagt. Carla Roviati behauptet, wenn der gesamten Reproduktionsarbeit Würde und Wert als echte und notwendige Arbeit zurückgegeben würden, heißte das auch, der Welt eine völlig neue kulturelle Dimension zu eröffnen. Herr Lafontaine, wie stehen Sie zur völlig neuen kulturellen Dimension dieser Welt?

### Oskar Lafontaine:

Ich teile diese Auffassung. Denn wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte oder Jahrhunderte kritisch sehen, dann muß man zugeben, daß die Erwerbsarbeit bei der Diskussion um die Arbeit im Zentrum stand. Das äußert sich auch in der Sprache, und die Sprache ist eben immer doch aufschlußreich. Wenn man sich gegenseitige Kompetenz oder Nichtkompetenz zuordnen will, dann wird häufig mit dem Brustton der Überzeugung ge-

fragt: Warst Du eigentlich mal im Betrieb vor Ort?

Der Adel ist also dann gegeben, wenn man im Betrieb vor Ort war. Ich kenne keine Runde, in der mal eine gesellschaftliche Debatte geführt worden ist mit dem in der Äußerung: Warst Du eigentlich mal in den Häusern vor Ort? Ich habe das nach nie gehört in irgendeiner Debatte. Das spielt eigentlich keine Rolle. Auf jeden Fall ist unbestritten, daß die historische und gesellschaftliche Entwicklung dazu geführt hat, daß unter Arbeit in erster Linie Erwerbsarbeit verstanden worden ist. Dies hat dann erhebliche Folgen für die Gestaltung unserer Gesellschaft, dann es geht auch um den zweiten Bereich, der sich eben Reproduktionsbereich nennt, ein schönes deutsches Wort. Um Arbeit, die nicht oder nicht direkt bezahlt wird, es präziser zu sagen. Eine Arbeit aber, die genauso lebensnotwendig und wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist wie die Erwerbsarbeit. Dies ist zunächst einmal eine Realität, die man mitdenken muß, die in die Köpfe muß. Wenn dies so ist, dann stellt sich natürlich die Frage nach der Bewertung. Das berührt dann auch die Frage der materiellen Sicherung und der sozialen Gesetzgebung. Die Streitfrage ist, um das hier noch einmal kurzustellen, ob wir eine Gesellschaft wollen, in der die einen Erwerbsarbeit leisten und dafür bezahlt werden und die anderen auf die Hausarbeit verwiesen werden und darauf festgelegt bleiben. Das ist nicht unser Gesellschaftsentwurf. Unser Gesellschaftsentwurf sieht vor, allen, die es wollen, den Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Denn ich sehe noch nicht den Zeitpunkt gekommen, in dem die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit — auch im Sinne der Vermittlung sozialen Prestiges oder von Erfahrungen — aufgehoben ist. Selbständigkeit beginnt beim Portemonnaie. Das ist noch immer so. Allerdings kann nach meiner Überzeugung ein Gesellschaftsentwurf nicht so aussehen, daß jemand gezwungen wird, seine Entscheidung so oder so zu treffen.

Heute werden — um die materielle Sicherung des Lebens sicherzustellen — die Männer gezwungen, zu arbeiten. Dieser Einwand ist durchaus richtig, aber ich glaube, wenn eben Frauen und Männer in gleichem Maße der Zugang zur Erwerbsarbeit eröffnet ist, dann ist die Situation völlig anders. Demwegen geht es darum, Entscheidungszwänge abzubauen. Tatsächlich sollte jeder Mensch sein Leben so gestalten können,

wie er es für richtig hält, das bedeutet ja Gleichheit. Natürlich ergibt sich dann auch die Möglichkeit, sich an der Erwerbsarbeit und an der Familienarbeit zu beteiligen. Auch hier sollte es natürlich keine Zwangsbestimmungen geben. Dann das verträglich sich eben nicht mit dem Begriff der Freiheit.

### Gisela Marx:

Heide, laß mich eine Frage vorweg stellen. Oskar Lafontaine hat gerade eigentlich den Wert der Reproduktionsarbeit beschrieben, indem er nämlich auf die Leistung, auf die Bezahlung der Reproduktionsarbeit hingewiesen hat, wenn ich das richtig sehe, im Programm jedenfalls, in Deinem Papier sprichst Du von Würde und Wert der Reproduktionsarbeit. Könntest Du den Begriff der Würde noch einmal bitte mit einbringen?

„Die bezahlte und die unbezahlte Arbeit müssen unverteilt werden.“

### Heide Wiczorek-Zeul:

Ich denke einfach, und das versuchen wir ja auch in dem Programmwurf deutlich zu machen, daß die Spaltung in der Gesellschaft, neben der kapitalistischen eben die patriarchalische Spaltung der Gesellschaft dazu führt, daß der Bereich der Erwerbsarbeit, der eben immer noch Männern zugeordnet ist, auch finanziell anerkannt und öffentlich anders bewertet wird. Und Stichwort Würde: Die unbezahlte Arbeit wird zwar an diversen Sonntagen und Feiertagen sehr gelobt, aber in gewisser Weise eben auch abgewertet und nicht finanziert. Ich will mal ein Beispiel nennen dafür, wie man Aufwertung meint. Z. B., indem etwa Kindererziehungszeiten, die Mann oder Frau zu Hause geleistet hat, dann berücksichtigt werden, wenn Mann/Frau sich für einen

Erwerbsarbeitsjob bewirbt. Also das ist eine der Voraussetzungen, sonst ist alles Blabla, von der Aufwertung und der Würde unbezahlter Arbeit zu sprechen. Also das ist für mich eigentlich der wichtigste Ansatzpunkt, daß man das schafft, und da habe ich doch noch eine etwas andere Auffassung, als sie jetzt hier auch bei Oskar und vorhin noch mal angeklungen ist. ... Nur, die Welt, wie sie jetzt ist, die ist ja viel mehr voller Vorschriften, was Männer und Frauen zu machen haben und wie das orientiert sein muß. Ich denke, wenn man da was ändern will, dann muß die Politik und müssen Gewerkschaften und alle Beteiligten die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Aufspaltung beseitigt wird. Und da ist die Frage der Art der Arbeitszeiterkürzung, die bezahlte Arbeit umzuverteilen, die unbezahlte Arbeit umzuverteilen, ein ganz zentraler Punkt. Diese Voraussetzungen muß man überhaupt erst schaffen, damit Mann/Frau überhaupt erst frei wählen kann, was man denn tun möchte. Deshalb war für uns ein ganz wichtiger Punkt, den wir mit Mühe und mit Schwierigkeiten dann in dem Entwurf verankert haben, die Forderung der wöchentlichen Arbeitszeiterkürzung, 30-Stunden-Woche und 6-Stunden-Arbeitstag, als die Perspektive, die das überhaupt erst möglich macht, Familie, Kindererziehung, was man auch immer in der Freizeit machen möchte, und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden. Das ist keine Vorschrift, sondern das ist die Möglichkeit, sich freier entscheiden zu können. Und auch nochmal: Ich unterstütze das, was zum Elternurlaub gesagt worden ist. Das klingt dann immer, als wäre das Dirigismus. Aber selbst in Schweden ist es so, daß ganze 10 Prozent aller, die einen Elternurlaub nehmen, Männer sind! Wenn man das nicht verpflichtend macht, ist die Konsequenz

eben die fortgesetzte und sich fortsetzende Benachteiligung von Frauen bei Neueinstellungen und bei der Erwerbsarbeit. Also plädiere ich dafür, daß wir uns mal die Gesellschaft mit den Augen betrachten, wie sie heute Verhalten normiert und reguliert und wie sie heute Frauen und Männer zwingt, dann kommen wir zu ganz anderen Voraussetzungen für Zukunftsvisionen.

### Zwischenfrage von Oskar Lafontaine:

Ich habe wirklich nur eine Verständnisfrage. Wie soll man den Elternurlaub verpflichtend machen?

### H. Wiczorek-Zeul:

Also das kannst Du ganz einfach machen: Der Elternurlaub sollte einen Zeitraum von drei Jahren umfassen, und dann schließe ich mich an das an, was vorhin gesagt worden ist: Daß er verpflichtend von Mann und Frau genommen werden muß, und daß sich Mann und Frau über die Frage, wie sie das aufteilen, verständigen, und wenn der Mann seinen Teil nicht wahrnimmt, dann verfällt sein Anteil des Elternurlaubs.

(...)

Das ist eine tolle Sache, die ich sehr begrüße. Ich finde es sehr schön, wenn man sich Gedanken über die Zukunft macht. Ich hoffe, das wird ein guter Ausgangspunkt für die Diskussion sein. Ich bin gespannt auf die weiteren Entwicklungen. Ich bin gespannt auf die weiteren Entwicklungen. Ich bin gespannt auf die weiteren Entwicklungen.

# Zukunft der Arbeit

Ilse Brusis, DBG-Bundesvorstand

## Auszug:

(...)

Wie sieht die Zukunft der Arbeit für die Frauen aus?

- Werden sie weiterhin überproportional von Arbeitslosigkeit, Mädchen überproportional von Ausbildungsnot, betroffen sein?
- Werden sie weiterhin auf der unteren Hierarchie- und Lohnebene mehr oder weniger unter sich sein?
- Werden ihre Arbeitsplätze weiterhin in geringerem Maße rechtlich und sozial abgesichert sein?
- Wie lange noch werden junge Frauen an beiden wichtigen Schwellen — sowohl beim Übergang von der Schule in die Ausbildung als auch beim Übergang von der Ausbildung in die Erwerbsarbeit — ungleich höhere Hürden zu überwinden haben als ihre männlichen Kollegen?

Der Wille, dies zu verändern, wird allenthalben proklamiert. Abbau von Vorurteilen und Verhaltensänderungen werden eingefordert. Der Ilseer Programmtext zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht — wie fast alle anderen politischen Programme — die Gleichheit von Mann und Frau einseitig durch Verhaltensänderungen von Frauen herstellen will, sondern auch nach den Defiziten in der männlichen Sozialisation, in den männlich strukturierten Arbeitsbedingungen des Erwerbslebens fragt.

Die Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft ist geschlechtsspezifisch organisiert. Frauen sind vorrangig für die Haus- und Erziehungsarbeit, Männer für die Erwerbsarbeit zuständig. Das spiegelt sich am Arbeitsmarkt bei Männern, bei Aufsteigen in die höheren Hierarchieebenen in Betrieb und Verwaltung, der Berufswahl ihrer Arbeitsplätze auf durchschnittlich 1 1/2 Personen weltweit so deutlich, daß es kaum einen Mann gibt, der nicht in gleicher Weise

um ihre eigene Reproduktion und die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Berufsarbeit ist nach Qualität und Quantität ihrer Anforderungen so organisiert, daß stillschweigend die Zuarbeit anderer Personen vorausgesetzt wird. Die halbe Person im Hintergrund schafft die tägliche Basis für Nahrung, Kleidung, Gefühlsleben und sorgt für das Aufwachen der nächsten Generation. Die Stellung von Frauen als gesellschaftlich zuständig für den Bereich der Familienarbeit beeinflusst ihre Stellung in der Lohnarbeit und umgekehrt.

Mädchen werden — auch heute noch — in die ihnen zugeordnete „primäre Rolle“ sozialisiert und erhalten trotz besserer schulischer Ausbildung in der Regel schlechtere Ausbildungsplätze aus einem engeren Berufsspektrum als Jungen. Dabei sind diese typischen Frauenberufe mit den Aufgaben, die Frauen im Haushalt erfüllen, verwandt:

Putzen, Pflegen, Servieren, monotone geschicklichkeitsverlangende Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten werden aber nicht als besondere Qualifikation anerkannt, wenn über die berufliche Einstufung und Entlohnung von Frauen entschieden wird. Aus Vorteilen werden Nachteile:

Weil Frauen so gut pflegebedürftige ältere Menschen betreuen können und dies auch in ihrer Rolle angelegt ist, werden Altenpflegerinnen auch noch entsprechend schlecht bezahlt. Niedrig eingestuft und schlecht bezahlt werden Frauen, die beispielsweise in der Metallindustrie am Band arbeiten, mit hoher Geschicklichkeit, mit hohen physischen und psychischen Belastungen.

Bisher ist es nicht gelungen, diese geschlechtsspezifische Berufseinstufung und Entlohnung zu verändern. Die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit mag weitgehend verständlich sein. Die Forderung: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist allerdings noch nicht so

Weil Frauen unter schlechteren Bedingungen arbeiten und weniger verdienen, sind sie es, die bei Familiengründung ihre Berufstätigkeit aufgeben, unterbrechen, Teilzeitarbeiten oder die Doppelbelastung auf sich nehmen — müssen —.

Der Teufelskreislauf ist perfekt.

Zwar wird der Doppelbelastung mittlerweile Aufmerksamkeit geschenkt, aber sie wird als Problem der Frauen betrachtet. Konservative denken lediglich darüber nach, wie diese Doppelbelastung den Frauen erträglicher gemacht werden kann. Für Sozialdemokraten liegt eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Gleichheit von Mann und Frau in der tendenziellen Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Und das heißt: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen.

Deshalb brauchen wir menschen- und familiengerechtere Arbeitsbedingungen und -zeiten für beide Geschlechter, für Männer und Frauen.

Sinnvolle, bezahlte Erwerbsarbeit, menschen- und familiengerechtere Arbeitsbedingungen und -zeiten für Männer und Frauen und die Ausnutzung der Chancen, den Arbeitsprozeß zu qualifizieren, dies sind die Grundlinien unserer Vorstellungen zur Zukunft der Arbeit.

Ihre Verwirklichung ist eine Voraussetzung dafür, daß die Menschen mehr Möglichkeiten haben, ihre Freizeit sinnvoller zu gestalten.

Unsere Forderung nach qualifizierter Erwerbsarbeit steht nämlich nicht im Gegensatz zur Forderung nach einer Höherbewertung derjenigen Tätigkeiten, die außerhalb der besetzten Erwerbsarbeit geleistet werden.

Die Steigerung der materiellen Lebens- und sozialer Arbeitsbedingungen, erzieltes Arbeitsbedingungen stütz-

lichten doch gerade der überwiegen- den Mehrheit unserer Bevölkerung mehr als dies bisher der Fall ist, am sozialen, kulturellen und politischen Leben tatsächlich auch teilzunehmen. Gerade die Erziehung der Kinder, kulturelle und soziale Aktivitäten, Nachbarschafts- und Selbsthilfe können doch nur dann auch tatsächlich stattfinden, wenn die notwendige Zeit zur Verfügung steht und auch nach der Arbeit noch die notwendige Kraft dafür vorhanden ist.

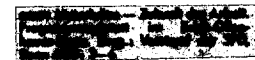
Wer die Höherbewertung der außerhalb der Erwerbsarbeit zu leistenden Tätigkeiten deswegen fordert, um diese Gesellschaft an Massenarbeitslosigkeit und eine qualitativ schlechte Erwerbsarbeit, an Monotonie und miserable Arbeitsbedingungen zu gewöhnen, dem müssen wir entschieden widersprechen.

Arbeit außerhalb der Sphäre der bezahlten Erwerbsarbeit läßt sich nicht durch Propaganda oder philosophische Diskussionen höher bewerten, sondern nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitswelt. Insofern ist der zu beobachtende Wertewandel für uns Ansporn zur Humanisierung der Arbeitswelt, nicht aber zur Begründung der These einer zukünftigen Befreiung von der Arbeit. Arbeit wird allzu vielen verweigert, Arbeit ist oftmals noch Mühe, Streß und Qual, Arbeit ist für manche auch noch schlicht Ausbeutung, Arbeit nimmt aber einen zentralen Stellenwert in unserem Leben ein.

Arbeit zu schaffen, sinnvoll zu gestalten, gerecht zu verteilen ist unsere Aufgabe. In einem alten Lied der vor 125 Jahren begründeten Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands, dem Sozialistenmarsch, heißt es:

„Es gilt die Arbeit zu befreien — es gilt des Volkes Aufstehen!“ Die Wege, wie wir dieses Ziel erreichen können, stehen zur Diskussion.



# Die Arbeit als sinnstiftendes Zentrum des Lebens

Christine von Weizsäcker, Publizistin/Hausfrau

Ein Fragezeichen am Ende des mir gestellten Themas wäre mir lieber gewesen. Muß ich doch gleich damit anfangen, am Begriff Arbeit zu räuteln. Ich bin eingeladen, in 20 Minuten einen Satz im Irreer Entwurf zu legitimieren. Der Satz ist in der Einladung für heute zitiert: „Darüber hinaus wollen wir allerdings verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung solcher Arbeit werben, die Menschen außerhalb des Erwerbssektors leisten.“ Ich soll also im Gegensatz zu den meisten hier Anwesenden nicht nur über solche Arbeit sprechen, die vom Arbeitgeber in Standardpackungen von umstrittener Dauer dem Arbeitnehmer gegeben wird.

## 1. Uns fehlen die Worte

Was ist das für eine Arbeit, deren Definition negativ ist: „außerhalb des Erwerbssektors“? Da tun sich die Ökonomen und Politiker schon mit der Wortfindung schwer. Wie erstaunt dagegen die Leichtigkeit der Abstraktion, mit der die Herstellung von Giftgas und die Betrauung von Giftgasopfern unter dem gemeinsamen Titel Erwerbsarbeit zusammengefaßt wird. Aber die andere Arbeit, die geistert durch die Begriffswelt als Hausarbeit, Familienarbeit, musische Betätigung, soziales Engagement, politische Aktivität, sinnvolle Freizeitbeschäftigung, Hobbywerken, ehrenamtliche Tätigkeit, Nichterwerbstätigkeit, Reproduktion, Schattenarbeit, Eigenarbeit, Arbeit im informellen Sektor der Ökonomie, Subsistenzarbeit, Selbsthilfe, Arbeit im quaternären Sektor — und das alles mit dem gefährlichen Geruch, als Schwarzarbeit unsolidarisch der Erwerbstätigkeit illegale Konkurrenz zu machen. Ich fand dazu einen hitfernen Satz im Programmentwurf auf Seite 31: „Wo Sprache nicht mehr Wirklichkeit benennt, sondern nur noch an Resentiment und Verunsicherung appelliert, wo sie bewußt (und lassen Sie mich das zustimmen — unbewußt) zur Waffe der Differenzierung gemacht wird, gerät auch die

Demokratie in Gefahr. Daher bedarf die Sprache ständiger Erneuerung.“

## 2. Gleiche Tätigkeit — ungleiche Anerkennung

Ich gehe davon aus, daß die hier Anwesenden nicht der kapitalistischen Primativvorstellung verhaftet sind, daß die Arbeit, für die man Geld bekommt, immer sinnvolle Arbeit sei. Ebensovienig aber sollten sie der Vorstellung verhaftet sein, daß alles, wofür man Geld auslobt oder kein Geld bekommt, Freizeit und Vergnügen sei. Das hieß doch, daß der Getränkefahrer beim Transport von Sprudellisten arbeitet und einen Beitrag zum Brutozusatzprodukt und zur Wohlfahrt leistet, die Hausfrau aber sich beim gleichen Transport vergnügt und seinen Brutozusatzproduktbeitrag verunmöglicht. Das hieß, der Busfahrer arbeitet, der Pendler, der sich selbst zur Arbeit fährt, verdankt gewissen Entscheidungen in der Nahverkehrsplanung ein zusätzliches Vergnügen. Das hieß, daß die Manager beim „Arbeitsessen“, das andere für sie zubereitet haben, arbeiten, aber die Familien, die selbst kochen und dabei noch die Verteilung lebensnotwendiger Arbeiten besprechen, sich vergnügen. Die Lehrer leisten Erziehungsarbeit, die Eltern tragen die Vorkabeln zum Vergnügen ab. Der Politik-Profi arbeitet, der Politik-Amateur vergnügt sich.

Makaber wird die Vorstellung, daß die von Hunger bedrohten, erwerbslosen Armen im Süden sich und ihre Familien in einem ewigen Feierabend am Leben erhalten. Kriminell ist es, mit dem Versprechen einer, wie wir wissen, sehr ferneren humanen Vollbeschäftigung in der Marktwirtschaft ihnen den Boden ihrer wenn auch noch so bescheidenen und knochenharten Subsistenzchancen zu schmälern oder zur Erzeugung eines Meritzwangs mutwillig zu zerstören. Der Irreer Entwurf sagt dazu auf S. 12: „Die Väter des Südens sollen die Chancen beleuchten, sich selbst zu ernähren,

ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Bildung, Beschäftigung und sozialer Sicherung zu finden (ich würde an dieser Stelle gerne noch dazufügen: zu wahren und weiterzuentwickeln), ihre kulturelle Identität zu wahren oder zu finden, individuelle und soziale Menschenrechte zu verwirklichen.“ All dies hat sehr viel mit der Arbeit zu tun, über die ich hier spreche.

Dieser Programmpunkt hat viel zu tun mit der Verteidigung der Macht und Fähigkeit der Armen, sich wenigstens ihre Subsistenz selbständig sichern zu können gegen ökonomische, ökologische und soziale Zerstörung. Bodenreform hat mit Subsistenz zu tun. Nur bei Achtung und Verteidigung der Randbedingungen der Subsistenzarbeit führt die Einführung der Erwerbsarbeit nicht notwendigerweise zu Ellenbildung, sondern kann die Freiheit, den Handlungsspielraum und die Selbstentfaltung des einzelnen und der Gesellschaft bereichern.

Historisch gesehen ist Eigenarbeit also etwas sehr primäres, nicht quaternäres, etwas sehr fundamentales, nicht „alternatives“. Damit überleben die Armen unter der Dollar-Existenzgrenze, damit überleben die Menschen in von Wirtschaftszusammenbrüchen oder gar Kriegen erschütterten Gebieten; sie war bei Arbeitern ohne Gewerkschaft mit gefüllten Kassen seit je eine der Grundvoraussetzungen der Streikfähigkeit. Warum also nicht eine explizite Anerkennung des politischen Werts der Subsistenzfähigkeit?

3. Arbeit im Schatten der modernen Industriegesellschaft  
Es ist realistisch, „in den Mittelpunkt unsere Ringens um Reformen“ in Deutschland heute, „die Erwerbsarbeit zu stellen“ (S. 23). „Sie kann durch selbst erstet und ihre Mängel nicht anderswo wettgemacht werden.“ Dieses ist festzuhalten.

Nun werden aber die Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeit außerhalb des Erwerbssektors dauernd neu gezogen. Ohne daß diese Grenzziehung einer politischen Willensbildung zugänglich gemacht wäre, wirken politische und ökonomische Entscheidungen darauf ein. Ich nenne ein paar Zitate dazu: „Wir wollen ... neue Formen der Selbsthilfe, wo immer sie sich bewähren, in das System sozialer Sicherung einbeziehen. Wir wollen die Menschen befähigen, mit vielen ihrer Probleme selbst und in freiwilliger Kooperation mit anderen fertig zu werden“ (S. 30). Ich hoffe, damit ist nicht eine Benachteiligung der alten, gegenüber den neuen Formen der Selbsthilfe gemeint und nicht eine Verschiebung von einer kraftvollen Eigenbefähigung und Hilfsbereitschaft von Leuten zu einer Selbsthilfe von Sozialarbeiters Gnaden. Ganz unbegründet ist die Furcht nicht, soll doch an vielen Stellen die Arbeit außerhalb des Erwerbssektors das leisten, was nicht effizient und kostengünstig professionalisiert werden kann. Die Begründung für eine Forderung nach einer Kultur der Eigenarbeit auf S. 31 stellt mich auch noch nicht ganz zufrieden: „Da die Erwerbsarbeit immer weniger Zeit erfordert, ist eine Kultur der Eigenarbeit nötig.“ Weiter steht da: „Eigenarbeit ... aber auch soziales Engagement ... können ... vor allem aber menschliche Fähigkeiten und Meinungen zur Entfaltung bringen, die in der Erwerbsarbeit verkümmern oder nicht gefragt sind.“ Ich möchte da doch an dem festhalten, was auf S. 23 steht (ich zitiere noch einmal): „Die Mängel der Erwerbsarbeit können durch nichts ersetzt und nicht anderswo wettgemacht werden.“

## 4. Die Gefahr der Externalisierung der Kosten — Von der Ökologie lernen

Wir sind dabei zu lernen, daß die Externalisierung ökologischer Folgekosten das rechtzeitige Dazulernen in unserer Industriegesellschaft erschwert. Ähnliche Gefahren hat die Externalisierung vieler menschlicher und sozialer Folgekosten aus der Erwerbstätigkeit hinaus. Die Kosten werden verschleiert und für eine am Erwerbsleben allein orientierte Politik nicht mehr zu bearbeiten. Dazu habe ich im Entwurf zwei wichtige Stellen gefunden. Erstens auf S. 25: „Der Markt geht sparsam um mit Gütern, die viel kosten. Werte der natürlichen und sozialen Umwelt, die keinen Marktpreis haben, werden verschleudert.“ Zweitens auf S. 20: „Herkömmliches Wirtschaften hat Luft und Wasser als ‚freie Güter‘ betrachtet und auf die Kreisläufe, in denen sich Natur regeneriert, keine Rücksicht genommen.“

Ebenso wurden auch gesunde, willige, tüchtige, geschulte, verantwortungsvolle Arbeitnehmer als im Übermaß vorhandene fast „freie Güter“ betrachtet. Natur und Reproduktion bedürfen einer Neueinschätzung. So wie die ökologischen Ressourcen zu limitierenden Faktor werden, so wird die strukturelle Einschränkung von Lebenskompetenz außerhalb des Erwerbssektors, die Einschränkung selbstbestimmter Selbsthilfe, die Einschränkung der solidarischen Gestaltungskraft in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft im Würdegriff einer Professionalisierung um jeden Preis tatsächlichen Wohlstand limitieren. Eine solche strukturelle Einschränkung bedeutet, daß es teuer wird, sich selbst helfen zu können, so wie gute Luft oder gutes Wasser teuer werden. Das trifft die wirklich Reichen kaum, die nicht so Wohlhabenden oder gar Armen trifft es auch hier vital. Auch für einen Kernbereich von Eigenarbeit würde ich postulieren, was mit Recht zur Erwerbstätigkeit gesagt wird: Eigenarbeit kann durch nichts ersetzt werden, ihre Mängel können nicht anderswo wettge-

Zuarbeit und Nacharbeit für die Erwerbstätigkeit des Mannes findet im Begriff Schattenarbeit ihren realistischen Ausdruck. Es genügt nicht, daß man anerkennt, sie schaffe Raum für „Individualität, Einmaligkeit und Besonderheit“, für „Würde unabhängig von aller Leistung und Nützlichkeit“ (siehe Grundsätze S. 8). Diese Grundsätze unseres Menschenbildes verkommen, wenn sie in das Ghetto eines solchen Schattendaseins verbannt werden.

## 5. Plädoyer für eine neue Solidarität

Ich plädiere daher dafür, mehr zu tun als nur „für ein gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit zu werben, die Menschen außerhalb des Erwerbssektors leisten“. Ich plädiere dafür, in einer neuen Solidarität für die Qualität und Humanisierung beider Arbeitsbereiche politisch zu kämpfen. Was die Erwerbstätigkeit betrifft, so trägt die im Programm geforderte Arbeitszeitverkürzung, die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und eine freiere Arbeitszeitwahl sicher zu einer solchen solidarischen Bemühung um beide Sorten von Arbeit bei. Viel von dem, was zur Qualität und Humanisierung von Erwerbsarbeit erarbeitet wurde, kann als Forderung für die Eigenarbeit übernommen werden. Auch dort wird noch „zermüht, körperlich geschädigt, abgestumpft“. Auch dort ist vielfach ein „mündiges und würdiges Arbeitsleben verkehrt“. Auch dort, „so Intelligenz, Wissen, Initiative, Arbeitsfreude und Erfahrung ... genutzt und gefördert werden“. Auch dort sollen „Hetze und Straß abnehmen und mit der Qualität des Arbeitslebens auch die Qualität der Produkte steigen“. Auch dort muß „Fort- und Weiterbildung der Erhaltung und Erweiterung von ... Kompetenz dienen“ (Irreer Entwurf, S. 23).

Ich hoffe darauf, daß die Sozialdemokratie den Kapitalismus nicht so weit internationalisiert hat, daß sie demjenigen, der durch seine Arbeit Geld nach Hause bringt, ein unangefochtenes Primat vor allen anderen Arbeitenden einräumt. Gilt da nicht auch, wie auf S. 18 gefordert: „Kapital ist der Arbeit unterzuordnen.“ Wie sollen Kinder dazu erzogen werden, diesen Satz zu verstehen, wenn sie täglich erleben, daß der Satz „Schließ dich bringe ich ja das Geld nach Hause“ das göttliche Schlussargument in den Familien ist. Sie vor zerstörender Kinderarbeit zu schützen, kann doch nicht heißen, ihnen sinnvolle Tätigkeit und Beitrag zur Gemeinschaft nur zweitklassig zu gestatten. Wie sollen alle Menschen ihre Erfahrungen sinnvoll einbringen? Wie steht es mit der sozialen Sicherung, der politischen Teilhabe und der selbstbewußten Entscheidung für sinnvolle Tätigkeit für Hausfrauen? Was für sinnvolle Tätigkeiten stehen Kranken und Behinderten offen, falls sie

nicht beruflich in einen Standardarbeitsplatz rehabilitiert werden können? Wie sieht es schließlich aus mit einer freien, gerechten und solidarischen Entscheidungsmöglichkeit und Verteilung der Bereiche Erwerbsarbeit und Eigenarbeit zwischen Männern und Frauen?

Die gemeinsame politische Bearbeitung beider Arbeitssektoren tut not. Wo bleiben die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung, wenn gleichzeitige Strukturentscheidungen heimlich der Familie zusätzliche Sklavensklavenarbeit aufbrummen, z. B. längere streßreichere Wege zu Arbeitsplatz, Einkauf und Schule? Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen am Wohnort hat für die Qualität und die Chancen des Lebens außerhalb der Arbeitszeit wesentliche Bedeutung. Ein Umzug zerfällt oft das im übrigen auch finanziell zu Buche schlagende Netz der verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Hilfe, die für die Kinderversorgung, die alltäglichen Reparatur- und Versorgungsleistungen, aber auch die Möglichkeit zum Feiern ausschlaggebend ist. Eine Verkehrsentscheidung, die nur die Mobilität von Lastwagen, nicht aber die von Kindern in Betracht zieht, kann Kinder entmündigen und Müttern Begleitarbeit aufzwingen. Wann wird das endlich politisch abgewogen? Es ist ein Glück, daß im Irseer Entwurf schon auf S. 28 steht: „Wir widersetzen uns allen Versuchen, die entscheidenden Lebensrisiken wieder zu privatisieren.“ Man müßte das sonst noch hineinschreiben für unseren Zusammenhang. Im Zuge der Ökologisierung der Wirtschaft könnten sonst immer größere Sortierungs- und Lagerungskosten auf die gutwilligen privaten Haushalte herabzulegen, ohne daß die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus z. B. oder die Formen der Verpackung und Entsorgung dem Wert dieser Arbeitszeit Respekt zollen und die nötigen Vorgänge nur halbwegs die Eleganz

und Effizienz erreichen, mit denen sich sonst unsere Industriegesellschaft brüsten.

Arbeitnehmer sind in Deutschland und erst recht weltweit eine Minderheit. Sie könnten ihre Erfahrung im Kampf um menschenwürdige, gerechte Arbeitsbedingungen den Arbeitenden außerhalb des Erwerbssektors zur Verfügung stellen. Nur dann ist der letzte Absatz des Kapitels „Zukunft der Arbeit“ wirklich gerechtfertigt: „Bereicherung des Daseins und Ausweitung der individuellen Freiheit durch sinnvolles Arbeiten dürfen nicht länger Vorrecht einer Minderheit bleiben. Sie müssen im Alltag der Mehrheit unseres Volkes erfahrbar werden.“

### 6. Neue politische Aufgaben — neue politische Chancen

Es ist nicht zufällig, daß diejenigen, die nicht im Erwerbssektor arbeiten, politisch unsichtbar bleiben. Sie haben nicht die Macht der Rechten: Sie können kein Kapital akkumulieren. Sie haben nicht die Macht der Linken: Sie können nicht streiken. Politische Macht ist ihnen nicht zugeflogen dafür, daß sie das Sinnvolle einfach tun. Mit diesem sinnvollen Tun haben sie oft sogar die für sie schlimmen Folgen der Entscheidungen der Mächtigen soweit gemildert, daß denen eine Änderung ihrer Politik unnötig schien. „Das Sinnvolle tun und öffentlich dafür streiten“ will noch gelernt sein. Da braucht es noch viel politische Analyse, Solidarität über viele Barrieren hinweg, Erfindergeist in der Methodik.

Denken Sie an die Detektivarbeit, die noch zu leisten ist, um die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf die Eigenarbeitsqualität aufzudecken. Was für Rahmenbedingungen künstlich werden wir brauchen! Und um die Rahmenbedingungen eines Freiheitsrechts auf Eigenarbeit wird es ja gehen, nicht etwa

um bürokratische Vorschriften darüber, was in der Freizeit an Arbeit freiwillig zu leisten sei. Wer wird die Herausforderung annehmen, unter Einbeziehung der Eigenarbeit tatsächlich von einer berufsständischen zu einer demokratischen Sozialpolitik zu kommen? Was für eine Aufgabe für die Steuerpolitik, beide Arten der Arbeit gegenüber dem Kapital neu zu bewerten und das womöglich noch mit einer Besteuerung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen zu verbinden!

Wie Sie aus meiner Querschnittsreihe entnehmen können, finde ich in allen Kapiteln politische Aufgaben zu meinem Thema. Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas hervorheben, dem ich besondere politische Chancen einräume: ich meine den Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten auf der Basis eines neuen Solidaritätsverständnisses der ungleichen Arbeitenden. Nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch der Dialog zwischen Hersteller und Verbraucher sind erfolgreich wegationalisiert worden. Oft beschimpfte der gleiche Mensch, der in der Arbeitszeit ein Produkt herstellte, nach Feierabend in ohnmächtiger Schizophrenie eben dieses Produkt. Wir müssen diesen Dialog, mag er noch so schwierig und langwierig sein, für unsere Industriegesellschaft neu entwerfen, denn ohne die Fragen nach dem Wer, Wie, Womit, Wofür, Für Wen, Was, Wozu zu bearbeiten, kann Arbeit keinen sinnstiftenden Platz im Leben gewinnen, und die Forderung nach einem ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaften bleibt eine Worthülse.

## Für eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit

Inge Wettig-Danielmeyer

„Wir wollen Menschen, Frauen und Männer, die gleich, frei und solidarisch erzogen, sich allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens widmen und denen nach Haus- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft bleibt für gesellschaftliches Engagement, für kulturelle und sportliche Tätigkeit.“

„Im Mittelpunkt unseres Ringens um Reformen steht also die Erwerbsarbeit. Sie kann durch nichts ersetzt, ihre Mängel können nicht anderswo wettgemacht werden. Darüber hinaus wollen wir allerdings verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung solcher Arbeit werben, die Menschen außerhalb des Erwerbssektors leisten.“

Diese Zitate machen die Schwierigkeiten der SPD mit der Zukunft der Arbeit deutlich. Nicht nur unter der Perspektive gesellschaftlicher Gleichheit von Frau und Mann brauchen wir eine umfassende Vorstellung von der Arbeit und ihrer Zukunft. Es ist unter uns unstrittig, daß Erwerbsarbeit auch in Zukunft das Leben der Menschen im Positiven und Negativen prägen wird. Es ist aber auch deutlich, daß Erwerbsarbeit und von Erwerbsarbeit freie Zeit sich nicht entkoppeln lassen, und das wurde sogar von denen belegt, die den absoluten Vorrang in der Erwerbsarbeit sehen.

Allein die Tatsache, daß die Privilegien des Erwerbslebens sich in der Freizeit fortsetzen; daß erfüllte und sinnvolle Freizeit vor allem von denen gelebt wird oder gelebt werden kann, die einer sinnvollen und relativ selbständigen Erwerbsarbeit nachgehen, machen das überdeutlich.

Nicht nur Erwerbsarbeit und Bildung müssen integrierte Bestandteile des Arbeitslebens eines Menschen sein. — Dabei muß beachtet werden, daß forcierte Weiterbildung immer auch Außenstehende und Arbeitslose weiter aussondern kann. Es geht darum, die Weiter-

qualifikation von Arbeitslosen, wenn qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ebenso wie die Weiterqualifikation von Beschäftigten kleiner Betriebe voranzutreiben, damit die Kluft zwischen privilegierten und weniger privilegierten Arbeitnehmern und Arbeitslosen nicht immer größer wird. — Zur Arbeit gehört in einer demokratischen Gesellschaft aber auch gesellschaftliche Teilhabe. Erwerbsarbeitsstrukturen, die diese gesellschaftliche Teilhabe unmöglich machen, widersprechen unserer Verfassung — und die gesellschaftliche Teilhabe ist nicht mit der Mitgliedschaft in einer Gesellschaft erschöpft.

Die Zukunft der arbeitenden Menschen ist von zwei Problemen besonders betroffen:

- der völligen Beziehungslosigkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit oder Eigenarbeit,
- der Erwerbsarbeitslosigkeit eines großen Teils der Bevölkerung.

Die Probleme der Entkopplung von Beruf und Familie lassen sich nicht einfach dadurch lösen, daß Eigenarbeit höher bewertet wird. Solange die Erwerbsarbeit Männern zugeordnet wird, die Eigenarbeit aber Frauen, kann ich jahrzehntlang über andere Bewertungen diskutieren, die Unterbewertung der Eigenarbeit wird sich nicht ändern.

Eigenarbeit muß — wie Christine von Weizsäcker heute schon sagte — auch humanisiert werden.

Solange Eigenarbeit und Erwerbsarbeit nur je bestimmten Personen zugeteilt oder gar nach Geschlechtern verteilt werden, ist weder eine Humanisierung der Eigenarbeit noch der Erwerbsarbeit möglich. Die Aufteilung der Arbeit nach Geschlechtern funktioniert ohnehin nicht mehr, denn Frauen nehmen ihren Ausschluß aus der Erwerbsarbeit nicht länger hin. Erwerbsarbeit wird bis heute nur nach vermuteten Kapitalisteninteressen

organisiert — und die Mehrzahl der Männer hält das für Sachzwänge.

Die Erwerbsarbeitszeit muß verkürzt werden, und sie muß anders organisiert werden. Dabei kann die Entkopplung der persönlichen und betrieblichen Arbeitszeit im Interesse der Arbeitnehmer ein Weg sein.

Zur Teilzeitarbeit muß wohl angemerkt werden, daß die Frauen, die heute Teilzeitarbeit suchen, in der Regel nach einer 28- bis 32-Stunden-Woche Ausschau halten. Das entspricht genau unserer Vorstellung von Vollzeitverwerbsarbeit im Jahre 2000. Mit 30 Stunden Erwerbsarbeit kann Familienarbeit vereinbart werden.

Es kann keine isolierte „Befreiung in der Arbeit“ geben, wenn Erwerbsarbeit und Familienarbeit sich gegenseitig ausschließen.

Gegenwärtig ist das der Fall und auch die Tarifvereinbarungen des letzten Jahrzehnts zur Arbeitszeitverkürzung haben die Familie im wesentlichen als irrelevante Freizeitgestaltung außen vor gelassen.

Die Flexibilisierungsvorstellungen der Arbeitgeberseite von der Kopovaz bis zur Sonntagsernte machen Familie zur Freizeitgestaltung und Frauen zu Anhängseln ihrer männlichen Partner.

Familie ist weder Freizeitgestaltung noch kann sie allein Frauen und Kindern überlassen werden. In der Familie findet Arbeit statt, die für die Gesellschaft mindestens so notwendig ist wie die Arbeit im Erwerbsleben und diese Arbeit kann, wenn sie erfolgreich sein soll, nicht von Frauen und Kindern alleine geleistet werden, auch dann nicht, wenn die Gesellschaft endlich ihrer Verpflichtung zur gemeinsamen Erziehung von Kindern in Kindergärten und Schule ernst nimmt. Kinder brauchen Väter und Mütter.

Michael Schumann hat die Gefahr der Dualisierung der Erwerbsarbeitenden in Rationalisierungsgegewinner — und

vielleicht weniger Gewinnerinnen — mit im großen und ganzen befriedigenden Arbeitsverhältnissen und Verlierern, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus Krisenbranchen und Arbeitslosen, beschworen — eine Gefahr, die er nicht nur kurzfristig sieht, sondern als langfristiges Problem auch für die programmatische Entwicklung der SPD. Verlierer wären insbesondere immer wieder Frauen und immer wieder ältere Arbeitnehmer, vor allem solche, die schon den richtigen Einstieg in das Erwerbsleben verpaßt haben und in der immer wieder

notwendigen Weiterqualifikation nicht mithalten konnten.

Wenn das stimmt, was hier von Ilse Bruns und allen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern gesagt wurde, dann müssen Arbeits- und Qualifikationsstrukturen in den Betrieben den Bedürfnissen der Betroffenen und das heißt vor allem auch den Bedürfnissen der Familien- und Eigenarbeit stärker Rechnung tragen.

Eine Politik der Solidarität zwischen den Gewinnern und Verlierern des

rinnen des Rationalisierungs- und Technisierungsprozesses der Erwerbsarbeit wäre die Zukunftsaufgabe der SPD.

In einem solchen Zukunftskonzept kann die Grundsicherung für alle ein Mosaikstein sein — wichtiger aber noch wird die gerechte Verteilung der Arbeit sein, der Eigenarbeit, der politischen Arbeit, der Kulturarbeit und der bezahlten Erwerbsarbeit.

**Wolfgang Maderhauer, Zukunft der Arbeit, Programmkommission im Bundestag, Haus der Abgeordneten, Bonn, 1. März 1987, Vorstand der SPD, Bonn 4908/287.**

# Wo bleibt die selbständige soziale Sicherung von Frauen?

Prof. Dr. Ute Gerhard, Universität Frankfurt

Der Irseer Entwurf der SPD verrät eine neue Sensibilität für das Geschlechterproblem — nicht nur durch die Einräumung einer eigenen Kapitelüberschrift „V. Frau und Mann: Gesellschaftliche Gleichheit“. Denn da ist auch kritisch die Rede von „einer einseitig männlich bestimmten Gesellschaft“ (Seite 5), von der „**Hoffnung auf eine geschwisterliche Gesellschaft**“ (Seite 6), ja, verschiedenlich von Frauen oder der Frauenbewegung als Hoffnungsträgerinnen einer anderen, gerechteren, auch für Männer letztlich humaneren Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden“ (Seite 16). Insbesondere fällt mir auf, daß mittlerweile doch die wichtigsten Erkenntnisse sozialwissenschaftlicher Frauenforschung, der Perspektivwechsel von einem engen, in der Regel nur an der männlichen Normalbiographie orientierten Begriff von Lohnarbeit zu einem umfassenderen Verständnis von Arbeit, einschließlich Haus-, Familien- oder Eigenarbeit, rezipiert wurde. Und zwar suggerieren die Formulierungen auf Seite 16 programmatisch die Einsicht, als ob die gesellschaftlich notwendige Arbeit der Frauen im Haus, ihre wertschöpfende Produktivität und die Umverteilung dieser Arbeit auf Männer und Frauen gar als Dreh- und Angelpunkt „gleicher gesellschaftlicher Teilhabe von Frauen“ verstanden werden.

Doch genau an diesem Drehpunkt einer endlich auch Fraueninteressen einbeziehenden Politik setzen meine kritischen Nachfragen und Zweifel ein wegen der fehlenden Konsequenzen, die aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Ich will mich in dieser Kritik auf zwei Nachfragen beschränken, die meines Erachtens zentral für die Behandlung von Fraueninteressen sind; Erstens frage ich nach den sozialpolitischen Instrumenten, mit denen dieser Umbau des Sozialstaats unter der Voraussetzung

der Neubewertung von Frauenarbeit in die richtigen Wege geleitet werden soll. Die zweite Nachfrage gilt dem Begriff von Familie und der Praxis sogenannter Familienpolitik, die immer noch von einer falschen Identität von Frauen- und Familienpolitik ausgeht.

## 1. Neubewertung der Arbeit — aber wie?

Wenn sich die Forderung nach Neubewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, gerade auch der von Frauen in der Familie und im Haushalt, mehr als um Haarsbreite von der Anerkennungs- und Wertschätzungskult „neuer Mütterlichkeit“ auf der Seite der CDU, also von neokonservativer Familienpolitik unterscheiden soll, dann ist es mit großen Worten auch in einem SPD-Programm nicht mehr getan. Dann müssen dem Versprechen besserer Einsichten auch die notwendigen Taten folgen, d. h. müssen die politischen Instrumente und Maßnahmen überzeugungskräftig und detailliert benannt werden, die den Jahrhunderte alten Rollenvorstellungen und ihrer materiellen Basis, den Mauern des Widerstands gegen die Emanzipation der Frau, das Wasser abgraben können. Weil gerade die Sozialpolitik der Rahmen ist, in dem das ganze Bündel notwendiger Maßnahmen und Durchsetzungsstrategien anzusiedeln ist, hat jedwede Gleichberechtigungspolitik in diesem Rahmen ihre Nagelprobe zu bestehen, zeigt sich in diesem Zusammenhang, wie ernst es den Programmgebern mit der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen als Verfassungsgrundgesetz ist. In dieser Hinsicht aber — so kann ich nicht verhehlen — ist das SPD-Programm bisher mehr als enttäuschend, ja vage und widersprüchlich und deshalb ganz und gar nicht ermutigend.

Dabei ist das Bündel notwendig ineinandergreifender Maßnahmen zur Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung,

zur Ermöglichung einer wirklich anderen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern mittlerweile hinlänglich bekannt und viel diskutiert. Warum lassen dann die im Programm genannten Stichpunkte dennoch jede Deutlichkeit und Entschiedenheit vermissen? Gelegenheit hierzu bieten

— die „Verkürzung der täglichen Arbeitszeit“ für „Väter und Mütter (Seite 23) — sehr wohl, warum aber spricht man im gleichen Zusammenhang nur davon, „die Eigenarbeit gerecht zu verteilen“, anstatt sehr deutlich zu sagen, daß es um die Teilung der „Hausarbeit“, der schmutzigen, unattraktiven Alltagsarbeit in der Familie geht und nicht nur um die Hobbystunden für den Heimwerker?

— „Verkürzung und Umverteilung von Arbeit“ soll den Frauen den gleichen Zugang zum Erwerbsleben ebnen (Seite 16), aber wie? Läßt sich aufgrund eines nun fast vierzigjährigen Auftrags zur Herstellung von Gleichheit durch Gesetz nichts Bestimmteres sagen über die Gestaltung von Förderplänen für Frauen, über Wiedereingliederungsstrategien, über endliche Schritte zur Änderung der Arbeitsplatzbewertungsverfahren zur Beseitigung von Lohndiskriminierung, über den Abbau von Altersgrenzen oder Ausbildungs- und Zugangsquoten oder gar über die Subventionierung von Betrieben im Wege steuerlicher Begünstigung, die ähnlich den „Affirmative Action“-Programmen in den USA positive Diskriminierung von Frauen betreiben, anstatt die nicht gleichberechtigte Hausfrauenehe nach wie vor durch Milliardenträge im Steuersplitting zu begünstigen usw.? Wären alle diese Konzepte gerade in Anbetracht der Umsetzungsschwierigkeiten nicht doch eines SPD-Programmes wert, die sie

für mehr als die Hälfte der Bundesbürgerinnen existenziell sind?

— Es ist fortschrittlich, von „Elternurlaub“, soll heißen, von „Erziehungsurlaub für Mütter und Väter“, zu sprechen, sehr wohl! Doch warum wird in diesem Zusammenhang nicht ein einziger Gedanke darüber verwendet, wie solch ein Erziehungsurlaub auch für Väter in Anbetracht der starken Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in den Familien auch realisierbar sein könnte, z. B. durch die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im beruflichen Beförderungssystem als Qualifikationsstufe.

— Der Hinweis auf die Notwendigkeit familienentlastender und die Erziehung begleitender Einrichtungen wie Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen ist mindestens so alt wie die SPD, doch gerade deshalb inzwischen so wenig überzeugend, so leer geworden, daß jede Mutter schulpflichtiger Kinder in der BRD schier verzweifeln könnte, sind doch die Schularbeiten, die fehlenden Mittagstische in den Schulen — einmalig in Europa — eines der Hauptbeschwerden weiblicher Erwerbstätiger und kaum thematisierter Verantwortungsbereich der Frauen.

— Und wer glaubt wirklich, daß sich durch eine unbefangene und unverkürzte Entwicklung der Anlagen bei Jungen und Mädchen, „das erschreckende Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und Kinder vermeiden“ lasse? (Seite 16). Ist dies nicht eine beinahe zynische Verneinung des Problems struktureller Gewalt in den Beziehungen der Geschlechter? Was gedenkt die SPD konkret zu tun, um der Hälfte der Bevölkerung in unserem Land den Gemeingebrauch von Straßen, Plätzen, U-Bahnen auch nachts endlich gefahrlos zu erobern? Dies sind aus der Sicht von Frauen keine Kleinigkeiten, nicht nur private oder sogenannte portikuläre Interessen, die von den großen programmatischen und wahrhaft politischen Fragen ablenken, nichts mit ihnen zu tun haben. Das „Private ist politisch“, bedeutet, gerade diese Zuordnungen und Über- und Unterwertungen zu durchbrechen.

— Schließlich die „Gleichstellung der Frauen im Sozial- und Versicherungsrecht“ (Seite 16) — sehr richtig! Doch auch hier fehlt jeder Hin-

weis darauf, in welcher Weise dieses Skandalon perpetuierter sozialer Ungleichheit, das auf dem strikten Lohnbezug und sogenannter Beitragsgerechtigkeit unseres Sozialversicherungssystems beruht, endlich zu beheben wäre. Zum Beispiel nicht nur durch eine angemessene Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht, d. h. eine mindestens drei- bis fünfjährige Berücksichtigung einer rentensteigernden Erziehungszeit zu einem Hunderterprozentsatz des Durchschnittslohns (nicht nur einer 25%igen Berechnung in der Rentenformel), sondern auch durch sozialen Ausgleich der durch Lohndiskriminierung und schlechte Arbeitsmarktchancen verursachten Rentennisere der Frauen. Hier mindestens müßte sich die intendierte Anerkennung der unsichtbaren Frauenarbeit in barer Münze auszahlen und verbindlich festlegen lassen.

Gerade im Abschnitt XI „Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft“ aber ist das Maß an Unverbindlichkeiten und Gemeinplätzen im Hinblick auf Frauen überall. So etwa, wenn soziale Sicherheit versprochen wird, „für alle Bürgerinnen und Bürger“, die „beim Vorliegen gleicher Tatbestände gleich behandelt“ werden sollen (Seite 29). Gerade die Gleichheit der „Leistungsfähigen“ aber fällt hinter Minimalanforderungen sozialen Ausgleichs zurück, verstümmt die Umsetzung jener verbalen Anerkennung anderer Lebens- und Arbeitsformen im System sozialer Sicherheit, von denen im Abschnitt V die Rede ist — dennoch bleibt diese Umsetzung der Kernpunkt glaubwürdiger Gleichberechtigungspolitik.

Denn im übrigen wird da viel versprochen, z. B. eine Grundsicherung im Alter, bei Invalidität oder Arbeitslosigkeit, warum aber — so frage ich — eigentlich nicht für alle Jugendlichen in der Ausbildung, die z. B. in unserem Nachbarland, den Niederlanden, selbstverständliche Bezüge eines Mindesteinkommens sind? Und warum drückt man sich auch in diesem Zusammenhang wieder um eine verbindliche Aussage zur selbständigen sozialen Sicherung von Frauen? Wie stellt sich die SPD z. B. der Grundsicherung der verheirateten Frauen vor, aus dem Gesamtzusammenhang ist zu entnehmen, daß sie selbstverständlich nur an eine Familiengrundsicherung denkt. Doch

die Sachverhalte sind eben kompliziert und deshalb zu benennen. Denn natürlich müßte auch in einem zukünftigen, die Fraueninteressen einbeziehenden Sicherungssystem nicht Hausarbeit per se und unabhängig von der Kindererziehung zu sozialer Absicherung führen können, weil sich diese Kompensation für eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung für Frauen allzuleicht als Falle erweisen würde. Denn so billig dürfen sich Frauen ihr Recht auf Erwerb nicht abkaufen lassen. Die vielgerühmte Wahlfreiheit besteht nur, wenn beide Alternativen für Frauen, Erwerbsarbeit und Familienarbeit, möglich sind und eine menschenwürdige Lebensperspektive bieten.

## 2. Der unklare Begriff von Familie und eine falsche Familienpolitik

Zwar spricht man im neuen Programm der SPD nicht mehr vom „arbeitenden Menschen und seiner Familie“ oder von „Menschen, die arbeiten wollen und deren Familie“ (so noch in „Die Zukunft sozial gestalten“, Entwurf des SPD-Programms von 1986). Statt dessen heißt es nun: „... der einzelnen“ und „seiner Familie“, oder „die einzelnen“ und „ihre Familie“ (Seite 28). Aber ist diese geringfügig, anscheinend geschlechtsneutral formulierte Formulierung wirklich schon etwas anderes, spukt da nicht im Hinterkopf immer noch die Ernährerfamilie, das bürgerliche Familienleitbild herum, das gerade auch in der Sozialpolitik Anknüpfungspunkt und Gegenstand staatlicher Fürsorge ist? In diese Richtung weist die Definition, die unter der Überschrift „Stärkung der Familie“ (Seite 17) eingeführt wird. Familie gilt dort als „Institution“, bzw. der „Ort, an dem die meisten Menschen ihre ersten emotionalen Bindungen“ haben und „einen großen Teil ihres Lebens verbringen“. Die Familie als Institution, als Hege- und Schutzraum, als „Residuum gegen die völlige Entseelung der Welt“ (M. Horkheimer, *Autorität und Familie*, 1936), somit als Auffangbecken aller menschlichen Bedürfnisse und zugleich unentbehrliche Unterlage kapitalistischen Wirtschaftens, ist — wie aus diesen Stichworten ersichtlich — arg belastet mit historischem Erbe und selbstverständlichen Funktionen.

Die Familie war und ist in der bürgerlichen Gesellschaft der Ort, an dem die geschlechtliche Arbeitsteilung zum Nachteil und auf Kosten von Frauen und mit Hilfe des Rechts, aber mit diskriminierenden Folgen durchgesetzt wur-

de und immer wieder neu organisiert wird.

Kann man dieser Institution da so unbefangenen das Etikett „partnerschaftlich“ anheften? Die ihr auch im Rahmen einer „demokratischen“ oder „vorbeugenden Sozialpolitik“ zugedachte zentrale Rolle mit kompensierender und stabilisierender Funktion jedenfalls entspricht weder den inzwischen viel diskutierten soziologischen Befunden noch den Interessen von Frauen. Denn, die Interessen des Staates an der Familie sind nicht identisch mit den Interessen von Frauen.

### Soziologische Befunde:

Abgesehen von den hohen Scheidungsziffern, abgesehen von der Tatsache, daß sich z. B. seit 1950 die Eheschließungsrate fast halbiert hat, ist insbesondere festzuhalten, daß inzwischen überhaupt nur noch jeder zweite Haushalt in der BRD durch das Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern gekennzeichnet ist. Das veränderte generative Verhalten bewirkt, daß über die Hälfte aller Ehen nur 1 Kind oder kein Kind hervorbringt.

- 1,3 Millionen Kinder lebten 1984 bei alleinerziehenden Müttern und Vätern.
- Sprunghaft angestiegen sind schließlich die „Ehen ohne Trauschein“, die sog. nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Im Programmtext der SPD aber werden diese epochalen Veränderungen allenfalls, wie es scheint, als Betriebsunfälle oder unter dem Stichwort „Entwicklung neuer Wohnformen“, (Seite 29) behandelt, wobei es den Verfassern dann anscheinend nur darauf ankommt, die besondere Verantwortung der Alleinerziehenden zu betonen, eben weil noch immer die Familie als Norm, Abweichungen von ihr allenfalls als Betriebsunfall (man sagt, unvollständige Familie) verstanden werden.

Wie wenig jedoch diese Perspektive eine an ihr orientierte Familienpolitik zugleich eine angemessene Frauenpolitik sein kann, ergibt sich aus der mangelnden Kongruenz der jeweiligen Interessen. Im Gegenteil ist festzustellen, daß mit dem Aufkommen der bürgerlichen Familie und im Verlauf ihrer Geschichtsgeschichte die versetzten und später die mit ihren Befreiungsbewegungen organisierten Emanzipationen von Frauen grundsätzlich gegen die Interessen des Staates an der Familie, gegen den Schutz der sogenannten Institution Familie erkämpft werden mußten. Der Grund ist nicht etwa eine besondere Familienfeindlichkeit der Feministinnen, sondern er liegt darin, daß die bürgerliche Familie auf einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beruht, die patriarchal, d. h. zu Lasten von Frauen organisiert und eingelebt ist, und folglich Frauen bis heute strukturell benachteiligt. Wer — also mit der Partnerschaft in

Ehe und Familie ernst meint, muß mindestens gegen alle Traditionen, Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten genau dieses Mindestprogramm sozialer und politischer Vorkehrungen treffen, die ich oben in Stichworten nur kurz andeuten konnte. Die Umverteilung und Umbewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit wäre darum mehr als ein Jahrhundertwerk, sie ist — zugegeben — auch ohne neue Belastungen oder Nachteile für Männer nicht zu bewerkstelligen. Doch dieser Umbau des Sozialstaats ist aus der Sicht von Frauen keinen einzigen Tag mehr aufzuschieben, erst recht nicht in einem Programm der SPD, deren jahrhundertalte Verdienste um die Befreiung und die Gleichstellung der Frauen auch aus kritischer Perspektive nicht geschmäht werden sollen.



# Altenpolitik ist Frauenpolitik

**Dr. Brunhilde Peter,**  
**Saarländische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung**

Es gab zu allen Zeiten alte Menschen, zu allen Zeiten solche, die pflegebedürftig waren. Aber die sehr große Zahl alter und hochbetagter Menschen heute und der rasante Rückgang der Jüngeren haben eine Situation geschaffen, die neu und anders ist als bisher.

Die alten Menschen bestimmen die Zukunft! Dieser Widerspruch wird unsere Gesellschaft in vielen Bereichen, Selbstverständlichkeiten, Gewohnheiten, Anforderungen verändern.

## Die Frauen werden älter

1990 stehen 100 über 60jährigen Männern bereits 206 gleichaltrige Frauen gegenüber.

Heute sind von den rund 140 000 über 90jährigen 102 000 Frauen.

Die Altersfrage ist also eine Frauenfrage.

Heute gehen die Menschen etwa ab 75 Jahre in die Heime. 75jährige sind zu 2/3 Frauen.

Abhängigkeit von der Solidarität der Pflegepersonen, von der Sozialhilfe als Notwendigkeit, im Heim für die Kosten aufzukommen, betrifft also vor allem Frauen. Sie haben zum großen Teil keine eigene soziale Sicherung. Viele fühlen sich lästig geworden, isoliert, fühlen oder erkennen ihre Hilflosigkeit. Wir wissen fast nichts über die Gesamtheit dieser Frauenschicksale.

90 % aller alten Menschen werden zu Hause gepflegt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Personen, die Pflegeleistungen erbringen können, rapide ab.

Ein Viertel der Hochbetagten hat keine lebenden Kinder, ein weiteres Viertel keine Verwandten. Es sind die 50jährigen Frauen, die selbst schon Entlastung brachten und ihre alten Eltern, Schwiegereltern und Verwandten pflegen. Pflege ist für diese Frauen selbstverständlich. Dennoch ist ihnen bewußt, daß sie damit eigene Lebensansprüche,

Kontakte, Erwerbstätigkeit, Freizeitgestaltung zurückstellen. Neuerdings wird bundesweit diskutiert und öffentlich in Frage gestellt, ob die Frauen mit der freiwillig übernommenen Pflege etwa moralischen Normen ihrer Zeit folgen, die für heutige Frauen nicht mehr gelten könnten, ob den Frauen die Pflege in Zukunft überhaupt zugemutet werden darf.

Auf jeden Fall muß die von ihnen geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit endlich neu bewertet werden, Rentenansprüche begründen und je nach finanziellen Möglichkeiten auch ein Pflegeeinkommen beginnen. Ein Pflegegesetz des Bundes ist überfällig.

Wenn alte Menschen heute zwischen 75 und 85 Jahren in ein Alten- oder Pflegeheim gehen, überwiegen in diesen die Schwerstpflegefälle. Die Pflegenden sind übermäßig belastet, brauchen Entlastung und Anerkennung. Die Frauen von zu Hause betreuen und versorgen ihre alten Angehörigen in den Heimen weiter.

## Ein abgestuftes Versorgungsstufen ist notwendig

Hier ist die Gesellschaft gefordert. Soziale Gerechtigkeit verlangt ein differenziertes abgestuftes Angebot an Hilfe, Betreuung und Versorgung, um die Pflegenden zu entlasten und den zu Pflegenden gerecht zu werden. Es muß umfassen: Hilfen zur möglichst langen selbständigen Weiterführung des eigenen Haushalts, Hilfe bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Hilfe für die Pflegenden.

Dazu gehören Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Tages- und Kurzzeitpflege, Sozialstationen, Mobile Soziale Hilfstadien und Kurse in häuslicher Krankenpflege, Hausnotrufsysteme, aber vor allem die Zusammenarbeit aller an der Pflege der Alten Beteiligten auf der Ebene der Gemeinde.

## II. Alt sein und Frau sein

### 1. Frau sein im Alter — Bildung, Gesundheit, finanzielle Situation

Die Vorstellung der Gesellschaft vom Alter ist heute noch vorwiegend negativ. Alter wird gleichgesetzt mit Gebrechlichkeit, Nutzlosigkeit, Unfähigkeit und Mängeln. Von Frauen wird dazu stärker und in früherem Lebensalter (wenn die Kinder aus dem Haus gehen) die Einschränkung ihres Lebensraums erwartet (bei Männern zum Zeitpunkt der Rente).

Dabei verläuft das Alter für jeden Menschen ganz unterschiedlich, abhängig von Lebenssituationen und Lebensgestaltung. „Es gibt weder einen allgemeinen noch einen universellen Ablauf von Fähigkeiten und Fertigkeiten bzw. Abbau von Persönlichkeitsmerkmalen im Alter.“ Nicht das biologische Alter, sondern das persönliche Befinden sind ausschlaggebend und sehr verschieden auch bei gleichaltrigen Menschen. Am meisten zufriedene, mobil, selbständig, entscheidungsfreudig und gesund sind die älteren und älteren Menschen (Frauen), die in ihren jüngeren und mittleren Jahren vielfältige, außerhäusliche Interessen hatten. Eine Vielzahl von Befunden stützt die These: „Eine Berufstätigkeit der Frau — oder auch eine anderweitige außerhäusliche Orientierung, sei es in der Pfarrei, in der Gemeinde, der Kommune, der Partei oder im sozialen Bereich — ist beste Geroprophylaxe“ (Ursula Lehr).

Aber: Die Frauen des Geburtsjahrganges 1901 (heute 88 Jahre) hatten zu 70 % nur einen Hauptschulabschluss ohne weiterführende Schule oder Berufsausbildung. Die heute 55–60jährigen (1934–1939) haben schon zu 36,8 % eine Berufsausbildung, die heute 45jährigen (Jahrgang 1944) schon zu 70%. Sie können also ihr Alter in vielerlei Hinsicht positiv vorbereiten.

Die Konsequenz: Es ist unter diesem Aspekt notwendig, an dem schlechten Gewissen der heute erwerbstätigen Mütter zu arbeiten, ihnen und der Gesellschaft zu vermitteln, daß nicht Egoismus, sondern Weitsicht das Engagement der jungen Mütter in Gesellschaft und Erwerbsberuf bestimmen.

Ein weiteres: Frau sein bedeutet, im Alter länger allein sein, also selbständig sein müssen. Darauf sind Frauen meist unzureichend vorbereitet. Nur etwa 1/4 ihres Lebens entfällt auf die Mutterrolle. Über 50 % auf das Leben danach. Heute sind Frauen bereits 11 % ihrer Lebenszeit Witwe. Sie brauchen dann jene Eigenschaften, die noch vielfach das ideale Bild des Mannes charakterisieren: Selbständigkeit, Entscheidungsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Kontaktfreude, Fähigkeit mit Behörden umzugehen usw. Das heutige Bild der Frau ist noch geprägt eher von Abhängigkeit, Unselbständigkeit, Passivität, Anpassung und Nachgiebigkeit.

Die heutigen jüngeren Alten sind sich dieser Situation bewußt. Sie erfahren, daß man sich bis ins hohe Alter persönlich weiterentwickeln kann, daß man Mut gewinnt, eigene Ideen zu verwirklichen, daß man noch immer Einstellungen ändern und manche sogenannte feste Überzeugung auch als Vorurteil bei sich selbst entlarven kann, daß man neue Freunde gewinnen und Einsamkeit überwinden kann.

Gesundheitlich hilfsbedürftig, körperlich und geistig hilflos sind heute die 80–90jährigen, nicht die jungen Alten. Dennoch gibt es Differenzierungen zwischen erwerbstätigen Frauen und Hausfrauen. Viele psychologische Untersuchungen stellen fest, daß die Berufstätigkeit der Frauen stärker mit einem höheren Wohlbefinden im Alter korreliert und daß unter den Nichtberufstätigen oder Vollhaushalten gesundheitliche Beschwerden (gemessen am Arztbesuch, Medikamentenverbrauch) viel häufiger sind (Ursula Lehr).

Die finanzielle Situation der ganz alten Frauen ist besonders schlecht, denn sie verfügen über keine eigenständige soziale Sicherung.

Sozialhilfeempfänger sind zu 60 % Frauen. 80 % der über 60jährigen Frauen erhalten Sozialhilfe. 1/2 Mio. meist altentstehende ältere Frauen haben Monatsinkommen von zum Teil weit weniger als 1.200 DM, viele um 600 DM. Hier ist Hilfe notwendig (Grundsicherung).

Aber die 2 Mio. Frauen, die heute in ungeschätzten Arbeitsverhältnissen (ohne

Sozialversicherung) stehen, haben im Alter ebenfalls Armut zu erwarten. Diese Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft werden.

Kindererziehung und Pflegeleistungen haben noch keine adäquate Berücksichtigung im System der Sozialversicherung gefunden. Die Rentenreform ist unzureichend. Ein Pflegegeldgesetz (Bund) ist überfällig.

Dennoch, über 50 % der älteren Männer und Frauen haben Haus und/oder Grundbesitz und eine bessere Rente.

## 2. Ehe, Liebe, Sexualität im Alter

Viele Eheleute haben bis zu der Zeit, wo die Kinder aus dem Haus gehen und der Mann in Rente, ihre persönliche Ehe eher am Rande gelebt. Heirat, Kindererziehung, beruflicher Aufstieg, Hausbau usw. haben sie weitgehend mit Familienaufgaben beschäftigt. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, erleben Mann und Frau sozusagen eine Rückkehr in die Ehe. Fachleute sprechen vielfach von einer „nachehelichen Gefährdungsphase“, die neu eingubt werden will. Eine neue Chance der Gemeinsamkeit beginnt. Wie sie am besten gelingt: Wir wissen fast nichts darüber.

9 von 10 Männer sind im 60sten Lebensjahr verheiratet. Der Männeranteil ändert sich mit zunehmendem Alter kaum. 500 Männer heiraten jährlich im Alter von 80 und mehr Jahren, nur 37 Frauen. Fast alle Männer sterben als Verheiratete. Frauen sind vielfach alleinlebend. Die Altersheiräte ist also für Männer die letzte Anforderung im Leben, die von ihnen abverlangt wird. Frauen müssen danach noch die Zeit des Alleinlebens als nächste Phase meistern.

## Liebe im Alter

Schon biologisch hat sie eine neue Chance erhalten, denn Mediziner wissen, daß die 70jährigen von 1980 biologisch 10 Jahre jünger sind als die 70jährigen von 1970. Die Liebe im Alter, die Liebe mit 16, 36 und 66 ist gleich, aber sie baut auf veränderten Erfahrungen und Bedürfnissen auf. Neuverlieben mit 70, natürlich aber mehr Zärtlichkeit, mehr Verlässlichkeit, aber auch Sexualität.

Auch in hohem Alter können neue Partnerschaften entstehen. Es muß deshalb selbstverständlich werden, daß Männer und Frauen auch in Heimen, auch in de-

nen kirchlicher Träger, dann zusammen wohnen können.

## Sexualität und Frauen allein

Wer sich bei Altenfesten umschaut, sieht, daß die Frauen miteinander tanzen. Die Männer zum Tanz gibt es nicht. Nicht einzelne, wenige Frauen tanzen, sondern Sätze füllen sich mit Frauenteppichen. Da gibt es auch Körpernähe, Hautkontakte, Zärtlichkeit.

In den Heimen leiden alte, partnerlose Frauen sehr unter dem Fehlen von Zärtlichkeit und sexuellen Möglichkeiten.

In den verschiedenen Sprechstunden erzählen sie, daß sie Zärtlichkeit vermischen und Frauenfreundschaften unter diesem Gesichtspunkt haben und pflegen, aber es wird nicht darüber gesprochen — ebenfalls!

## 3. Altenkultur

Bei Veranstaltungen in Gemeinden, bei Reisen, Festen und Feiern treffen wir viele Gruppen wohlhabender, gutfrustrierter Frauen und rüstiger alter Männer, die die vielfältigen, „kulturellen Angebote“ wahrnehmen. Das ist sicher für sie interessant, aber Altenkultur ist das nicht. Emanzipatorisch und demokratisch verstandene Altenkultur ist vor allem die eigene Lebensgestaltung der Menschen auf der Grundlage ihrer Vergangenheit und in ihrem gegenwärtigen Umfeld.

Wie alte Menschen gelebt haben, wie sie leben wollen, was sie für die Zukunft aus ihrer Erfahrung weitergeben wollen, wofür es sich aus ihrer Sicht zu streiten lohnt, was nebenächlich für die Zukunft ihrer Enkel ist und was lebenswichtig, dies alles für die heutige Gesellschaft und in dieser deutlich zu machen, ist Altenkultur. Das müssen die alten Menschen pflegen und sich in unsere Gesellschaft einmischen. Altenkultur setzt auch voraus, das Alter so lange als möglich als Chance zu ergreifen. Wer fragt man sich, zwingt ältere Menschen dazu, das letzte Viertel ihres Lebens als Verlust zu sehen?

Alte Menschen in unserer Gesellschaft, Altenpolitik als Frauenpolitik? Die Situation und die Befindlichkeit alter Frauen ist kaum erforscht. Das, was sie leisten müssen, wird mit ihnen kaum vorbereitet. Die Nachteile, die sie in ihrer Rolle als Frau in ihrem Leben hatten, wirken sich im Alter doppelt und dreifach aus. Das ist eine dringende Anforderung an die Politik, sich mit der Situation der alten Menschen, aber vor allem der alten Frauen zu befassen.

# Programm mit Perspektive?

Doris Ahnen, stv. Juso-Bundesvorsitzende

Der vorliegende Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm greift lange von der SPD vernachlässigte Fragestellungen auf. Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, demokratische Technikgestaltung und die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann haben als Zielvorstellungen Eingang in die Programmatik der SPD gefunden. Insbesondere die neuen sozialen Bewegungen haben für diese drängenden Probleme erst Platz in der politischen Auseinandersetzung erkämpfen müssen. Aber hat die SPD mehr als nur den Weg zum Heute gefunden, gar ein Programm mit Perspektive für die nächsten 30 Jahre entwickelt?

## Visitenkarte für die SPD?

Ob dieses Programm über seine Verabschiedung hinaus als Visitenkarte der SPD brauchbar ist, hängt davon ab, ob es nicht nur Problemstellungen aufreißt, sondern auch mühe Schritte nach vorne weist. Die zunehmende „Abstinenz“ von Jugendlichen in der Parteipolitik hat ihren Niederschlag auch in den letzten Wahlergebnissen gefunden. Der hohe Anteil von Nicht-WählerInnen bei den 18–23-Jährigen sollte Alarmzeichen genug sein. Während junge Männer verstärkt rechtsextreme Parteien wählen, beteiligt sich eine zunehmende Zahl junger Frauen überhaupt nicht an Wahlen. Die Parteien stehen auf dem Prüfstein. „Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft“ ist eher für die Binnenschicht der SPD gedichtet, als daß mit solchen Allgemeinheiten Signale nach Außen gesetzt werden könnten. Nicht bloße Sprüche, sondern Konsequenzen sind gefordert.

## Programm für Frauen?

Was wäre, wenn ... Frauen ein Programm für die SPD schreiben würden? Mindestens ein bislang nicht gewagtes Experiment. Eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebenserfahrungen, die an

den Rand gedrängt werden, fänden Eingang in die Programmatik der SPD. Es wäre ein parteiisches Programm, ein Programm von Frauen für Frauen. Und wäre das so verwerflich? „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden“, aber zu allererst muß Platz für Frauen geschaffen werden. Denn diese kluge Erkenntnis hat sich ja nun nicht in großer Harmonie plötzlich auch in den männlichen Köpfen durchgesetzt, sondern die Frauen haben immer wieder ihre Rechte den Männern abgetrotzt, in letzter Zeit, nicht zuletzt aufgrund der Quote, mit zunehmendem Erfolg. Die Quote war für uns nicht der Abschluß unserer Bemühungen, sondern vielmehr ein Zwischenschritt. Wir wollen Strukturen schaffen, die es mehr Frauen ermöglichen, in der SPD mitzuarbeiten und etwas zu verändern. Es macht wenig Sinn, die Konflikte unter den Tisch zu kehren. Nur wenn deutlich ist, worüber wir uns auseinandersetzen, haben wir eine Chance, wirklich gemeinsame Interessen zu entwickeln. Die Frauen sind nach wie vor der Motor für eine Veränderung im Geschlechterverhältnis, denn sie werden doppelt unterdrückt.

## Frauen im Programm

Es hat sich einiges verändert. Es ist spürbar, daß Frauen an diesem Programm-entwurf mitgearbeitet haben und mit einigen Tabus brechen wollten. Das Kapitel „Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann“ macht deutlich, daß die Frauenbewegung nicht spurlos an der SPD vorübergegangen ist. Das sog. „Frauen-Kapitel“ wirkt nicht mehr wie ein Fremdkörper, der möglichst kurz alles anreißen soll, sondern das neue Problembewußtsein prägt auch andere Aussagen des Programms. Aber von einem Ili Faden zu sprechen, wäre den noch übertrieben. Frau könnte fast den Eindruck gewinnen, das Programm soll Perspektive erhalten, indem nur das Ziel, die Überwindung der „Spaltung

zwischen männlicher und weiblicher Welt“ benannt wird, aber all die notwendigen Zwischenschritte als Klein-kram erst gar nicht erwähnt werden. Es ist nicht die Zeit, ständig zu relativieren, natürlich, „Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer“. Aber der Leidensdruck ist doch sehr unterschiedlich ausgeprägt, und schließlich werden die Frauen sehr konkret eben von diesen Männern unterdrückt. „Das Private ist politisch!“ sollte diese Erkenntnis in den Köpfen verankert haben. Es ist vielmehr an der Zeit, parteiisch zu sein, parteiisch für Frauen.

Beispiele:

● Obwohl die Reform des Bildungswesens gerade für Mädchen und Frauen neue Chancen eröffnet hat, ist Jugend-erwerbslosigkeit heute insbesondere Mädchenarbeitslosigkeit. Sie werden nach wie vor in traditionellen Berufen ohne Zukunftsaussichten ausgebildet. Ein erster Schritt wäre die qualifizierte Quotierung von Ausbildungsplätzen.

● Die gemeinsame Ausbildung von Mädchen und Jungen ist eine Errungenschaft, aber sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Mädchen oftmals die Leitenden der Koedukation sind. Ihre Herangehensweisen finden sich nicht gleichberechtigt in der gemeinsamen Ausbildung wieder. Für sie muß erst noch Platz geschaffen werden.

● Die Wissenschaft ist nach wie vor Männerdomäne. Insgesamt haben sich 1987 achtzig Frauen habilitiert, das sind ganze acht mehr als 1982, ihr Anteil ist damit auf 7,9% gestiegen. Ihr Anteil an den C4-Stellen ist auf dem gleichen Stand wie 1980, ganze 2,6%. Offensichtlich ändert sich wenig von alleine. Wie das jüngste Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster beweist, reicht es nicht einmal, Verwaltungsvorschriften zu erlassen, um den Zugang von Frauen in qualifizierte Positionen zu

sichern, sondern es müssen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Erfahrungen und Lebensrealitäten von Frauen anzuerkennen, heißt auch, konkrete Handlungsalternativen zu benennen.

## Ein Kapitel für Frauen?

Aleine die Existenz dieses eigenständigen Kapitels ist schon sehr positiv. Hier wird am deutlichsten, wieviel Frauen in der SPD bewußt gemacht haben: die Dominanz der Männerwelt, männliche Gewalt, männliche Kultur, die Abdrängung von Frauen ins „Private“, die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau. Aber trotzdem wird kein konkretes Programm für eine zukünftige Geschlechterpolitik entwickelt, das die bestehende Spaltung aufgreift und Konflikte produktiv zu lösen versucht. Ein Programm, das es allen Recht machen will, ist letztlich für die gerechter, die auch bislang am längeren Hebel sitzen.

Dem „Frauen-Kapitel“, das viele Probleme ehrlich benennt, folgt ein eher traditioneller Abschnitt zu „Familien- und Lebensgemeinschaften“. Wird anfänglich von einer Vielzahl von Lebensformen gesprochen, führt die lapidare Aussage „Davon ist die Ehe die häufigste und die rechtlich am klarsten verfaßte“ zur argumentativen Konzentration auf die klassische Familie. Alternative Lebensformen sollen zwar geschützt, aber nicht gefördert und weiterentwickelt werden. Eine solche Politik wird schon der heutigen Situation nicht mehr gerecht, wo nur nach ein Drittel der Bevölkerung in Familien lebt. Familie als Idylle, in der sich Liebe und Zuneigung entfalten können, in der Kinder gefördert werden, ist sicherlich als eine Lebensform ansatzwertig, aber verschwiegen völlig, in welchem Maße gerade Kinder in der Familie auch Gewalt ausgesetzt sind. Sexueller Mißbrauch von Kindern ist da nur die Spitze des Eisbergs. Und die im vorangegangenen

Kapitel benannten Diskriminierungen von Frauen finden eben auch in der Familie statt.

Nicht nur in diesem Punkt werden die Aussagen des „Frauen-Kapitels“ relativiert. Wurde da noch die Mißachtung des sexuellen Selbstbestimmungsrechtes von Frauen kritisiert, endet dieses Kapitel mit der Kampfformel „Wir wollen werdendes menschliches Leben schützen“. Die SPD hat damit bis in die Wortwahl hinein die Argumentation der Konservativen zum § 218 übernommen und läßt das Selbstbestimmungsrecht der Frauen zum bloßen Lippenbekenntnis verkommen.

## Zukunft der Arbeit — Zukunft für Frauen?

Dieses Kapitel stellt auch aus Frauen-sicht einen Fortschritt in der programmatischen Erneuerung der SPD dar. Es greift die Kritik am Irseer Entwurf, die männliche Tradition von Arbeit in den Vordergrund gestellt zu haben, auf. Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch Familienarbeit, Gemeinschaftsarbeit und freie Eigenarbeit finden Erwähnung. Die Gleichbewertung aller Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und die Gleichverteilung zwischen Frauen und Männern soll die Diskriminierungen aufheben. Erwerbsarbeit soll damit für jede Frau möglich werden. Nötige Konsequenz ist die drastische Arbeitszeitverkürzung, auch der täglichen Arbeitszeit. Erwerbsarbeit soll in bestimmten Lebensphasen für Männer und Frauen unterbrechbar sein, zur Weiterbildung, für Kindererziehung, zur Pflege. Die SPD zieht damit die überfälligen Konsequenzen aus den veränderten Lebensplanungen gerade junger Frauen. Die Mehrzahl will beides, qualifizierte Arbeit und erfülltes Privatleben. Das fordert, diese Lebensphasen finanziell abzusichern und darüber hinaus Instrumente zu entwickeln, z.B. die Gleichverteilung der Kindererziehung

zwischen Frauen und Männern durch Gratifikationen oder Sanktionen zu unterstützen. Unterbelichtet bleibt die ökonomische Bedeutung der fast ausschließlich von Frauen geleisteten Haus- und Familienarbeit ebenso wie die Bedeutung des technischen Wandels in der Erwerbsarbeit für die Frauen. Bislang sind sie fast ausschließlich auf der Seite der „Rationalisierungs-Verlierer“ zu finden. Aber auch das Konzept der Humanisierung bezieht sich ausschließlich auf den Bereich der Erwerbsarbeit.

Zu einer Umgestaltung der Arbeit im Interesse der Frauen gehört auch die Frage, wie, in welchem Maß und in welchen neuen Formen Haus- und Familienarbeit über die Beteiligung der Männer hinaus als bezahlte Erwerbsarbeit organisiert werden kann.

## Über das Programm hinaus

Die SPD versucht, mit diesem Programm-entwurf neue Fragestellungen aufzugreifen und Leitlinien für die zukünftige Politik zu entwerfen. Nicht einmal am Rande wird die Frage aufgeworfen, wie die Zukunft der Politik aussieht, wie sich die SPD verändern will, um gerade jungen Frauen die Möglichkeit zu eröffnen, in der SPD mitzuarbeiten. Sicher ist es gelungen, durch die Quote auch die Struktur der SPD zu verändern, ein glaubwürdiges Signal. Aber der Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien kann damit alleine noch nicht eingeholt werden. Die Verknüpfung politischer Inhalte und politischer Praxis ist Prüfstein für das ernsthafte Bemühen der SPD, diese Gesellschaft zu verändern. Wir wollen nicht nur, daß mehr Frauen an der Erwerbsarbeit und Männer stärker an der Reproduktionsarbeit teilnehmen, sondern Frauen müssen mehr Chancen eröffnet werden, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, gerade in der SPD. Dies bedeutet eine radikale Veränderung der politischen Kultur.



# Frauen brauchen mehr

Dr. Barbelies Wiegmann, Rechtsanwältin

## 1. Das Ende der Bescheidenheit

„Frauen brauchen mehr.“ das klingt unbescheiden und deshalb ungewohnt. Zufriedensein mit dem, was da ist, aus dem Gegebenen das Beste zu machen, das war von jeher Programm und Stärke von Frauen. Insofern wäre jede Kritik unangemessen. In Erinnerung an frühere Programme und Entwürfe wäre sogar Dankbarkeit am Platz, insbesondere gegenüber denjenigen Frauen, die sicher harträchtig Zeile für Zeile Frauenpositionen im Entwurf erkämpft haben. Aber gerade diejenigen, die sich im politischen Tagesgeschäft nach dem tatsächlich Erreichbaren ausrichten müssen, werden gestärkt durch andere, die sagen „wir brauchen mehr“, Emanzipation, das Herauswachsen aus alten Rollenmustern hin zu einer eigenen weiblichen Identität, bedeutet auch das Ende weiblicher Bescheidenheit.

## 2. Flickwerk

Ja, wir brauchen mehr. Wir brauchen mehr als ein Flickwerk, mehr als ein patriarchalisches Grundsatzprogramm mit feministischen Passagen. Da ist die Rede von Frauen und Männern, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von Bürgerinnen und Bürgern, ganz im Sinne der angestrebten menschlichen Gesellschaft. Aber kaum wird es scheinbar ernst, schlägt der Wind um: Über die Gestaltung der Technik soll (nur?) der Bürger mitbestimmen (13), aus dem rechtslosen Proletariat wurde der selbstbewußte Staatsbürger (28), Sozialdemokraten stehen für Frieden und internationale Zusammenarbeit (29) und natürlich beansprucht der Wissenschaftler die Freiheit der Forschung (244). Wie schnell werden Frauen wieder vergessen! Manchmal genügt ein Absatz. Zufällig Sprache ist vertriehen, denn sie ist Ausdruck von Bewußtsein. Wenigstens äußerlich sollte versucht werden, die vielen sprachlich

chen Peinlichkeiten redaktionell zu überarbeiten. Dasselbe gilt für die zahlreichen Rückfälle männlicher Gönnerhaftigkeit, die sich neben großen Worten von der Gleichstellung aller Menschen höchst fröhlich lesen, wie zum Beispiel der Satz „Mädchen und Frauen dürfen bei der Ausbildung und Weiterbildung... nicht benachteiligt werden“ (239). Wie ernst gemeint ist dann die Aussage zuvor (238) „Alle jungen Menschen haben das Recht auf eine Berufsausbildung...“? Besonders schlimm um männliche Gönnerschaft steht es in der Passage zu § 218 (162), die aus einem CDU-Papier stammen könnte. Wo bleibt hier das Bekenntnis zur Selbstbestimmung der Frau? Und wo bleiben die an jeder Schwangerschaft beteiligten Männer?

## 3. Die patriarchalische Gesellschaft

Wir brauchen mehr als ein Flickwerk, — Frauen brauchen ein feministisches, ein geschwisterliches Grundsatzprogramm. Ein Programm, ausgerichtet an dem Kernsatz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ Voraussetzung wäre die Einsicht, daß der Gegensatz zwischen Frauen und Männern diese Gesellschaft tiefer spaltet als der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Kapital. Die Einsicht, daß das Patriarchat, die Herrschaft von Männern und des männlichen Lebensprinzips, seit mehr als 3000 Jahren das Zusammenleben der Menschen prägt und diese Gesellschaft zu dem Zerrbild menschlicher Liebe geformt hat, das heute unser Leben bestimmt, — trotz Christentum und Aufklärung, die ihrerseits im Patriarchat verwurzelt sind. Voraussetzung wäre schließlich die Erkenntnis, daß Patriarchat noch mehr ist als Diskriminierung von Frauen. Patriarchat heißt Mißachtung und Abspaltung des „weiblichen“ Lebensprinzips, das diese Welt — und

jeden Menschen — ebenso trägt wie das „männliche“; Mißachtung von Gefühl, Einfühlbarkeit, Werden-Lassen, Bezo-gen sein zum Leben, zugunsten der einseitigen Verherrlichung von Sachverstand, Super-Leistung und Macht.

Nur in dieser Abspaltung wurde es möglich, daß sich der Mann zum Macher aller Dinge erklärte, Wissenschaft und Technik zum Selbstzweck werden ließ und sich zum Herrscher über die Natur erhob unter Befolgung des christlichen Vergewaltigungsgebots „Macht euch die Erde untertan“. So gearteter patriarchalischer Größenwahn fördert bis heute täglich den Mord an der Natur und damit an unseren Lebensgrundlagen — trotz aller Schönfärberei im Programmtext — auf der Grundlage lebensfeindlicher Gier nach ewigem Wachstum.

Patriarchalische Abspaltung des ganzheitlichen Lebensprinzips bewirkt, daß diese Gesellschaft sich bis heute in Männerwelt und Frauenwelt zerteilt, weil menschliche Eigenschaften und Fähigkeiten aufgespalten sind in Männern zugewiesenen „männliche“ und Frauen zugewiesenen „weibliche“ Eigenarten. Menschen werden also verstümmelt, denn sie müssen den nicht zur jeweiligen Rolle passenden Teil ihres Selbst verdrängen und verkümmern lassen. Dies ist die Grundlage für den immer häufiger werdenden Krieg zwischen den Geschlechtern, der fast jede zweite Beziehung zwischen Frau und Mann zerbrechen läßt und in dem Gewalt gegen Frauen sich stündlich vollzieht.

Patriarchalische Spaltung ist auch die Grundlage unserer kapitalistischen Industriegesellschaft, die auf der lebensfeindlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern basiert, nach der Männern in erster Linie befristete Erwerbsarbeit zugewiesen wird, während Frauen (neben Erwerbsarbeit) fast ausschließlich für die Arbeit im Privat-

Familienbereich zuständig sind, wo sie Männer versorgen und für die Arbeit draußen fit halten. Und nur so kann unser Sozialstaat funktionieren, in dem Frauen zwei Drittel aller gesellschaftlichen Arbeit leisten, die Hälfte der Arbeit, nämlich Haus- und Familienarbeit, umsonst.

## 4. Abschied vom Patriarchat

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ Abschied vom Patriarchat bedeutet Kulturrevolution, neues Denken, neues Fühlen. Nach meinen Erfahrungen ändern sich Menschen nur unter Leidensdruck. Dies ist der Grund warum Frauen seit mehr als 200 Jahren an den Gitterstäben des Patriarchats rütteln, den ihr Leidensdruck war und ist groß. Auch sie haben patriarchalische Strukturen, die Mißachtung von Weiblichkeit, mitgetragen, aber die meisten von ihnen haben inzwischen ihre Mitfäterinnenschaft aufgekündigt.

Die Mehrzahl der Männer jedoch verspürt bis heute Leidensdruck nicht, sei es, weil Leiden nicht erkennbar sei, sei es, weil es perfekt verdrängt wird. Dies gilt besonders für alle diejenigen, die an verantwortlicher Stelle die Geschicke unserer Gesellschaft lenken, für Politiker, Manager der Wirtschaft und der Wissenschaft. Was also sollte Männer in ihrer Mehrzahl dazu bringen, sich ehrlich auf das Abenteuer einer Kulturrevolution einzulassen, bei dem sie objektiv betrachtet nur verlieren können?

Es droht nicht nur der Verlust materieller und ideeller Privilegien, es droht der Verlust der männlichen Identität, die sich bisher fast ausschließlich über Besitz und Erfolg im Beruf und über Schwäche von Frauen definierte. Bisher haben Männer — das belegen alle Untersuchungen der letzten Jahre — von Ausnahmen abgesehen, ihre traditionelle männliche Rolle noch nicht einmal hinterfragt, geschweige denn begonnen, sie sichtbar zu verändern. Im Gegenteil: Nach der Studie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von 1987 gehören bundesdeutsche Männer in Sachen Emanzipation zu den Schlußlichtern Europas neben Irland und Luxemburg.

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, Sätze im Programmtext ernstzunehmen wie „Diese Spaltung (zwischen männlicher und weiblicher Welt) wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an“ (146). Welches der männlichen Mitglieder der Kommission hat damit bereits begonnen? Oder Sätze wie „Wie die Erwerbsarbeit ist die Haus- und Familienarbeit Aufgabe beider Geschlechter“ (219) oder „Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden“ (185). Die bisherige Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern ist bekanntlich die tragende Säule der patriarchalischen Industriegesellschaft. Mit lockeren Worten läßt sie sich nicht einfach wegtragen. Mehr als 90 % aller

Männer haben bisher, trotz eindringlicher Forderungen von Frauen, nicht die geringste Lust gezeigt, Haus- und Familienarbeit partnerschaftlich in eigener Verantwortung zu übernehmen. Das soll plötzlich anders werden, bloß weil es im Grundsatzprogramm der SPD steht?

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ Glaubhaft kann diese Aussage nur werden, wenn nach dem Wie gefragt wird, wenn konkrete Wege aufgezeigt werden, wie Menschen und insbesondere Männer überhaupt veranlaßt werden können, tatsächlich Abschied von der männlichen Gesellschaft zu nehmen. Wie denn zum Beispiel soll denn die gesamte gesellschaftliche Arbeit auf beide Geschlechter verteilt werden? Zwischen Beschreibung der Gegenwart und Zukunftsvision klappt eine Lücke: Die Brücke zwischen beiden wird ausgeblendet. Warum? Weil nur wenige den Weg über die Brücke ernsthaft beschreiten wollen? Weil er mühsam erscheint oder (verständlicherweise) Angst macht? Wir wären einen Schritt weiter, wenn dies offen gesagt würde.

Frauen brauchen mehr als Zukunftsbilder für ferne Zeiten. Sie werden ungeduldig, denn es ist keine Zeit zu verlieren, wenn menschliches Leben auf dieser Erde erhalten werden soll. Menschliches Leben, bei dem die Liebe hoffentlich noch vor Muße, Spiel, Unterhaltung, Reisen und Wandern (224) ihren Platz hat.

# Gleichberechtigung — ein universeller Grundwert Zur Internationalität der Frauenfrage

Christa Randzio-Plath, MdEP

Auf den Weltfrauenkonferenzen in Mexiko und Kopenhagen bestritten Frauen aus Entwicklungsländern die Internationalität und Universalität der Frauenfrage. Unterdrückung war für sie ein Unterfall von Armut und Ausbeutung. Gleichberechtigung war für sie eine „Luxusfrage“ der Frauen aus den westlichen Industrieländern. Die Weltfrauenkonferenz von Nairobi 1985 brachte den Durchbruch zu einer gemeinsamen Frauenposition, die selbst die so unterschiedlichen amerikanischen Feministinnen Betty Friedan und Bella Abzug, die traditionellen Frauenverbände wie auch die autonom bestimmten Frauen vom internationalen Frauennetzwerk DAWN verband.

In der beginnenden Grundsatzdiskussion der Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale hatte die Universalität der Gleichberechtigung noch keinen Platz. In der Programmdebatte der SPD spielte dieser Aspekt eine noch geringere Rolle als in der Grundsatzdiskussion der finnischen Sozialdemokratie.

In die universelle Menschenrechtsklärung gehört die Frauenwürde, gehört das Recht der Frau. Frauenrechte werden weltweit mißachtet und verletzt. Frauen werden verfolgt, weil sie Frauen sind. Ihres Geschlechts wegen werden sie eingesperrt, hinter sichtbaren oder

unsichtbaren Mauern. Ihres Geschlechts wegen werden sie von Bildung und Entwicklung ausgeschlossen. Ihres Geschlechts wegen werden sie sexuell verstümmelt oder mißhandelt. Die zunehmenden Frauenrechtsverletzungen sind Folgen einer männerbestimmten Ordnung, in der Mann und Macht gleichgestellt werden. Deswegen stellt die Programmdebatte der SPD zu Recht heraus, daß die Gleichstellung der Frauen als Machtfrage erst zur Umsetzung von sozialen Menschenrechten führen wird. Für alle Länder auf der Welt hat diese Aussage Gültigkeit.

Und deswegen ist es wichtig, daß die Gleichberechtigung der Frau weder durch religiöse noch kulturelle Traditionen oder Wertvorstellungen als Grundwert einer menschlichen Gesellschaft relativiert werden darf. Diese universelle und globale Orientierung ist selbstverständlich, wenn die Programmaussage gültig sein will, daß wir in einer Welt leben. Der Protest der Frauen gegen Bevormundung und Gewalt kann dann zu gesellschaftlichem Wandel führen, wenn weltweit Frauenrechte durchgesetzt werden. Gerade von der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte sind die meisten Frauen auf der Welt bis heute ausgeschlossen.

Das Aussparen der Frauenfrage aus den Kapiteln der internationalen Politik

ist ein Mangel. Es geht nicht darum allein, die Forderung zu wiederholen, daß in internationalen Verhandlungsdelegationen, in der Vergabe von Ämtern und Mandaten in den Bereichen von Friedens- und Sicherheitspolitik, von Außen- oder Handelspolitik Frauen mindestens 40 Prozent aller Ämter und Mandate erhalten sollten. Im Kapitel Nord-Süd setzen wir uns ein für das Recht jedes Landes auf seinen eigenen Weg. Bisher hat die Entwicklung der Länder, an westlichen oder östlichen Entwicklungsmodellen orientiert, ohne die Mitentscheidung der Frauen über den Weg der Entwicklung stattgefunden. Sie sind aber der Schlüssel zur Entwicklung. Ohne ihre gleichberechtigte Teilhabe werden Hunger und Ausbeutung, Obdachlosigkeit und Unwissenheit nicht überwunden werden können. Es ist zynisch, die kulturelle Identität der Entwicklungsländer wahren zu wollen, ohne den Frauen ihren Platz und ihren Stellenwert für den selbstbestimmten Entwicklungsweg einzuräumen. Das haben die Nord-Süd-Foren der SPD, die Werkstattgespräche und Seminare der ASF und der Sozialistischen Fraueninternationale wie die Konferenzen der Vereinten Nationen herausgestellt. Hier gibt es also in der Programmdiskussion noch Diskussions- und Entscheidungsbedarf

# Die Frauen im Programm der SPD — Von Godesberg bis Bremen

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 (Auszug, S. 21):

**Frau — Familie — Jugend**  
Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden. Der Frau müssen die gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, für Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung geboten werden wie dem Mann. Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden. Hausfrauen und Mütter bedürfen besonderer Hilfe, Mütter von vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern dürfen nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen.

Während das Godesberger Programm zur Gleichstellung der Frau gerade einen Absatz unter „Frau — Familie — Jugend“ enthielt, war die Gleichstellung in dem 1975 in Mannheim beschlossenen Orientierungsrahmen '85 immerhin schon als Titel im Schwerpunktbereich angesiedelt:

## 4.6 Die Gleichstellung der Frauen

4.6.1 Die Ziele des demokratischen Sozialismus — Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — können nur dann verwirklicht werden, wenn sie auch im Zusammenleben von Mann und Frau bewußt und einschränkungsgelöst akzeptiert werden. Frauen wie Männer können nur dann erfolgreich gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit kämpfen, wenn sie miteinander solidarisch sind, wenn zwischen ihnen Freiheit und Gerechtigkeit herrscht. Freiheit und Gleichheit bedeuten hier konkret, daß Männer und Frauen in Beruf und Familie bewußt und gemeinsam

entscheiden, welche Aufgabe sie jeweils zu übernehmen bereit und in der Lage sind. Solidarität heißt, daß Männer und Frauen erstrebenswerte Ziele als gemeinsame erleben und gemeinsam durchsetzen, daß es nicht darum geht, sich voneinander zu emanzipieren, sondern daß es allein darauf ankommt, sich gemeinsam von gesellschaftlichen Zwängen, Herrschaft und überholten Vorstellungen zu befreien.

4.6.2 Frauen sind von dem Widerspruch zwischen den Möglichkeiten der Nutzung gesellschaftlichen Reichtums für alle und der Wirklichkeit der Ungleichheit seiner Verteilung besonders betroffen. Die tatsächliche Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft ist offensichtlich:

- Frauen haben faktisch schlechtere Bildungs- und Ausbildungschancen als Männer. Das zeigt sich z. B. im Vergleich der erreichten Schulabschlüsse und in der vergleichsweise geringeren formalen beruflichen Qualifikation.
- Frauen sind benachteiligt in der Entlohnung. Bei gleichwertiger Arbeit ist der durchschnittliche Bruttoverdienst der Arbeitnehmerin erheblich niedriger als der des Arbeitnehmers.
- Bestimmte Berufe und Tätigkeiten, die fast ausschließlich von Frauen ausgeübt werden, bezeichnet man kurzerhand als leichte oder minderqualifizierte Arbeit. Diese wird entsprechend bezahlt, obwohl längst feststeht, daß sie ein Höchstmaß an Fertigkeit und Konzentration erfordert und durch ihre Monotonie besondere Belastungen mit sich bringt.

- Leichtlohngruppen, bestimmte Dienstleistungsberufe und unterbezahlte Heimarbeit sind Beispiele hierfür.
- Frauen sind benachteiligt im beruflichen Aufstieg. Beruflicher Aufstieg hängt von entsprechender Aus- und Fortbildung, von der Bereitschaft und Möglichkeit ab, berufliche Mehrbelastung zu übernehmen. Außerdem sind Vorurteile gegenüber den Frauen und der Frauen selbst häufig Grund dafür, Frauen nicht für Aufstiegspositionen zu beachten.
- Frauen sind benachteiligt in ihrer sozialen Sicherung. Nichterwerbstätige Frauen z. B. sind hinsichtlich ihrer Kranken- und Rentenversicherung benachteiligt, soweit sie nur abgeleitete Ansprüche haben.
- Frauen sind benachteiligt in der Wahrnehmung politischer Ämter. Mehrfachbelastung und Vorurteile stehen auch hier im Wege und erschweren es den Frauen erheblich, gleichberechtigt politische Verantwortung zu übernehmen.
- Frauen sind benachteiligt durch Mehrfachbelastung im Alltag. Mit der Versorgung des Haushalts und der Erziehung der Kinder übernehmen die Frauen neben ihrem Beruf gesellschaftlich notwendige Aufgaben, für die sie kein Entgelt erhalten. Geben sie angesichts dieser Mehrfachbelastung ihren Beruf zugunsten der Familie auf, so verzichten sie damit auf eigenes Einkommen und materielle Unabhängigkeit. Sie müssen eine drastische Minderung ihrer Altersversorgung und ihrer Lebenschancen hinnehmen.
- Landfrauen und Frauen, deren Männer selbständig sind, sind von

dieser Mehrfachbelastung in besonderem Maße betroffen, da sie im eigenen Betrieb mitarbeiten und auf die Anerkennung durch finanzielle Entlohnung für außerhäusliche Arbeit zusätzlich verzichten müssen.

Vor allem aber sind es Frauen, die aufgrund dieser traditionellen Rollenverteilung und der Erziehung zur Annahme dieser Rolle nicht nur Benachteiligungen für sich selbst widerspruchslos hinnehmen, sondern als Erzieher dieses Selbstverständnis an die Kinder weitergeben.

Solange die Frauen ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft nicht als Aufgabe begreifen, vermindern sich die Chancen für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

#### 4.6.3

Das Godesberger Grundsatzzprogramm betont zu Recht, daß die Verwirklichung von Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft die psychologischen und biologischen Eigenarten der Geschlechter beachten muß. Die konservative Ideologie der „naturgegebenen“ Verteilung der gesellschaftlichen Geschlechterrollen verhindert aber die Selbstbestimmung und Entfaltung der individuellen Fähigkeiten der Frau. Sie hat eine große Verschwendung von Begabungen zur Folge. Deshalb will sozialdemokratische Politik die Möglichkeiten zur Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau erweitern.

Die Erziehung der Kinder als gesellschaftlich besonders wichtige Aufgabe muß in der Regel von Mann und Frau gemeinsam getragen werden. Die einseitige Orientierung des Mannes auf die Arbeitswelt hindert ihn daran, Fähigkeiten zu entfalten, die nicht unmittelbar in der Ausübung des Berufes gebraucht werden. Humanere Arbeitsbedingungen und der weitere Abbau der täglichen Arbeitszeit können langfristig die Voraussetzungen dafür verbessern, daß sich Mann und Frau intensiv der Familie widmen. Allen Frauen muß das Recht gesichert werden, durch Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, Aufstiegsmöglichkeiten, angemessene Arbeitsbedingungen und gerechte soziale Sicherung ihre Persönlichkeit zu entfalten. Eine Berufstätigkeit der Frau darf nicht als notwendiges Übel angesehen werden, sondern muß als eine Chance zur Selbstverwirklichung verstanden werden. Sie gibt der Frau materielle Unabhängigkeit, soziale Kontakte, Selbst-

bestätigung, mehr Anerkennung — auch in der Familie — und trägt so wesentlich dazu bei, Diskriminierungen aufzuheben und Gleichberechtigung zu verwirklichen.

Nächste Schritte in diese Richtung müssen sein:

#### Im Bereich der Arbeitswelt:

- Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muß verwirklicht werden.
- Gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer sind zu erreichen. Die Überbewertung von formalen Berechtigungen muß durch eine Bewertung der tatsächlichen Qualifikation — vor allem der in der Arbeit gewonnenen Erfahrungen — ersetzt werden.
- Arbeitsplätze und Arbeitsleistung müssen neu bewertet werden: dabei muß die physische, aber auch die psychische Belastbarkeit des einzelnen Berücksichtigung finden.

Der Festlegung von Frauen auf sogenannte spezifische Frauenberufe muß durch rechtzeitig ansetzende, gezielte Berufsberatung entgegengesteuert werden.

- Eigenständige soziale Sicherung für Frauen muß erreicht werden, Zeiten der Kindererziehung und der Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder sind in begrenztem Umfang bei der Rentenberechnung anzurechnen. Lohndiskriminierungen aus der Vergangenheit sind durch Pauschalbeträge auszugleichen und andere Ausfallzeiten, wie Zeiten der Ausbildung, sind absolut gleich zu bewerten wie bei Männern.
- Im Steuerrecht noch bestehende Benachteiligungen für erwerbstätige Frauen sind zu beseitigen; dabei muß die Begünstigung der Einverdienerehe durch das Splittingverfahren abgebaut und die steuerliche Gleichstellung der unvollständigen mit der vollständigen Familie erreicht werden.
- Verkürzung der Arbeitszeit, bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle, ist zu erreichen.

#### Im Bereich der Bildung:

- Das Recht auf Bildung muß auch für Frauen über den formalen Anspruch hinaus tatsächlich verwirklicht werden. Durchlässigkeit aller Ausbildungseinrichtungen für Mädchen

und Buben und die Schaffung eines integrierten Gesamtschulsystems müssen erreicht werden; dies sind unabdingbare Voraussetzungen für gleiche Qualifikation und gleiche Lebenschancen aller Jugendlichen.

— Übergreifendes Ziel aller Bildungseinrichtungen muß die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen zur Beherrschung der Umwelt, d.h. Qualifizierung für einen Beruf und Aneignung von sozialen Fähigkeiten, kritischem Denken und der Fähigkeit zu solidarischem Handeln sein.

— Mädchen und Jungen müssen nach gleichen Lehrplänen in denselben Unterrichtsfächern unterrichtet werden, dabei sind falsche Rollenklischees, die zu Benachteiligungen führen, aus Lehrplänen und Schulbüchern zu beseitigen. Lerninhalte, die an konkreten Lebenserfahrungen der Schüler ansetzen, müssen neu erarbeitet werden.

— Die berufliche Ausbildung muß in öffentlicher Verantwortung und Kontrolle stattfinden; Integration der allgemeinen und der beruflichen Bildung ist durchzusetzen und eine allgemeine Berufsbildungspflicht für alle Jugendlichen anzustreben.

— Die Lernenden müssen das Recht und die Möglichkeit zur Selbstorganisation im Rahmen vorgegebener Lernziele haben. Mitbestimmung von Lehrern, Schülern und Eltern im Bildungsprozeß ist zu verwirklichen.

— Die Schule muß auf lebenslanges Lernen vorbereiten. Die öffentliche Erwachsenenbildung muß ausgeweitet werden. Für Frauen müssen ausgehend von ihrer sozialen Struktur spezifische Bildungsangebote gemacht werden, die einerseits den Hausfrauen die Möglichkeit bieten, sich weiterzubilden (auch in ihrem Bereich) oder sich neu beruflich zu qualifizieren und berufstätigen Frauen neue Aufstiegschancen eröffnen, andererseits alle Frauen befähigen, sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

#### Im Bereich Familie:

- Die Familie ist zu befähigen, ihre Erziehungsaufgaben wahrzunehmen. Dabei ist sie von Aufgaben zu entlasten, die kooperativ oder öffentlich besser erfüllt werden können.

— Erziehungslleistung und die Pflege kranker oder alter Familienmitglieder ist als gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgabe anzuerkennen und rentenrechtlich abzusichern.

— Väter sind in gleichem Maße mit der Versorgung und Erziehung der Kinder zu betrauen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung soll dies ermöglichen.

— Familienergänzende Erziehung muß durch differenziertes, öffentliches Angebot, wie Tageseinrichtungen für Kleinkinder, Kindergärten, Kindertagesstätten und Ganztagsschulen, sichergestellt werden. Ihre Organisation (Öffnungszeiten etc.) soll von der Situation berufstätiger Eltern ausgehen. Erzieher, Eltern und Kinder sollen in demokratischer Weise Mitbestimmung ausüben können.

— Es müssen neue Wohnformen entwickelt werden, die dem einzelnen mehr Entfaltung- und Entspannungsmöglichkeiten bieten und die Kommunikation und Solidarität aller Bewohner fördern, Hausfrauen aus ihrer Isolation lösen und die Abkapselung der Familie gegenüber der Umwelt überwinden helfen. Dabei sind Frauen, als die von der Unwirtlichkeit unserer Wohngebiete und Städte am stärksten Betroffenen, in besonderem Maße an Planungsprozessen und Initiativen zur Behebung von Mißständen zu beteiligen.

— Über die gegenwärtige Reform des Familien- und Eherechts hinaus müssen Gesetze und Rechtsprechung ständig darauf überprüft werden, ob sie ein Optimum an Entfaltungsmöglichkeiten aller Familienmitglieder — ausgehend von gleichen Menschenrechten für Kinder, Frauen und Männer — bieten.

— Die anstehende Reform des Jugendhilfsrechts muß jedem jungen Menschen ein Grundrecht auf Erziehung und Bildung gewähren und seine Rechtsstellung gegenüber Eltern und Staat durch wirksame Mit- und Selbstbestimmungsrechte verbessern. Jugendhilfe darf den Jugendlichen nicht als Objekt staatlicher und familiärer Maßnahmen sehen.

#### 4.6.4

Die Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frauen in unserer Gesellschaft stellen kein isoliertes Problem dar. Frauen sind durch allgemeine Mängel der Gesellschaft, durch die auch andere

Gruppen benachteiligt sind, in besonderem Maße betroffen. Letztlich ist sozialdemokratische Politik für die Frauen stets eine Politik für die allgemeine Aufhebung von Benachteiligungen.

Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur gemeinsam von Männern und Frauen bewältigt werden kann. Die Benachteiligungen und ihre Ursachen müssen aufgezeigt und begriffen werden. Eine Lösung der Probleme kann nicht allein durch neue Gesetze und materiellen Ausgleich erreicht werden. Der Erfolg wird vielmehr davon abhängen, ob es gelingt, den nötigen Umdenkungsprozeß in Gang zu setzen und damit eine Änderung im gesellschaftlichen Bewußtsein zu erreichen.

Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht.

**SPD: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1975/1977. Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn: 485-488**

**Der Inaer Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm von Juni 1986 enthält nun erstmals ein gesondertes Kapitel zur Gleichstellung von Frau und Mann:**

#### Y. Frau und Mann: Gesellschaftliche Gleichheit

Das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau ist fast vierzig Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes immer noch nicht verwirklicht. Die überkommene gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen die Kindererziehung und Hausarbeit, das private Leben, Männern aber die Erwerbsarbeit und das öffentliche Leben zuweist, ist bis heute nicht überwinden. Das hat dazu geführt, daß Frauen in der Ausbildung, im Beruf und in allen gesellschaftlichen Organisationen benachteiligt sind. Die höhere Bewertung des öffentlichen Lebens und der Erwerbsarbeit führt zur Benachteiligung der Frauen sogar in der Familie. Auf vielfältige Weise waren und sind sie Opfer von Gewalt.

Unsere Kultur blieb männlich geprägt. Frauen in Wissenschaft und Kunst, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden erst allmählich wahrgenommen. Ihre Rolle wird in der Geschichtsschreibung oft verflücht oder übergangen. In den Medien dominieren Männer.

Werbung transportiert überkommene Rollenklischees.

Ehrenamtliche Tätigkeit in Politik, Gewerkschaften und Verbänden scheint immer noch Sache der Männer. Sie wird geprägt von ihren Denk- und Verhaltensweisen, von Zeitabläufen und Organisationsformen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Das gilt nicht zuletzt für die politischen Parteien.

Doch das Bewußtsein der Frauen ist dabei, sich rasch zu verändern. Schmerzhafter als die meisten Männer nehmen sie wahr, daß beide, Mann und Frau, ständig einen Teil ihrer Wünsche, Möglichkeiten und Fähigkeiten unterdrücken. Viele Frauen sehen sich gezwungen, anzugehen gegen eine von Männern gestaltete Welt und gegen Männer, die diese erhalten wollen. Andererseits ist bei nicht wenigen Männern die Einsicht gewachsen, daß die herkömmliche Verteilung der Rollen auch ihnen nicht zuträglich ist. Sie spüren: Die angeblich männliche Unterordnung des Gefühls unter Rationalität und Durchsetzungskraft wird erkauf durch krankmachenden Streß und menschliche Verarmung. Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden Frauen und Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander.

Wir Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen; eine Gesellschaft, in der die Verteilung der Arbeit nicht mehr gespalten ist in Erwerbsarbeit „ienerseits und Haus- und Familienarbeit“ andererseits, in der Erwerbsarbeit nicht mehr Männern zugeordnet und hoch bewertet und Haus- und Familienarbeit Frauen überlassen und niedrig bewertet wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht die eine Hälfte der Menschen dazu erzoogen wird, über die andere zu dominieren, und diese andere Hälfte dazu angehalten wird, sich unterzuordnen.

Wir wollen Menschen, Frauen und Männer, die, gleich, frei und solidarisch erzoogen, sich allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens widmen und denen nach Haus- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft bleibt für gesellschaftliches Engagement, für sportliche und kulturelle Tätigkeiten.

Sozialdemokraten streben eine solche Gesellschaft seit mehr als hundert Jahren an. Heute ermöglicht die Entwicklung der Produktivkräfte ihre Verwirklichung.

Seit mehr als hundert Jahren haben die Sozialdemokraten die Gleichstellung von Frauen und Männern gefordert und gefördert. Sie haben das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Aber auch die Sozialdemokratie war Teil einer männlichen Kultur. Zwar hat August Bebel vor hundert Jahren die gesellschaftliche Gleichheit von Frauen und Männern zum zentralen Thema gemacht. Aber seine Partei ist diesem Anspruch auch in den eigenen Reihen nicht gerecht geworden.

Wir müssen daher bei uns selbst anfangen und Frauen mehr Möglichkeiten und Rechte in den Gremien der Partei sowie bei Kandidaturen für kommunale und staatliche Vertretungen einräumen. Wir arbeiten darauf hin, in den Parlamenten je zur Hälfte von Frauen und Männern vertreten zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei will sich in der Auswahl ihrer politischen Schwerpunkte, ihren Arbeitsweisen und der Form ihrer Darstellung von einseitig männlichen Denkmustern lösen.

#### **Familie und Erwerbsarbeit – gesellschaftliche Teilhabe**

Der rechtlichen Gleichstellung muß die gesellschaftliche folgen. Dazu ist die gesellschaftlich notwendige Arbeit anders zu bewerten und anders zu verteilen. Die Erwerbsarbeit hat zentralen Stellenwert im Leben der Menschen. Sie sichert die materielle Unabhängigkeit, bestimmt wesentlich die gesellschaftliche Bedeutung und Anerkennung, ermöglicht soziale Kontakte, Gespräche und Diskussionen und damit auch die Beteiligung an Politik.

Wo in Zukunft nur noch sechs Stunden an täglicher Erwerbsarbeit nötig sein werden, lassen sich Erwerbsarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit besser miteinander verbinden, für Frauen wie für Männer. Wer nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Eigenarbeit gerecht verteilen will, muß vorrangig die tägliche Arbeitszeit verkürzen. Eltern kleiner Kinder brauchen zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.

Verkürzung und Umverteilung von Arbeit ebnet also Frauen den gleichen Zugang zum Erwerbsleben. Darüber hinaus wollen wir ein Gleichstellungsgesetz, Förderpläne für Frauen im Beruf, die Beseitigung der Lohndiskriminierung und die Gleichstellung im Sozial- und Versicherungsrecht.

Damit Familienarbeit nicht mehr Sonderbelastung für den Einzelbetrieb ist

und kein einseitiges Arbeitsplatzrisiko für Frauen bleibt, sollten Ausfallzeiten, wie sie durch die Geburt eines Kindes, durch Elternurlaub oder familienbedingte Arbeitszeitverteilungen entstehen, über einen Lastenausgleich für Familien finanziert werden.

Neue Wohnformen, dezentrale soziale Dienste für Kinder und alte Menschen, für Kranke und Behinderte können in vielen Fällen helfen, die Familienarbeit aus ihrer Isolierung herauszulösen. Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen können gemeinsames Familienleben entlasten, ergänzen und bereichern.

Auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, nicht nur in Parteien, auch in Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, als Schöffinnen, Aufsichtsratsmitglieder oder Elternvertreterinnen müssen Frauen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten haben wie Männer. Wo dies auch durch beherrschendes Einwirken auf die öffentliche Meinung nicht zu erreichen ist, können gesetzliche Vorschriften nötig werden. So kann finanzielle Förderung davon abhängig gemacht werden, daß Gleichstellung verwirklicht ist. Zur Gleichstellung in der Politik kann es notwendig werden, Wahlsysteme in Bund, Ländern, Gemeinden zu verändern.

#### **Alte Rollenvorstellungen überwinden**

Der Spaltung in eine „männliche“ und eine „weibliche“ Welt ist schwer beizukommen, wenn alte Rollenvorstellungen von Generation zu Generation weitergegeben werden. Wir wollen diese starken Rollenmuster überwinden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in die Menschen sich unbefangen mit Verstand und Gefühl einbringen können. Damit wird jedem einzelnen Menschen ein größerer und freierer Spielraum zur Entwicklung und zum Ausdruck der eigenen Individualität gegeben. Wir wollen Jungen und Mädchen so erziehen, daß sie alle ihre Anlagen und Möglichkeiten unbefangen und unverkrampft entwickeln können. So wird sich auch das erschreckende Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und Kinder vermeiden lassen.

Dazu müssen wir um die Mitarbeit aller werben, die Kinder erziehen, vor allem der Eltern. In Zukunft werden von uns allen, Frauen und Männern, Fähigkeiten gefordert, die lange als weiblich galten: sich in andere Menschen einzufühlen, auf sie einzugehen, partnerschaftlich mit ihnen zu arbeiten, neue Situa-

tionen zu erfassen und unerwartete Schwierigkeiten mit Phantasie zu meistern.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden.

**Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1. und 2. März 1989, Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1989: 32-34**

**In dem jetzt vorliegenden Entwurf vom März 1989, der auf dem Parteitag am 19./20. 12. 1989 in Bremen verabschiedet werden soll, ist der Bereich Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann im Kapitel „IV. Die freie, gerechte und solidarische Gesellschaft: Eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens“ unter „1. Die Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft“ angeordnet.**

#### **1. Die Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft**

##### **Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann**

Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen, in der nicht mehr hochbewertete Erwerbsarbeit Männern zugeordnet, unterbewertete Haus- und Familienarbeit Frauen überlassen wird, in der nicht mehr eine Hälfte der Menschen dazu erzogen wird, über die andere zu dominieren, die andere dazu, sich unterzuordnen.

Wir wollen Frauen und Männer, die gleich, frei und solidarisch erzogen, nach eigener Wahl in allen Bereichen der Gesellschaft wirken, denen nach Haus-, Familien- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft bleibt für Bildung, Kunst, Sport oder gesellschaftliches Engagement.

Immer noch

ist unsere Kultur männlich geprägt, ist das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau nicht verwirklicht, werden Frauen in Ausbildung und Beruf benachteiligt, werden sie in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, in Politik und Medien zurückgesetzt,

wird ihnen der private Bereich, Hausarbeit und Kindererziehung, zugewiesen, wird die Rolle, die Frauen in der Geschichte spielten, unterschlagen oder verfälscht, werden Zeitabläufe und Organisationsformen von Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit durch männliche Bedürfnisse bestimmt, werden Frauen Opfer männlicher Gewalt, wird ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mißachtet.

Doch das Bewußtsein der Frauen ändert sich rasch. Schmerzhafter als die meisten Männer erfahren sie, daß beide, Frau und Mann, ständig einen Teil ihrer Wünsche, Möglichkeiten und Fähigkeiten unterdrücken. Frauen sehen sich vielfach gezwungen, gegen eine männlich bestimmte gesellschaftliche Wirklichkeit anzugehen und damit auch gegen Männer, die jene weiter aufrecht erhalten wollen. Auch bei Männern wächst die Einsicht, daß die angeblich männliche Unterordnung vor: Gefühl und Phantasie unter Rationalität und Durchsetzungsstärke sie ärmer oder gar krank macht.

Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander.

Diese Spaltung wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an. Der rechtlichen Gleichstellung muß die gesellschaftliche folgen. Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.

Deshalb müssen wir Arbeit neu bewerten und anders verteilen. Wer nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Haus-, Familien- und Eigenarbeit gerechter verteilen will, muß vorrangig die tägliche Arbeitszeit verkürzen. Wir streben als Regel den sechsstündigen Arbeitszeit, damit Gleichstellung, die Frauen und Männer Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und kulturelle Teilhabe besser miteinander verbinden können.

Darüber hinaus sollen Eltern kleiner Kinder Anspruch auf Elternurlaub und auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung ohne soziale Nachteile haben.

Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz, ein Ende der Lohndiskriminierung, Förderpläne für Frauen im Beruf, Gleichstellung im Sozialversicherungsrecht durch eigenständige Ansprüche und Hilfen für die Wiedereingliederung in den Beruf. Mutterschutz, Ausfallzeiten für Elternurlaub und Krankenpflege müssen über einen Lastenausgleich finanziert werden, damit nicht Sonderlasten für Einzelbetriebe zum Arbeitsplatzrisiko für Frauen werden. Öffentliche Finanzhilfen und Aufträge müssen davon abhängig gemacht werden, daß Gleichstellung verwirklicht ist.

Kindertagesstätten und Ganztagschulen gehören zu den Voraussetzungen dafür, daß Erwerbs- und Familienarbeit für Männer und Frauen vereinbar werden. Neue Wohnformen, dezentrale soziale Dienste für Kinder und Alte, Kranke und Behinderte sollen helfen, Familienarbeit aus ihrer Isolierung zu lösen.

Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, als Schöffinnen, Aufsichtsratsmitglieder oder Elternvertreter müssen Frauen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten haben wie Männer. Wo Überzeugungsarbeit dies nicht erreicht, sind gesetzliche Vorschriften nötig. Zur Gleichstellung in der Politik kann es notwendig werden, Wahlsysteme in Bund, Ländern und Gemeinden zu ändern.

Die Zukunft verlangt von uns allen, Frauen und Männern, vieles, was lange als weiblich galt: wir müssen uns in andere einfühlen, auf sie eingehen, unerwartete Schwierigkeiten mit Phantasie meistern, vor allem aber partnerschaftlich mit anderen arbeiten.

Erziehung soll junge Menschen darauf vorbereiten. Sie muß helfen, die Spaltung in eine männliche und eine weibliche Welt zu überwinden und die starken Rollenmuster zu durchbrechen, die diese Spaltung immer neu verfestigen.

**1989: Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf März 1989, Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1989: 20-22**



# Materialien zur Programmdiskussion

Die Materialien sind beim SPD-Parteivorstand, Abteilung Produktion und Vertrieb, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1, unter Angabe der Bestell-Nummer zu beziehen.

- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13.-15. November 1959, Best.-Nr. 300015 (Preis: DM 0,50)
- Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1986, Best.-Nr. 310015 (Preis: DM 1,20)
- Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Irsee, Juni 1986, Best.-Nr. 390824 — vergriffen
- Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf März 1989, Best.-Nr. 320994 (Preis: DM 1,50)

## In der Reihe Materialien:

- Der Dialog ist eröffnet: Programmdiskussion im Ortsverein 1987, Best.-Nr. 320674 (Preis: DM 0,50)
- Wir denken weiter. Eröffnung des Dialogs zum neuen Grundsatzprogramm der SPD im Münchener Künstlerhaus 1987, Best.-Nr. 320684 — vergriffen
- Zukunft der Arbeit. Programmwerkstatt im Erich-Ollenhauer-Haus 1988, Best.-Nr. 320764 (Preis: DM 1,50)
- Wachsen und Schrumpfen, 1988, Best.-Nr. 320804 — vergriffen
- Demokratie in Staat und Gesellschaft, 1988, Best.-Nr. 320814 (Preis: DM 1,60)
- Die Spaltung überwinden. Zur gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann, 1988, Best.-Nr. 320864 (über Frauenreferat zu beziehen)
- Demokratisierung der Wirtschaft, 1988, Best.-Nr. 320874 — vergriffen

- Die Zukunft des Sozialstaats: Umbau statt Abbau, 1988, Best.-Nr. 320884 — vergriffen.
- Für eine gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaft, 1988, Best.-Nr. 320954 (Preis: DM 1,20)
- Arbeitsheft zum neuen Grundsatzprogramm der SPD. Entwurf März 1989, Best.-Nr. 320154 (Preis: DM 0,80)
- Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis der Juso-Hochschulgruppen: Wieviel Feminismus braucht die SPD? Frauen und neues SPD-Grundsatzprogramm, Nr. 81, Jan. 1989
- Alt und Jung: Fortschritt braucht Solidarität. Beiträge aus der SPD-Programmdiskussion, 1989, Best.-Nr. 390185 (Preis: DM 3,00)
- Die Zukunft des Fortschritts. Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion, 1989, Best.-Nr. 390195 (Preis: DM 5,00)